



BWA

Ausgabe 1/2017

Journal

Themen aus Politik & Wirtschaft sowie News und Aktivitäten des BWA Deutschland

Herausgegeben vom Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA)



Bild: MSC / Kuhnemann



Topthema Sicherheit

Wie wir uns schützen

Wirtschaft-Das-sind-wir-alle

Ihr verlässlicher Partner in Sachen Pflege!

Wechseln Sie jetzt zu Deutschlands vielfältigstem Pflegeanbieter
und genießen Sie unsere individuelle Versorgung.
Ihr Leben lang.

Betreutes Wohnen • Ambulant • Stationär • Intensiv



Über 50x in Deutschland und 7x in Österreich • www.renafan.de



Bundepräsident a.D. Christian Wulff beim
Neujahrsempfang des BWA



Bundesminister Sigmar Gabriel,
Bild: W+M/Ralf Succo



Schwerpunktthema Sicherheit, Interview mit
Wolfgang Bosbach, Bild: www.wobo.de



BWA Landesverband Schweiz gegründet

Editorial

Begrüßung durch den Präsidenten und den Vorstandsvorsitzenden	4
Rudolf Weiler und Dirk Bormann	

Zentrale / Kommissionen

Offenheit und klare Regeln	6
Christian Wulff und Martin Kind beim Neujahrsempfang des BWA	
Digitalisierung jetzt! Wie kommen Innovationen in den Mittelstand?	8
Politisches Frühstück der Allianz der Verbände im Haus der Commerzbank	
Gelingende Integration schafft Sicherheit	13
Empfehlungen der BWA-Kommission „Fachkräftesicherung und Bildung“	

Schwerpunkt Sicherheit

„Da machen Sie sich mal keine Sorgen“	14
Interview mit Wolfgang Bosbach, MdB	
„Wer die Fakten kennt...“	16
Interview mit Marcus da Gloria Martins, Pressesprecher der Polizei München	
Wie sicher sind unsere Informationen wirklich?	20
Gastbeitrag des Sicherheitsexperten Michael Voigt	

Außenwirtschaft

Initiative Junge Transatlantiker und BWA kooperieren	29
Auftaktveranstaltung in Augsburg	
Lingang District Konferenz	30
BWA-Veranstaltung in Hamburg	
Sondierungsgesprächen in Hong Kong	31
Treffen mit InvestHK und Cyril Fung	

Aus den Landesverbänden

kurz notiert / Ansprechpartner / Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder und Leser des BWA Journals,

Rudolf Weiler



Rudolf Weiler, seit mehreren Jahren Präsident des BWA, ist mit seiner mittelständischen Firma in der industriellen Elektroakustik tätig. Die Produkte werden in allen industriellen Applikationen, wie z. B. Automotive, Verkehr und Brandmeldung, eingesetzt. Mit eigenen Produktionsniederlassungen in Asien erwarb er sich Kenntnisse und Ansehen im internationalem Geschäft und ist Träger des ersten Preises der Deutschen Außenwirtschaft. Vor Jahren gründete er den immer noch sehr aktiven „German Indian Round-Table“ und war Initiator vieler Delegationsreisen nach Asien, unter anderem Reisen wie: „Mittelstand goes to India“. Im Präsidium des BWA vertritt er die, in der Namensgebung durch das „A“ bestimmte, Außenwirtschaft.

Als Gründer und Inhaber einer Firma für sicherheitsrelevante Geräte und Komponenten werde ich täglich mit dem Thema Sicherheit konfrontiert. Neben der großen Politik beschäftige ich mich stark mit den technischen Fragen rund um Sicherheit. In Zeiten von Terror, Vandalismus, Meldungen über Einbruch und Mordserien oder einfach nur Unachtsamkeit im täglichen Leben greift

das Gefühl der Unsicherheit immer mehr in unsere lebensbestimmenden Abläufe ein. Die Bekämpfung solcher Entwicklungen ist immer schwieriger und wird der Allgemeinheit immer teurer. Wie lange hat der riesige Waldbrand in Südamerika gedauert und welcher Aufwand wird an jedem Flughafen der Welt für die Sicherung der Passagiere betrieben. Vorsorgliches Verhalten und das Vorhersehen von kritischen Gefahren bestimmen heute in allen Bereichen die Entwicklung und die Innovation. Alle Arten von Technologien werden für diese Vorsorge herangezogen. Wohl bemerkt, die Mauer zwischen Mexiko und den USA hat mit Sicherheit etwas mit total verfehlter Politik zu tun aber nichts mit Sicherheit in „des Wortes klarer Bedeutung“.

In der Kommission „Innovation“ und in vielen, uns angeschlossenen Instituten und Firmen beschäftigen wir uns sehr intensiv mit vorausschauender Sicherheitsanalyse. Hier werden z.B. Warnsignale für alle Arten von Brand, Rauch, Vandalismus, Sektionsalarm für Feuertüren und Einbruch entwickelt. Alleine eine Kombisirene für Feueralarm mit Signalton und Blitz darf heute nur nach einer aufwendigen und sehr teuren Freigabe-zertifizierung der zuständigen Normenstelle eingebaut und genutzt werden. Alle, in der Brandprotektion und Alarmierung zum Einsatz kommenden, Teile unterliegen dieser Normung. So schützt sich ein moderner Staat schon im Vorwege gegen schlechte, billige und unzuverlässige Sicherheitskomponenten. Nicht weniger aufwendig ist die Früherkennung von Großbränden über Satelliten. Speziell entwickelte Detektoren sind in der Lage z. B. jedes einzelne Feuer zur Mittsommernacht aus dem Orbit in Position, Größe und Intensität zu analysieren. Zudem wird durch die Beobachtung der Ausbreitungskriterien eine Steuerung der Löschung ermöglicht.

Schutz von Heim und Hof haben bei fast allen von uns ein totales Umdenken zum Thema Sicherheit gebracht. Die Rauchmelder, schon per Gesetz weit verbreitet, sind nicht nur eine gute Einnahmequelle für die Hersteller, sondern ein echter Schutz für Leben und Eigentum in unserer Gesellschaft. Als Ergänzung zu einer vernünftigen Eigentumssicherung wird

sich in diesem Haushalt/Industriebereich ein noch wesentlich größerer Markt entwickeln.

Bei allen technischen Mitteln und noch so weit entwickelten Geräten steht im Mittelpunkt immer der Mensch. Was kann sich alles nur aus dem Rest einer noch leicht glühenden Zigarette entwickeln. Wie leicht wird es den Betrügern an der Haustüre gemacht. Warum sind wir hier nicht vorsichtiger? Wie oft sehen wir oder sind Teil von Handlungen gegen unsere Mitmenschen und sei es nur durch das bewusste Wegschauen. Hier hilft keine Sirene, kein Satellit und erst recht keine Mauer - hier gilt nur der gesunde Menschenverstand und ein großes Herz.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen sicheren Verlauf des schon arg gebeutelten Jahres 2017. Mögen Sie es managen können, dass sowohl privat als auch geschäftlich Ihre Sicherheit nie zu kurz kommen wird.

Ihr Rudolf Weiler



Liebe Mitglieder, verehrte Senatorinnen und Senatoren, sehr geehrte Leserinnen und Leser,



Kaum eine Debatte wird so emotional geführt, wie die aktuellen Diskussionen zum Thema „Sicherheit“. Der BWA hat sich bereits im vergangenen Jahr mit dem Satz „Deutschland ist sicher“ klar positioniert und sich damit einmal mehr für Besonnenheit in aufgeregten Zeiten ausgesprochen. Tatsächlich ist niemandem damit geholfen, wenn Ängste geschürt und bedrohliche Szenarien an die Wand gemalt werden, noch bringen Schuldzuweisungen und Sündenböcke uns weiter. Gleichwohl sind viele Menschen in Deutschland und Europa verunsichert.

Kurz vor Weihnachten ereignete sich – nur einen Steinwurf von der BWA-Bundesgeschäftsstelle entfernt – der schreckliche Anschlag am Berliner Breitscheidplatz. Lagen wir also falsch? Können wir wirklich behaupten, Deutschland sei sicher? Wir meinen: ja. In dieser Ausgabe haben wir uns bemüht, den faktischen und nüchternen Blick auf das Thema zu legen und uns dafür an Experten gewandt. Wir haben mit dem Kriminologen Thomas Feltes über tatsächliche und gefühlte Risiken gesprochen, den Innenpolitiker Wolfgang Bosbach nach wirksamen politischen Maßnahmen gegen die Bedrohung durch sogenannte Gefährder gefragt. Wir haben mit dem Pressesprecher der Münchener Polizei Marcus da Gloria Martins geredet, der in der Nacht nach dem Amoklauf in Mün-

chen so sachlich und geduldig auf die Fragen der Journalisten antwortete. Und schließlich haben wir auch Experten für Sicherheit und Sicherheitstechnik aus dem Kreise unserer Verbandsmitglieder gebeten, das Thema aus ihrer Sicht zu beleuchten und auf diese Weise auch unternehmerische Facetten von Sicherheit zu zeigen - nicht nur aus Deutschland, sondern auch international. Herausgekommen ist ein vielfältiger Blick auf ein Thema, das den Wahlkampf der kommenden Monate prägen wird – das jedenfalls ist sicher!

Auch auf der internationalen Bühne überschlugen sich die Ereignisse in den vergangenen Monaten. Der neue amerikanische Präsident etwa liefert täglich neuen Gesprächs- und Diskussionsstoff, auch in Europa erstarken nationalistische und rechtspopulistische Parteien. Ein halbjährlich erscheinendes Magazin wie das BWA-Journal kann darauf freilich nicht tagesaktuell reagieren. Dennoch haben wir uns bemüht, Meinungen zu sammeln und so die Diskussionen, die in unserem Verband stattfinden, abzubilden. Unter der neuen Rubrik „Meinungen“ ist ab sofort ein neues Forum geschaffen worden, das sich ganz explizit an Sie, verehrte Leser richtet, um Ihren Meinungen und Kommentaren einen Platz zu bieten. Nutzen Sie dies!

Wie in jedem Heft berichten wir auch in

Dirk Bormann



Dirk Bormann, Vorstandsvorsitzender des BWA, ist freiberuflicher Unternehmer und berät große Unternehmen aus dem Baubereich. Dem Vorstand des BWA gehört Bormann bereits seit 2009 an. Zuvor war der erfahrene Manager u.a. für die Philipp Holzmann AG Berlin, für die mittelständische Ingenieurbau GmbH, für die Hochtief AG sowie im Vorstand der Wayss & Freytag Schlüsselfertigbau AG tätig.

dieser Ausgabe über die vielfältigen Aktivitäten, die im BWA auf lokaler, regionaler, landesweiter und internationaler Ebene, im Senat und in den Kommissionen fortwährend laufen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre

Ihr Dirk Bormann

Offenheit und klare Regeln

Christian Wulff und Martin Kind beim Neujahrsempfang des BWA

Es war ein gelungener, ein kurzweiliger und von inhaltlichen Bekenntnissen geprägter Abend am 24. Januar 2017 in Großburgwedel. Erstmals führte der BWA seinen Neujahrsempfang in einem Landesverband, in Niedersachsen, durch. Der dortige Jahresauftakt ist schon seit Jahren eine feste Größe im Veranstaltungskalender des Landesverbandes. Mehr als 120 Unternehmerinnen und Unternehmer erfreuten sich am festlichen Ambiente des Hotels Kokenhof, das der Unternehmer und Fußballpräsident Martin Kind dem Verband für diesen Abend zur Verfügung gestellt hatte.

Martin Kind war es dann auch, der nach einigen einleitenden Worten des Vorstandsvorsitzenden Dirk Bormann und der Landesgeschäftsführerin Silvia Schüller die ersten inhaltlichen Akzente setzte. Sein Bekenntnis zum Mittelstand, zu Familienunternehmen und zur Offenheit unserer Gesellschaft auf allen Ebenen fand großen Anklang. Seine Beispiele machten deutlich, dass der Unternehmer Martin Kind nach einem sehr guten Jahr 2016 für die deutsche Wirtschaft durchaus auch positive Aussichten für das Jahr 2017 sieht. Er sehe es als seine Aufgabe, die Menschen auch auf dem Weg in die Digitalisierung „mitzunehmen“ und ihnen Perspektiven aufzuzeigen.

Bundespräsident a.D. Christian Wulff richtete in seiner Festansprache in gleichem Sinne



Unternehmer und Fußballpräsident
Martin Kind



v.l.n.r.: Dirk Bormann, Silvia Schüller, Christian Wulff, Michael Schumann, René Leibold

einen klaren Appell an die Anwesenden, ihre Vorbildrolle wahrzunehmen. In den Firmen, aber auch im Privaten gelte es, sich zu bekennen und auch einmal zu widersprechen, wenn „dummes Zeug“ erzählt werde. „Jede Generation muss sich die Demokratie und die Freiheit neu erkämpfen. Demokratie ist nicht selbstverständlich“, so der ehemalige Bundespräsident deutlich. Er blickte in die Geschichte und machte klar, dass die Weimarer Republik daran gescheitert sei, dass sich zu wenige für sie eingesetzt hätten. Das dürfe nicht noch einmal passieren: „Die Demokratie klingelt nicht, wenn sie geht. Sie ist mit einem Mal weg“, so Wulff weiter. Mit Blick auf die aktuelle Situation zitierte er Franz Kafka und sagte „Wir können nicht den Sonnenuntergang bestaunen und uns dann wundern, dass es dunkel ist.“

Gelinge es aber, zum Beispiel durch konsequentes Wählgehen aller konstruktiven Kräfte, die offene Gesellschaft zu erhalten und zu stärken, habe Deutschland auch in den derzeit unruhigen Zeiten gute Chancen, führend zu bleiben. Gemeinsam mit China, mit Russland, im Schulterschluss mit seinen europäischen Partnern gäbe es durchaus neue und weitere Möglichkeiten. Ein Land, das einen Exportüberschuss von mehr als 300 Milliarden Euro habe, müsse sich mit aller

Kraft für den Welthandel, für Freihandelsabkommen und für den Abbau von Hürden und Grenzen einsetzen und jedem Protektionismus oder gar Nationalismus entgegenreten, so Wulff weiter.

Dabei gelte es allerdings auch, neben der Offenheit auch auf die Einhaltung klarer Regeln zu bestehen. Dies gelte nach außen wie im Inneren. Im Dialog mit den Teilnehmern nahm er Bezug auf sein Zitat „Der Islam gehört zu Deutschland“ und betonte, dass er schon seinerzeit betont habe, dass dies natürlich nur dann und wie für alle anderen Religionen und Weltanschauungen gelte, wenn die klaren Regeln des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft eingehalten würden. „Offenheit und Law and Order“, so Wulff abschließend, das sei die Erfolgsformel, die zu befolgen es gerade in diesen Tagen gelte.

Vor der mit viel Applaus honorierten Rede des Alt-Bundespräsidenten war durch die Vorstandsmitglieder René Leibold und Michael Schumann die Kooperation mit der Austrian Asian Association feierlich auf dem Podium begangen worden. Daneben wurde Stefan Griesemann, Geschäftsführer der Thieme GmbH & Co. KG als neues Präsidiumsmitglied in Niedersachsen geehrt und in den Präsidiumskreis aufgenommen.

Ostdeutsches Wirtschaftsforum erfolgreich

BWA unterstützt „Davos am Scharmützelsee“

„Liegt denn Davos nun am Scharmützel See?“ Mit dieser Frage begann die Festansprache von Sigmar Gabriel, im Oktober 2016 noch als Bundeswirtschaftsminister, heute Außenminister, anlässlich des ersten Ostdeutschen Wirtschaftsforums (www.owf2016.de) in Bad Saarow.

Der Vergleich mit Davos war von den Veranstaltern erwünscht. So ging der Minister auch sehr intensiv auf diesen Vergleich ein und versuchte, eine Brücke zwischen den Zielen von Davos und Bad Saarow zu schlagen. Dass dabei der Unterschied zwischen den Zielsetzungen noch gewaltig ist, liegt auf der Hand. Man konnte jedoch auch erkennen, dass das, was Davos für die europäische Wirtschaftsentwicklung bedeutet, bei Bad Saarow eine wichtige Position für die Entwicklung in Ostdeutschland und Osteuropa werden könnte.

Der Minister beschrieb dann auch die Chancen und Probleme in den genannten Gebieten, schlug den Bogen zu den internationalen Wirtschaftskrisen und Entwicklungen

unserer Zeit und kommentierte auch die Präsidentschaftswahl in den USA.

Das sehr aufmerksame Fachpublikum, ca. 120 Teilnehmer, hatte zum Schluss der Rede die Möglichkeiten zur Fragestellung und nutzte diese Gelegenheit intensiv. Von Seiten des BWA, Kooperationspartner der Veranstaltung, wurde an Minister Gabriel das Thema: „Wie sehen andere Nationen, besonders aus Asien, die persönliche Sicherheitslage für ausländische Besucher in Deutschland“, herangetragen. Eine zentrale Frage, für die der BWA bereits die Bundesregierung in Berlin angeschrieben hat und auf einen entsprechenden Dialog setzt.

Im Vorfeld zu Gabriels China-Besuch bat BWA-Präsident Weiler ihn, dieses Thema dort besonders anzusprechen. Für besonders wichtig halte der BWA eine deutsche Reaktion auf die Befürchtungen in Asien, Deutschland sei kein sicheres Reiseland mehr, im Übrigen auch im Hinblick auf den Messestandort Deutschland. Bei der Elektro-

nikmesse in München verzeichne man bereits einen deutlichen Rückgang von Besuchern aus Fernost.

Das ostdeutsche Wirtschaftsforum fand vom 20. bis 22. Oktober 2016 im Bad Saarower Hotel Arosa statt. Neben dem Festvortrag von Bundesminister Gabriel gab es ein vielseitiges und gut besetztes Programm. Hierzu waren fast alle mittel- und ostdeutschen Ministerpräsidenten sowie ranghohe Wissenschaftler und Wirtschaftsexperten angereist. Alle Teilnehmer und die Veranstalter zogen eine positive Bilanz und setzten darauf, dass diese wichtige Initiative zu einer regelmäßigen Einrichtung werden wird. Der Termin für dieses Jahr, der 17. bis 20. Oktober, steht jedenfalls bereits ebenso fest wie die Tatsache, dass der BWA erneut Kooperationspartner sein wird.



Bundesminister Sigmar Gabriel, Bild: W+M/Ralf Succo

Digitalisierung jetzt!

Wie kommen Innovationen in den Mittelstand?

Politisches Frühstück der Allianz der Verbände im Haus der Commerzbank

Die Bedeutung des Themas Digitalisierung dokumentiert allein die Anzahl der Veranstaltungen, die aktuell im politischen Berlin stattfinden. Die Allianz der Verbände beleuchtete mit ihrem politischen Frühstück das Thema Digitalisierung aus einer Perspektive, die häufig vernachlässigt wird, nämlich mit einem klaren Fokus auf den Mittelstand.

Dass der Mittelstand besondere Beachtung verdient, unterstrich Joachim Köhler, Leiter des Startup & Digital Hub Berlin der Commerzbank. Die Berliner Startup-Szene entwickelt sich in atemberaubender Geschwindigkeit, doch die Förderung beschränke sich im Wesentlichen auf die DAX-30-Konzerne. Der breite Mittelstand fehle, so Köhler. Der Mittelstand sei dabei aber einer Doppelbelastung ausgesetzt: Er müsse eine Investition stemmen und zugleich auch ggf. dem Druck neuer, konkurrierender Geschäftsmodelle standhalten. Kooperation sei in diesem Umfeld ein zentraler Erfolgsfaktor.

Tankred Schipanski, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss Digitale Agenda, unterstrich die Bedeutung von Praxisbeispielen, die Digitalisierung greifbar machen und zur Umsetzung inspirieren können. Die aktuell zehn Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren sollen diese Aufgabe mit ihren unterschiedlichen Themenschwerpunkten leisten. Flankierend müssten auch die Rahmenbedingungen für Innovationen im Mittelstand verbessert werden. Dazu zählten eine konsequente Fachkräftesicherung, ein flächendeckender Ausbau des digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzes sowie verbesserte Sicherheit und Schutz von IT-Systemen. Ferner soll mit dem Open-Data-Gesetz Unternehmen der Datenschatz des Bundes geöffnet werden. Daten, der Rohstoff der Zukunft, sollen zukünftig auch im Mittelstand innovative Geschäftsmodelle vorantreiben.

Oliver Frese, als Vorstand der Deutschen Messe AG verantwortlich für die CeBIT, unterstrich, dass Chancen und Risiken der neuen digitalen Ära noch schwer abzuschätzen seien. Die aktuell gut gefüllten Auftragsbücher mögen darüber hinwegtäuschen, was mittelfristig auf Unternehmen zukomme.



Digitale Kompetenz sei entscheidend im internationalen Wettbewerb, dessen Kräfteverhältnisse sich gegenwärtig verschieben. Studien, die gerade einmal 30-35 % der Unternehmen in Deutschland als „digital ready“ einstufen, mahnten zu dringender Besserung: „Digitalisierung ist nicht mehr nur ein Stück Software, dass ich einkaufe, um meine Prozesse zu verbessern. Digitalisierung ist die Frage wie und womit verdiene ich zukünftig mein Geld?“ Nichts werde offline bleiben, unterstrich Frese, denn der Trend zum Internet der Dinge wird in den nächsten Jahren die industrielle Produktion deutlich verändern. Auch die Beständigkeit von Geschäftsmodellen wird sich verringern. Wirtschaftlichen Erfolg definiert sich zukünftig über Reaktionsschnelle und Anpassungsfähigkeit. Mittelständischen Unternehmen attestiert Frese diese Fähigkeit im Grundsatz.

Das Thema Anpassungsfähigkeit griff auch Christian Fischer, kaufmännischer Leiter der TecArt GmbH auf. Innovation sei nicht nur etwas technologisches, sondern betreffe die gesamte Bandbreite von Organisations-, Produktions- und Vermarktungsprozessen. Erfolgreiche Organisationen denken diese Prozesse neu, verkürzen sie, bauen sie um und verknüpfen sie mit Menschen. „Es ist verrückt, die gleichen Dinge zu tun, die man schon immer getan hat, und dabei zu erwarten, dass man andere Ergebnisse erzielt als

in der Vergangenheit“, so Fischer. Um Innovationen als einen Transformationsprozess für alle Unternehmensbereiche zu begreifen und voranzutreiben, bedürfe es Investitionsbereitschaft in einen Prozess, dessen Ausgang nicht vollständig absehbar sei. Innovationen müssten einfach verständlich und mit ausreichenden Projektressourcen ausgestattet sein. Mit einem klar definierten Projektteam und einer gewissenhaften Umfeld- und Risikoanalyse ließen sich Innovationsprozesse planvoll vorantreiben.

In seinem Kommentar ging Bastian Kneissl, CEO der MapCase Media GmbH, besonders auf den Aspekt der digitalen Kompetenz ein. Viele Unternehmen betrieben bereits Onlinekanäle, die wertvolle Daten generieren. Doch die bewusste Verknüpfung dieser Kanäle zur Analyse bzw. zur Voraussage von Kundenverhalten finde kaum statt. Grund hierfür ist in Kneissls Augen ein mangelndes Bewusstsein für das enorme Potenzial. Sogar kleine Unternehmen könnten aus ihren Kundendaten entscheidende Informationen ziehen. Für Kneissl ist der Mittelstand in dieser Hinsicht zu langsam und so mahnte er eine höhere Risikobereitschaft an.

Die Kritik Kneissls, dass Unternehmen bzw. Entscheider nicht in der Lage seien, Innovationen zu verstehen und deren unternehmerische Chancen zu nutzen, wurde



Perspektive ergänzte Tankred Schipanski, dass Bürger und Unternehmen besser an das Thema herangeführt werden müssen. Gerade im Hinblick auf Datenschutz und Automatisierung müssten große Ängste abgebaut werden. Besonders im Bereich Big Data dürfe aber dennoch nicht zu stark reguliert werden, um keine Hindernisse für neue Geschäftsmodelle aufzubauen, so Schipanski weiter.

Die Allianz der Verbände ist ein Projekt führender mittelständischer Unternehmensverbände, die es sich zum Ziel gesetzt haben, brennende Fragen für den Mittelstand gemeinsam anzugehen. Als Koalition vereint die Allianz unterschiedliche Perspektiven auf und aus dem Mittelstand und entwickelt diese zu einer gemeinsamen, branchenübergreifenden Position.

in der anschließenden Diskussion mehrfach aufgegriffen. Aufträge für Startups kämen so erst gar nicht zustande, so Kneissl weiter. Aus Startup-Perspektive wurde im Plenum angemerkt, sei auch bei öffentlichen Auftraggebern ein Mangel an Mut zu beklagen. Eine Kooperation mit Startups würde oft aufgrund der unklaren Aussichten in der Geschäftsentwicklung oftmals nicht in eingegangen. Eine weitere Sorge, die mehrfach aus dem Plenum geäußert wurde, ist der enorm hohe Ausbildungs- und Beratungsbedarf.

Deutschland hinke in der Fachkräfteausbildung massiv hinterher. Kontaktpunkte, wie die Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren, seien ein wichtiger erster Schritt, um Unternehmen an die Möglichkeiten der Digitalisierung heranzuführen. Oliver Frese bestätigte, dass dieser Bedarf an Kontaktpunkten kontinuierlich wachse. Auch die CeBIT müsse sich an diese neuen Bedürfnisse anpassen. Besucher erwarten konkrete und greifbare Beispiele und möchten die Messe mit konkreten Lösungsansätzen verlassen. Aus politischer



Tankred Schipanski, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss Digitale Agenda

Chefs am Limit

BWA-Kaminabend mit Gerhard Nagel in Berlin

Auf Initiative des BWA fand im Haus Cumberland in Berlin ein Kaminabend mit dem Sachbuch-Bestseller-Autor und Coach Gerhard Nagel statt. In Kooperation mit Satellite Office waren Senatorinnen und Senatoren des BWA eingeladen worden, um den Change-Manager Gerhard Nagel zum Thema „Chefs am Limit“ zu hören. Der ursprünglich ange-dachte Teilnehmerkreis von 12 Gästen musste schon nach 2 Tagen auf 20 Teilnehmer erweitert werden, die sich in gemütlicher Runde in den ausgesucht schönen Räumen des Business Center am Kurfürstendamm trafen.

Nach einigen Begrüßungsworten von Anita Gödiker, Inhaberin der Satellite Office

Gruppe und einer Einleitung von BWA-Vorstandsmitglied René Leibold, begann Gerhard Nagel seinen mehr als einstündigen Vortrag darüber, wie und warum „Chefs“ auf allen Ebenen immer wieder an ihre „Limits“ stossen. Stetiges Nicken des Publikums machte deutlich, dass Gerhard Nagel - seit 2014 Mitglied des BWA - ins Schwarze traf mit den Berichten aus unternehmerischer Erfahrung und Analysen der Situationen. Der versierte Coach machte deutlich, welche Muster an die Grenzen und auch über die Grenzen der Belastung hinaus typisch sind für viele Führungskräfte. Er zeigte anhand anschaulicher Beispiele auf, welche Symptome eindeutige Zeichen für das Erreichen der persönlichen

Grenzbereiche sind. Dabei wurde klar, dass Höchstleistung und Emotion untrennbar verbunden sind und der Versuch, sich selbst „zu managen“ dauerhaft kaum zu realisieren ist.

Zahlreiche Geschichten erzeugten bei den Gästen Momente des „Wiedererkennens“ im eigenen Unternehmertum und auch einige „Aha“-Momente, die in der folgenden Diskussion lebhaft erörtert wurden. So begann ein intensiver Dialog, bei dem fast alle Teilnehmer Beiträge leisteten, Fragen stellten und eigene Erfahrungen einbringen konnten. Abgerundet wurde der Abend von einem kulinarischen get together bei bester Stimmung.

Nachhaltiges Bauen weltweit fördern

BWA fordert mehr Engagement der Bundesregierung

Auf dem Eco2 Cities Forum des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) im Berliner Waldorf Astoria Hotel forderte Professor Bernd Bötzel, Vorstand DU Diederichs AG, Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) und Leiter der BWA Fachkommission Architektur, Stadtentwicklung und Gebäudetechnik, mehr Engagement der Bundesregierung bei der Propagierung deutscher Standards für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Ausland. Es sei bedauerlich, dass deutsche Zertifizierungssysteme wie die des DGNB gegenüber ihren angelsächsischen Pendanten LEED und BREEAM im Ausland kaum zur Geltung kämen.

„Fast jeder Entwickler in Asien zieht eine Zertifizierung nach LEED dem DGNB Standard vor“, ergänzte Claus Treppte, CTO des Planungsbüros und Projektentwicklers LCS Holdings aus Shanghai. „Kein Wunder, wenn LEED Platinum-Auszeichnungen vergibt. Wer will schon ein DGNB Gold-Zertifikat für nachhaltiges Bauen, wenn er auch Platin haben kann.“ Schlechtes Marketing und mangelnde politische Unterstützung seien die Hauptgründe für die fehlende Durchsetzungskraft deutscher Sustainable Building Standards im Ausland. Hier sei die Bundesregierung gefordert.

Auf dem Eco2 Cities Forum des BWA diskutierten Vertreter aus Wirtschaft und Diplomatie anhand von Beispielen aus Theorie und Praxis Konzepte nachhaltiger Stadtentwicklung. Schwerpunkte in diesem Jahr waren der neue Smart City Development Index der Unternehmensberatung Roland Berger und der von LCS Holdings entwickelte

Eco2 City Masterplan der nordchinesischen Stadt Anshan. Die Veranstaltung wird von der DU Diederichs AG unterstützt, einer der führenden Projektmanagementgesellschaften in den Bereichen Stadtentwicklung und komplexe Bauvorhaben und Vorreiter bei der Gestaltung der Entwicklung des Nachhaltigen Bauens in Deutschland.



Links: Prof. Bernd Bötzel / Rechts: Claus Treppte bei ihren Vorträgen „Smart Cities – Lebenszeit und Kosten sparen“ bzw. „Eco² Stadtentwicklung“

Neue Experten für die „Denkfabrik“ des BWA

Fünf Senatoren beim BWA-Abend in Stromberg inthronisiert

Gleich fünf neue Senatoren bereichern den BWA ab sofort mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen. BWA-Präsident Rudolf Weiler und BWA-Vorstandsmitglied Wolfram Nowsch verliehen den neuen Senatoren im Rahmen eines Diskussionsabends in Stromberg (Kreis Bad Kreuznach) ihre Urkunden. Gastgeber des Abends in dem Restaurant „Le Val d'Or“ des bekannten Sternekochs Johann Lafer war Thomas Sapper, BWA-Vizepräsident und Präsident des Europäischen Fertigbauverbands (EFV).

Dem Senat des BWA gehören führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kultur sowie Repräsentanten aus Politik, Diplomatie und dem öffentlichen Leben an. Aufgabe der Senatoren ist es, Wissen und Erfahrungen aus ihren Bereichen in die Verbandsarbeit einzubringen und den BWA in der Öffentlichkeit zu repräsentieren.

Zu den weiteren Gästen des Abends zählten Herbert Mertin, Justizminister in Rheinland-Pfalz, Simmerns Stadtbürgermeister Dr. Andreas Nikolay sowie Marco Hepp, Geschäftsführer des Trocken- und Innenausbau-spezialisten Hepp. Gemeinsam mit Gastgeber Thomas Sapper nutzten BWA-Präsident Rudolf Weiler und BWA-Vorstandsmitglied Wolfram Nowsch zum Auftakt des Abends die Gelegenheit, Aufgabenbereiche und Ziele des BWA näher darzustellen. „Wir ebnen für unsere Mitglieder Wege, sprechen Empfehlungen an Politiker aus, unterstützen Innovationen und fördern die Außenwirtschaft“, so Weiler.

In insgesamt sieben Kommissionen seien Mitglieder aktiv, um gemeinsam Positionen zu den wichtigsten Themen, die Unternehmer betreffen, zu erarbeiten und Vorschläge für die Verbesserung von Rahmenbedingungen auszusprechen – immer orientiert am Leitbild einer ökosozialen Marktwirtschaft. „Unser Alleinstellungsmerkmal ist, dass im BWA mehrheitlich Unternehmer vertreten sind“, ergänzte Nowsch. „Wir können mit unserem Netzwerk mehr Nutzen erzeugen, als manche Nichtmitglieder vielleicht denken.“

Nach Übergabe der Urkunden an die neuen Senatoren leitete Gastgeber Sapper zu aktuellen Diskussionsthemen aus der BWA-Kommissionsarbeit über. So habe die von

BWA-Vizepräsident Dr. Jan Schröder geleitete Arbeitsgruppe „Fachkräftesicherung und Bildung“ aktuell ein Neun-Punkte-Papier vorgelegt, das die Voraussetzungen für eine gelingende Integration von Flüchtlingen verdeutliche. „Wir sollten insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel die Chancen und Potenziale sehen und konsequent nutzen, um eine Gewinnsituation für Flüchtlinge und Wirtschaft zu erzeugen“, so Sapper. Vor allem die Verwaltungsprozesse müssten beschleunigt und dereguliert werden, um Unternehmen unkompliziert die Beschäftigung von Flüchtlingen zu ermöglichen. Doch damit sei es nicht getan: „Aus eigener Erfahrung bei der DFH kann ich sagen: Ohne Spracherwerb und soziale Eingliederung geht es nicht. Wir dürfen Flüchtlinge nicht sich selbst überlassen, wenn wir sie erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren möchten.“

Die Tischgäste stimmten dem einhellig zu. Bislang seien selbst bei Migranten, die sich bereits seit vielen Jahren oder Jahrzehnten in Deutschland aufhielten, häufig Verständigungsschwierigkeiten vorhanden. Insbesondere im direkten Kundenkontakt, etwa bei Handwerkern, seien Deutschkenntnisse aber unerlässlich. In vielen anderen Bereichen gehe es auch ohne Wirtschaftsenglisch kaum. Der Spracherwerb sei daher einer der wichtigsten Faktoren für eine gelingende Integration.

In der Diskussion über die umstrittenen Handelsabkommen CETA und TTIP erinnerte der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin daran, welchen positiven Einfluss ein reger Außenhandel in der Regel auf die Wirtschaft eines Landes habe. „Darauf beruht auch unser Wohlstand, insofern sägen wir bei diesem in Deutschland schlecht besetzten Thema an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.“ Angst sei auch in dieser Debatte ein schlechter Ratgeber.

China Tours-Geschäftsführer Liu Guosheng nahm die Tischgäste gedanklich mit auf eine Reise in das Reich der Mitte, erklärte anekdotenreich bislang weniger bekannte Besonderheiten und richtete sich schließlich mit einem herzlichen Appell an die Zuhörer: „Deutschland ist sehr hoch angesehen in China. Deshalb ergeben sich für deutsche Unternehmen dort enorme Chancen“, meinte der gebürtige Chinese. Auch Mittelständler sollten nicht davor zurückscheuen, die Aufnahme von Geschäften in China anzustreben.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen zu den Themen Außenhandel und Innovationsförderung klang der Abend aus. „Jetzt freuen wir uns auf die weitere Zusammenarbeit mit den fünf neu ernannten Senatoren“, so Gastgeber und BWA-Vizepräsident Thomas Sapper.



Gastgeber des Abends war BWA-Vizepräsident Thomas Sapper. Foto: DFH

Gelingende Integration schafft Sicherheit

Empfehlungen der BWA-Kommission „Fachkräftesicherung und Bildung“

Dr. Jan Schröder



Dr. Jan Schröder ist mit seinem Beratungsunternehmen seit über zwei Jahrzehnten in der Gestaltung sozial-ökonomischer Innovationen aktiv. Schwerpunkte des Unternehmens liegen in der Beratung und Gestaltung von Governance-Netzwerken an der Schnittstelle von Arbeitsmarkt, regionaler Wirtschaft und nachhaltiger Gesellschaftspolitik.

Unsicherheit über den einzuschlagenden Kurs – dies prägt die Integrationspolitik in Deutschland. Das Integrationsgesetz sendet widersprüchliche Signale. Der Zugang zu Ausbildungen und qualifizierter Arbeit wird durch die 3+2 Regelung erleichtert. Auf der anderen Seite werden 100.000 Ein-Euro-Jobs geschaffen. Hierzu meint Ronald Bachmann vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) „Öffentlich geförderte Arbeitsgelegenheiten erscheinen nicht als der richtige Weg, Flüchtlinge in Arbeit zu bringen“.

An die Seite der Unsicherheit tritt ein gerüttelt Maß Verunsicherung - bei der hiesigen Bevölkerung ebenso wie bei Geflüchteten. Mehr als 360 Verletzte bei Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte dokumentieren pro Asyl und die Antonio Amadeu Stiftung seit Anfang 2015. Die Silvesternacht in Köln, die An-

schläge von Würzburg und Ansbach sowie die verstreuten Anschlagspläne auf einen Berliner Flughafen senden beunruhigende Signale aus.

Es entsteht eine schwierige Gemengelage: Unionsfraktionsvize Michael Fuchs betonte anlässlich der Übergriffe im Februar 2016 „Diese widerlichen Anfeindungen gegen Flüchtlinge sind für das deutsche Image im Ausland Gift.“ Spiegel-online titelte am 07. Juli 2016 „Die Willkommenskultur verabschiedet sich.“ Grundlage ist eine Studie der Uni Bielefeld und der Mercatorstiftung, welche die ambivalente Haltung der Bevölkerung zur Integration Geflüchteter widerspiegelt.

Schaut man jedoch genauer hin, kann man feststellen, dass das Engagement von Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin ungebrochen ist. ProBerufermöglicht in Baden-Württemberg das Kennenlernen handwerklicher Berufe, die reDI-School setzt in Berlin auf Digitale Integration, das „Welcome Integration Network“ unterstützt in Potsdam Betriebe bei der Integration. Diese drei Beispiele stehen für viele andere. Das Hessische Projekt „Chance Arbeitsmarkt“ wird in diesem Heft näher vorgestellt.

Dieses Engagement gilt es zu erweitern, denn im gelebten Miteinander entsteht Sicherheit - Sicherheit im Umgang miteinander und Sicherheit, dass gemeinsam der oft mühsame Weg gelingender Integration bewältigt werden kann. Hierfür engagiert sich der BWA,

ebenso für die längst überfällige Einführung eines Integrationsgesetzes.

Empfehlungen der BWA-Kommission „Fachkräftesicherung und Bildung“ zielen zudem darauf ab, regionale Wirtschaftspolitik enger mit arbeitsmarktpolitischen Ansätzen zu verzahnen:

- Verstehen Sie Geflüchtete als Kundengruppe und nutzen Sie das Wissen Geflüchteter über die Konsumgewohnheiten ihrer Landsleute. Über eine Million Menschen bauen sich in den kommenden Jahren bei wachsender Kaufkraft eine Zukunft in Deutschland auf. Damit sind eine Fülle an Erstanschaffungen der neuen Haushalte verbunden.
- Suchen Sie gemeinsam mit den Kammern nach Wegen, Spracherwerb, Ausbildung und Erwerbsarbeit Geflüchteter parallel zu führen. Geflüchtete sind oftmals nicht mehr in der Altersgruppe, die noch drei Jahre die Schulbank drückt. Viele müssen Schlepper oder Familiennachführung finanzieren. Frühzeitige Möglichkeiten der Erwerbsarbeit verhindern das Abdriften in Graubereiche des Arbeitsmarktes.
- Regen Sie gezielt Arbeitsmarktaktivitäten in regionalen Schlüsselbranchen mit absehbarer Fach- und Arbeitskräfteknappheit an. Es wird erhebliches Potential verspielt, wenn Geflüchtete im Niedriglohnsektor hängenbleiben.



Aus Flüchtlingen werden Fachkräfte – Impulse aus der Praxis

Erste Erfahrungen aus dem Lahn-Dill-Kreis und dem Landkreis Limburg-Weilburg

Seit Herbst 2015 werden im Projekt „Chance Arbeitsmarkt“ Wege der bestmöglichen beruflichen Integration von Flüchtlingen entwickelt. Inzwischen liegen erste Erfahrungen aus der Praxis vor. Die Gruppe der Geflüchteten ist sehr heterogen in Bezug auf Herkunftsland, Stadt/Land, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht und Bildungsstand. Rund 70% der Projektteilnehmenden sind zwischen 18 und 40 Jahre alt und stellen ein großes Potenzial an Arbeitskräften dar. Die Mehrheit der Geflüchteten wird mittelfristig in Deutschland leben. Die Bereitschaft der Betriebe, Flüchtlinge in Betriebspraktika aufzunehmen, ist weiterhin groß. Dem steht aktuell eine relativ geringe Anzahl von Ausbildungs- und Arbeitsverträgen im Anschluss an das Praktikum gegenüber.

Im September 2016 waren bundesweit 687.000 offene Stellen gemeldet. Gesucht werden Fachkräfte für Verkehr und Logistik, Verkauf, Personen mit technischen Qualifikationen und Gesundheitsberufe. Im August waren 20.000 Einstellungen von Geflüchteten bei der Bundesagentur für Arbeit erfasst: Schwerpunkte liegen bei Zeitarbeit, der Logistikbranche und dem Reinigungs- und Gastgewerbe.

Die Betriebe treffen zu einem sehr hohen Anteil auf motivierte und interessierte Bewerber und Bewerberinnen. Meist fehlt eine fundierte systematische Kompetenzfeststellung der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters, die den Personalverantwortlichen eine Vorstellung über das Potenzial erlauben würde. Die Anzahl der Schulbesuchsjahre lässt nur bedingte Rückschlüsse auf den Bildungsstand zu. In unserem Berufsbildungssystem gehen wir in der Regel von Qualifikationsnachweisen aus, die durch Abschlüsse belegt sind. Das ist bei Menschen aus Ländern wie Syrien, Irak, Iran, Somalia oder Eritrea nur bei Hochschulabschlüssen der Fall. Etwa 70 % der Flüchtlinge können diesen Nachweis nicht führen. Die Anerkennung informell erworbener beruflicher Kompetenzen ist je nach Branche und Einsatzgebiet noch im Aufbau.

Aus betrieblicher Sicht werden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Entwicklungspo-



tenzial gesucht. Der Bedarf auf Helferniveau wird weiter sinken. Flüchtlinge über 27 Jahre legen ihre Priorität auf Erwerbsarbeit, nicht auf eine Ausbildung im dualen System. Die vorhandenen Deutsch-Kenntnisse wären auch eine zu große Hürde, um den theoretischen Anforderungen in der Berufsschule folgen zu können.

Notwendig ist daher eine Gesamtstrategie mit flexiblen modularen Programmen zum Berufseinstieg und zur Qualifizierung, die auf mehrere Jahre angelegt sind.

Kern ist dabei der Ausbau der berufsbegleitenden bzw. berufsintegrierten Nachqualifizierung mit folgenden Elementen:

- Berufsbezogene Deutschförderung mit beruflicher Qualifizierung – vorrangig im Arbeitsprozess – verbinden
- Qualifizierungsmodule in Arbeitsverhältnisse integrieren
- Zertifizierung der Qualifizierungsabschnitte durch die Kammern
- Ermöglichen externer Berufsabschlüsse durch das Absolvieren von Qualifizierungsmodulen
- Theoretische Qualifizierungsinhalte im Lernort Betrieb vermitteln

Die aufgeführten Nachqualifizierungsmöglichkeiten bestehen grundsätzlich bereits – bis auf die Variante für die Vermittlung des theoretischen Parts. Um individuell zugeschnittene Lernpläne umzusetzen, die inhaltlich den betrieblichen Anforderungen – auch Schichtplänen – entsprechen, ist jedoch nur eine auf den einzelnen Betrieb zugeschnittene Variante erfolgversprechend. Für die Vermittlung der theoretischen Inhalte im Betrieb sind externe Unterstützungsleistungen notwendig (Finanzierung durch Wirtschaftsministerium, Arbeitsagentur, Jobcenter...). Das kann über staatliche Zuschüsse erfolgen. Eine weitere Option wäre ein bei den Kammern angesiedelter Fachkräfte-Pool – wie Seniorekräfte.

Der Zugang zu dieser arbeitsintegrierten Qualifizierung sollte allen Interessierten offen stehen: bereits Beschäftigten, Arbeitssuchenden/ Erwerbslosen und auch Geflüchteten.

„Da machen Sie sich mal keine Sorgen“

Interview mit Wolfgang Bosbach, MdB

Wolfgang Bosbach



Bild © CDU Rheinisch-Bergischer Kreis

Geboren am 11. Juni 1952 in Bergisch Gladbach; römisch-katholisch; verheiratet; drei Kinder.

1968 Mittlere Reife; Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann bei der Konsumgenossenschaft Köln eG/COOP West AG; Supermarktleiter; Besuch der Rheinischen Akademie in Köln mit Abschluss „Staatlich geprüfter Betriebswirt“; Abitur auf dem zweiten Bildungsweg; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Köln; 1988 erstes und 1991 zweites juristisches Staatsexamen.

Seit 1991 Rechtsanwalt in der Kanzlei Winter, Jansen & Lamsfuß in Bergisch Gladbach.

2000 bis 2006 Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“; Mitglied im Verein „Gegen Vergessen - für Demokratie e.V.“; Mitglied des Gesellschaftsausschusses der Bayer 04 Sportförderung GmbH; Präsident der KG „Große Gladbacher von 1927 e.V.“; Verdienstorden Bul le mérite vom Bund deutscher Kriminalbeamter; Lehrer-Welsch-Preis des Vereins Deutsche Sprache; Orden für Zivilcourage und Charakter der Bürgergesellschaft Köln-Thielenbruch; Auszeichnung für Zivilcourage des Freundeskreises Heinrich Heine in Düsseldorf.

BWA-Journal: Ist die Welt, ist Europa aus Ihrer Sicht unsicherer als vor zehn Jahren? Und inwieweit ist es damit auch Deutschland?

Wolfgang Bosbach: Vergleicht man die aktuelle weltweite Sicherheitslage mit der von 2006 muss man leider feststellen, dass die meisten Regionen nicht friedlicher, nicht stabiler geworden sind und dass die Zahl der Krisenherde stetig größer wird. Der anhaltende Konflikt in der Ost-Ukraine oder die humanitäre Tragödie in Syrien sind hierfür nur zwei Beispiele von vielen. Über 60 Millionen Menschen sind zurzeit weltweit auf der Flucht. Eine so hohe Zahl hatten wir seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie.

Welche Sorgen müssen wir uns als Staat machen und welche als Bürger? Wo können wir weiterhin „sorglos“ sein?

Deutschland ist seit langer Zeit Teil eines weltweiten Gefahrenraumes und wird seit Jahren immer wieder ausdrücklich als potentielltes Anschlagziel des islamistisch-motivierten Terrors genannt. Mit Sorglosigkeit sollte man diesen Gefahren nicht begegnen. Wir brauchen immer beides: Aufmerksamkeit und Entschlossenheit beim Kampf gegen den Terror und gegen die Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen, aber auch ein gewisses Maß an Gelassenheit im Alltag. Wenn wir einmal damit beginnen, unser Leben aus Angst vor dem Terror grundlegend zu ändern, dann haben die Terroristen gewonnen. Diesen Triumph sollten wir ihnen nicht gönnen.

Welche Maßnahmen kann die Politik eigentlich ergreifen, um sich gegen Terror zu schützen? Was muss aus Ihrer Sicht jetzt aktuell getan werden?

Die Politik hat seit dem 11. September 2001 nicht nur in Deutschland eine ganze Fülle von Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit beschlossen – organisatorisch und gesetzgeberisch. Wir haben systematisch Schutzlücken geschlossen, ohne dabei Maß und Mitte aus den Augen zu verlieren. Für uns gilt nach wie vor: Wir wollen so viel Freiheit wie möglich – aber auch so viel Sicherheit wie nötig. Vor allen Dingen sollten

wir nie Freiheit und Sicherheit gegeneinander ausspielen. Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Aktuell geht es um eine bessere personelle und technische Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden und eine bessere internationale Vernetzung der Daten und Erkenntnisse über die grenzüberschreitende, organisierte Kriminalität, nicht nur beim Kampf gegen den Terror. Alleine in nationalen Grenzen lassen sich diese Herausforderungen nicht mehr erfolgreich bewältigen.

Ist mehr Videoüberwachung eigentlich notwendig oder ist das eher symbolisch für das Gefühl sicher zu sein?

Gezielte Videoüberwachung an Gefahrenschwerpunkten ist im wahrsten Sinne des Wortes notwendig. Aus der Erfahrung wissen wir, dass der gezielte Einsatz dieser Technologie helfen kann Straftaten zu verhindern, aber auch Straftaten aufzuklären und Straftäter zu überführen. Eine flächendeckende Videoüberwachung ganzer Stadtteile – wie in London – ist bei uns weder notwendig noch sinnvoll oder gar geplant. Beim Thema „Videoüberwachung“ sollte man differenzieren zwischen der Beobachtung und Aufzeichnung, das sind zwei verschiedene Sachverhalte, die leider immer wieder miteinander vermengt werden. Wenn durch den Einsatz dieser Technik Gefahrenräume für die rechtstreuere Bevölkerung zurückerobert werden können und wenn sich dadurch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verstärkt, wäre dies eine gute Entwicklung.

Ist der Preis, Freiheitsrechte und Privatsphäre einzuschränken, nicht zu hoch gegenüber den eigentlichen Erfolgen vieler Maßnahmen?

Bei jeder einzelnen Maßnahme müssen wir sehr genau abwägen zwischen einem zusätzlichen Gewinn an Sicherheit und einem möglichen Verlust oder einer möglichen Einschränkung von Freiheit. Zugegeben: Die aufwändigen Personen- und Gepäckkontrollen an Flughäfen sind zeitraubend, teuer und verkomplizieren den Reiseverkehr nicht unerheblich – aber aufgrund der bitteren Erfahrungen der Vergangenheit bei Anschlägen gerade auf den Luftverkehr wissen wir alle,



Wolfgang Bosbach (CDU) ist seit 1994 Mitglied des deutschen Bundestags, Foto: Tobias Koch

dass diese Maßnahmen notwendig sind und bleiben. Leider.

Was würden Sie einem ausländischen Unternehmer sagen, der in Deutschland investieren möchte und durch die Vorkommnisse im letzten Sommer verunsichert ist?

Da machen Sie sich mal keine Sorgen! Wir haben in den letzten Monaten viele Anstrengungen unternommen, um zu verhindern, dass sich die Ereignisse vom Sommer 2016 noch einmal wiederholen können. Deutschland war, ist und bleibt ein attraktiver Standort, auch ein attraktiver Investitionsstandort.

Würden Sie zustimmen, dass inzwischen vieles getan wurde, aber die „Botschaften“ nicht ausreichend bei den Menschen angekommen?

Ja! Es wurde in den letzten Monaten nicht nur „viele getan“, es wurde in der Flüchtlingspolitik eine umfangreiche Kurskorrektur vorgenommen, die allerdings von Amts wegen nicht so genannt wird. Die Asylpakete I und II, die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, das Integrationsgesetz – mehr an Kurskorrekturen war in der Kürze der Zeit kaum möglich. Sinnvoll wäre auch die Einrichtung von sogenannten Transitzentren in Grenznähe gewesen, das allerdings hat der Koalitionspartner SPD strikt abgelehnt. Diese Zentren hätten den

großen Vorteil, dass man schon vor der Einreise die Identität und Nationalität der potentiellen Antragsteller prüfen könnte, auch zur Beantwortung der Frage, ob überhaupt Schutzbedürftigkeit besteht – oder nicht. Die meisten Antragsteller stammen zwar aus Krisengebieten, kommen jedoch nicht über Kriegsgebiete – sie kommen über ausnahmslos sichere, verfolgungsfreie Staaten. Deshalb sollten wir möglichst rasch wieder zur konsequenten Anwendung des geltenden Rechtes zurückkehren. Bis zur Stunde ist das nicht der Fall.

Der BWA regt dringend an, auf allen Ebenen in das deutsche Image - auch in Sachen Sicherheit - im Ausland zu investieren. Nehmen auch Sie dort einen Handlungsbedarf wahr?

Auch hier gilt, was in der Politik ganz allgemein immer Gültigkeit hat: Auch wenn vieles getan wurde und vieles getan wird, gibt es nichts, was man nicht noch intensiver, noch besser, noch wirkungsvoller machen könnte. Das gilt auch im Hinblick auf Werbung für den Investitionsstandort Deutschland, und da spielt Sicherheit für die Investoren eine wichtige Rolle.

Was kann die Wirtschaft, was können die Unternehmen und Verbände noch weiter tun, um zu verhindern, dass sich Menschen in unserem Land radikalisieren?

Vita

Seit 1972 Mitglied der CDU; 1975 bis 1979 Mitglied im Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises; 1979 bis 1999 Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach; 1994, 1998, 2002, 2005 und 2009 im Rheinisch-Bergischen Kreis direkt in den Deutschen Bundestag gewählt; April 2003 bis März 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen; 2000 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Ressort Innen- und Rechtspolitik.

November 2009 bis September 2015 Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages.

Sie sollten sich nicht nur als Teil der Wirtschaftsordnung und als Teil des wirtschaftlichen Lebens unseres Landes sehen, sondern auch als relevante gesellschaftliche Akteure, und die dadurch entstehende gesellschaftliche Verantwortung auch aktiv wahrnehmen.

„Wer die Fakten kennt..“

Interview mit Marcus da Gloria Martins, Pressesprecher der Polizei München

Während und nach dem Attentat im vergangenen Sommer in München war er „das Gesicht“ der Münchner Polizei und machte seinen Job so gut, dass er im Herbst sogar zum „PR-Mann des Jahres“ gekürt wurde. Der Pragmatiker und Realist Marcus da Gloria Martins stellte sich den Fragen des BWA-Journals rund um das Thema Sicherheit im Polizeipräsidium München.

BWA-Journal: Herr da Gloria Martins, Sie haben im Nachgang zum Attentat in München im vergangenen Sommer, das sich ja am Ende als die Tat eines Einzeltäters herausstellte, gesagt, die Informationsflut heute sei ein „Teufelskreis“. Was haben wir darunter zu verstehen?

„Die Informationsflut heute ist so, wie sie ist. Das klingt sehr fatalistisch, aber wir sind in der Tat noch immer in einer der intensivsten Nachbereitungen, die die Münchner Polizei je nach einem Einsatz betrieben hat. Und genau das zeichnet uns aus. Wir setzen uns akribisch mit Erfahrung auseinander. Wir tun dies auch und gerade in diesem Fall, bei dem mit Blick auf den Einsatz der Polizei vieles gut gelaufen ist. Der Einsatz ist als sicherheitsvermittelnd, als positiv wahrgenommen worden. Die Menschen haben die Arbeit der Einsatzkräfte als stabilisierend und zielführend empfunden. Natürlich ist es aber so, dass wir weiter lernen. Die Steuerung von Informationsmassen, sei es extern oder auch im eigenen Hause ist ein zentraler Teil dieses Lernens.

Der genannte „Teufelskreis“ ist von uns dabei nicht grundlegend zu ändern, es gilt auch hier das Sprichwort: Wenn Du das Problem nicht ändern kannst, ändere Deine Einstellung. Wir können also dafür Sorge tragen, dass unsere Prozesse, unsere Handlungsweisen passen. Da sind wir dabei zu prüfen, wie wir noch strukturierter und wo möglich auch automatisierter Informationen erfassen, steuern und bewerten können. Nach „außen“ - im Bereich der Medien und der Verbreitung von Gerüchten - besteht da großer Handlungsbedarf. Wir versuchen, mit Technologien, aber auch durch andere Prozesse, den Finger an den Puls der Information zu bekommen. Und auch innerhalb der Polizei und in Zusammenarbeit mit den anderen Einsatzkräften ist uns „gut“ nicht „gut genug“. Und das im übrigen seit Jahrzehnten.

Haben Sie für uns dazu ein Beispiel?

In der Tat gibt es Handlungsweisen, die wir über Bord werfen müssen, weil zum Beispiel die digitalen Medien ein anderes Vorgehen erfordern und - das ist ganz wichtig - auch ermöglichen. Wir können heute ganz anders auf eine vorhandene Angstlage eingehen. Da hatten wir vieles auf dem Schirm, aber neu ist, dass wir das jetzt neu vernetzen und größer aufziehen. Der richtige Tweet kann Hunderttausende erreichen. Aber davor steht: Welche Information ist stichhaltig? Insbesondere wenn es um Gerüchte geht. „Bad news are good news“ gilt als Nachrichtentreiber. Eine Whatsapp-Nachricht verbreitet sich zehn Mal häufiger, wenn sie einen dramatischen Inhalt hat, als wenn es zum Beispiel um ein nettes Urlaubsfoto geht, das Sie in eine Gruppe posten. Für uns ist es wichtig, so früh wir möglich einen „digitalen“ Fuss in die Tür der Gerüchteverbreitung zu bekommen, um hier einwirken zu können. Das geht nur, wenn man zu den Fäden im Netz auch Kontakt hat.

Dann stellen wir uns auch ganz bewusst gegen ein Gerücht, wenn es sein muss, auch sehr plakativ. Das ist oft nicht leicht, aber eben unsere Aufgabe. Das ist Arbeit, die in diesen Tagen nötig ist. Das ist für uns ein neues, auch untypisches Beispiel für Polizeiarbeit.

Was können denn wir als Bürgerinnen und Bürger anders und besser machen?

Hier gibt es natürlich Wunschdenken, aber das hilft uns nicht weiter. Wir alle haben heute „Messenger“-Dienste auf unseren Smartphones. Was Teilen unserer Bevölkerung nicht bewusst ist, was nicht gelernt wurde, ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit alarmierenden Nachrichten. Da kommt dann zur Nachricht noch die Wertung dazu. „Schon wieder“ ist so eine typische Wertung, die schaden kann. Wir leben in Zeiten der „Stillen Post 2.0“. Nachrichten bekommen eine Dramatik, die Massenwirkung, mindestens aber Gruppenwirkung entfaltet. Das Problem ist dabei nicht das Gerät, sondern der „User“.

Also „Erst denken, dann handeln?“ Was wäre ein Ansatz?

Auch das ist das Reich des Wunschdenkens, wenn es um Massenkommunikation geht. Es gibt zwei „Aggregatzustände“, über die wir sprechen müssen: Das eine sind die Themen aus Alltagssituationen. Da hat jeder eine gefestigte Meinung, das Thema polarisiert von allein.

All diesen Themen ist gemein, dass es so eine Art Grundvereinbarung gibt, wie wir über diese Themen reden und sie verbreiten. Das gilt so aber nur in Alltagssituationen. Und auch dort natürlich innerhalb der Schwankungen, die wir als Gesellschaft abbilden, das heißt zum Teil auch emotional oder unsachlich eingefärbt.

Der zweite „Aggregatzustand“ ist die Krise. Sobald Sie wirkliche Angst haben, fallen Sie auf Ihr archaisches Verhaltensmuster zurück. Da ändert die Angst auch das Kommunikationsverhalten komplett. Spätestens in diesem Moment sind alle Vereinbarungen zum „ruhig bleiben“, aber auch zum Durchhalten der eigenen Meinung, hinfällig.

Eine Selbstregulierung des Einzelnen funktioniert nicht mehr in der Krise. Es braucht da Korrektive, die Klarheit schaffen. Aber auch das ist schwer. Die Herausforderung liegt darin, dass Sie jemanden brauchen, der Orientierung vermittelt. Diese Rolle ist uns als Polizei bei der OEZ-Lage (im Münchner Olympia-Einkaufs-Zentrum OEZ fand das Attentat im Sommer statt) zugefallen und gelungen. Ob das wieder gelingt, ist die Frage. Wären wir nicht in dieser Lücke gewesen, wäre niemand da gewesen.

Was man in so einer Situation braucht, sind Meinungsinstanzen, deren Autorität nicht in Frage gestellt ist - ein Orientierungsangebot. Klingt sehr theoretisch, ist aber wichtig. Konkret nutzt diese Orientierung eine Sprache, die die Menschen in der Krise auch verstehen und begreifen können.

Der jetzt gewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zuletzt gesagt „Diejenigen, die die scheinbar einfachen Antworten haben, haben meist gar keine

Antworten“. Wenn es also schon keine einfachen Antworten gibt, muss wenigstens die Sprache des Komplizierten einfach sein?

Ja, das beginnt schon, wenn Medien deutlich machen wollen, was ein Gerücht ist und was nicht. Der Konjunktiv wird überlesen. Die Meldung: „Angeblich Schüsse am Stachus“ wird bei den Lesern sofort zu „Schüsse am Stachus“. Hinzu kommt, dass die wenigsten Menschen auf den Link drücken, der hinter der Nachricht liegt. Wir müssen also wirklich sehr klar sein und doch bei den Fakten bleiben. Wenn wir dann noch als Meinungsinstanz gelten, haben wir eine Chance, etwas zu bewirken. Auch wenn wir versuchen, alle zu erreichen, so müssen wir uns doch eingestehen, dass das in der Realität nie sicher gelingen kann. Dass man aber zumindest kontrolliert weite Teile der Menschen erreichen kann, haben wir ja beweisen können.

Nun haben wir also über Fakten und die Kommunikation über Fakten und Gerüchte gesprochen. Einfache Frage: Was würden Sie ausländischen Gästen sagen, die nach München kommen wollen?

Können wir gewährleisten, dass es absolute Sicherheit gibt? Nein. Können wir gewährleisten, dass es eine Sicherheitsarchitektur

gibt, die sicherstellt, dass wir frühzeitig auf Gefahren reagieren und als Straftaten konsequent und schnell verfolgen können? Klares ja.

Neben einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur und einer herausragenden Vernetzung der Einsatzstrukturen, da ist nicht nur die Polizei gemeint, haben wir eines: Wir haben eine sehr gute Ausstattung, wir haben eine sehr gute Ausbildung, und wir haben ausreichend Personal. Da steht Bayern besonders gut da. Unser Qualitätsstand ist enorm. Wir wollen immer besser werden und werden es auch. München ist seit 40 Jahren die sicherste Millionenstadt Deutschlands.

Letzte Frage: Wenn Sie morgens zur Arbeit fahren, fühlen Sie sich bedrohter als noch vor Monaten?

Nein! (*lacht*) Mich das zu fragen, ist in gewisser Weise auch unfair, denn ich bin - entgegen einem gefühlt um sich greifenden Trend - noch immer faktengläubig. Und ich bin vom Fach. Trotzdem verstehe ich die Besorgnis der Menschen in unserer Stadt sehr gut, denn ich kann mir vorstellen, dass es dem einzelnen oft an Hintergrundwissen fehlt, ja, fehlen muss. Es muss uns aber wieder gelingen zu vermitteln, dass Sicherheit auf der persönlichen Sorgenliste nichts zu suchen hat! Fakt ist, dass

die Wahrscheinlichkeit, mit dem Auto täglich zu verunglücken um ein X-faches höher ist, als Opfer eines Anschlags zu werden. Und doch fahren wir täglich und selbstverständlich mit dem Auto.

Wir haben das Problem, dass unsere Informationen (Faktenlage Anm. d. Red.) zwar stimmen, aber die Kommunikation (z.B. die Boulevard-Presse oder Seiten im Internet Anm. d. Red.) oft so arbeitet, dass hier Faktenlage und Sensationsüberschriften vermischt werden. Ist der so „aufgeladene“ Artikel, der „Social-Media-Text“ dann aber erst einmal draußen, ist das Potenzial zur Skandalisierung und letztendlich zur Verunsicherung enorm. Diese Art von „Misch-Berichterstattung“ löst eine deutlich größere Erschütterung im Sorgen-Epizentrum aus als jede Zahl, die wir nennen können.

Sagen wir es so: „Wer die Fakten kennt, muss sich im Alltag keine Sorgen machen.“



BWA-Vorstand René Leibold im Gespräch mit Marcus da Gloria Martins

„Wir leben in der sichersten aller Zeiten“

Interview mit dem Kriminologen Professor Dr. iur. Thomas Feltes M.A.

Nach mehreren Terroranschlägen und Amokläufen in den letzten Monaten haben viele Menschen in Europa das Gefühl, dass das Leben unsicherer geworden ist. Ist das ein bloßes Gefühl oder ist die Situation für jeden einzelnen bedrohlicher geworden?

Tatsächlich leben wir in der sichersten aller Zeiten in Deutschland. Wir haben dennoch das Gefühl, dass alles um uns herum unsicher wird. So sind z.B. die polizeilich registrierten Gewaltdelikte seit 2005 um ca. 15% zurückgegangen, die Sexualdelikte sogar um 17%, und auch im Dunkelfeld sinkt die Kri-

iminalitätsbelastung. Dafür, dass die Menschen immer mehr Angst haben und die „gefühlte Sicherheit“ schlechter ist, gibt es verschiedene Gründe. Beim Thema Einbrüche kann man beispielsweise sehen, wie eine politische und mediale Irreführung bei den Menschen ankommt. Wir haben zwar momentan einen deutlichen Anstieg der Taten, aber immer noch nicht das Niveau erreicht, das wir vor 15 Jahren hatten. Das Gefühl, an allen Ecken und Enden würde eingebrochen, hat vor allem mit der medialen Aufbereitung und der politischen Diskussion zu tun. Die regelmäßigen politischen Verkündungen, alles gegen Einbrüche zu tun, verunsichern. Die Bürger glauben, dass die Kriminalität ständig zunimmt, obwohl in fast allen Bereichen das Gegenteil der Fall ist. Das ist ein paradoxes Phänomen, das wir „Verbrechensfurcht-Paradox“ nennen und immer wieder in Studien nachweisen. Dazu gehört auch, dass diejenigen, die objektiv die geringste Wahrscheinlichkeit haben, Opfer einer Straftat zu werden, die höchste Verbrechensfurcht aufweisen, und umgekehrt. Insgesamt erscheint mir diese „German Angst“ typisch deutsch. Wir bewerten Risiken generell höher als sie in Wirklichkeit sind. Wir sind ängstlicher als andere Nationen. Franzosen, Italiener und Spanier beispielsweise gehen das Leben insgesamt entspannter an, und daher können sie auch mit diesen Ängsten besser umgehen.

Was hilft dabei, Gefahren und Risiken realistischer einzuschätzen?

Diese Angst der Bürger ist eine Verlagerung allgemeiner gesellschaftlicher Ängste in den Bereich der Kriminalität. Wir haben in der Tat eine unsichere Situation in mehrfacher Hinsicht: in Bezug auf Europa hatten wir die Banken- und Finanzkrise, die viele Menschen verunsicherte (Ist mein Ersparnis noch sicher?). Die „Null-Zins-Politik“ führt dazu, dass die Menschen nicht mehr daran glauben, dass Sparen sinnvoll und notwendig ist. Wir haben zudem ein Auseinanderbrechen der Idee eines geeinten Europa und die Menschen spüren, dass die Globalisierung auch bei uns angekommen ist. Wir erleben täglich, dass Menschen aus Afrika nach Europa kommen. Damit können Probleme wie Hunger und Krieg, die in Afrika bestehen und die medial aufbereitet auch in unser Wohnzimmer geliefert werden, ganz schnell auch in Europa präsent werden. Schließlich begreifen viele Bürger, dass die finanzielle und gesundheitliche Altersversorgung nicht mehr gesichert ist, ihre Rente auch nach 40 Jahren Berufstätigkeit nicht mehr ausreichen wird zum Leben. Das alles führt zu einer grundlegenden Verunsicherung. Angst vor Kriminalität zu haben, ist dann ein Ventil. Diese Angst ist im Vergleich zu den anderen Ängsten greifbar und personalisierbar. Und dazu kommt, dass die Politik

Thomas Feltes



Professor Dr. iur. Thomas Feltes M.A. ist Jurist und Sozialwissenschaftler. Seit 2002 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. 1992 hat er an der Universität Tübingen habilitiert, danach war er 10 Jahre Rektor und Professor an der Hochschule der Polizei in Baden-Württemberg. Feltes ist Mitglied im Forschungsforum Öffentliche Sicherheit der Bundesregierung und Herausgeber des Newsletter: Polizeiwissenschaft, der in 5 Sprachen erscheint. Er ist als Gutachter und internationaler Experte seit mehr als 30 Jahren für nationale und internationale Organisationen und Institutionen tätig, darunter für UN, Interpol, FBI und OSZE www.thomasfeltes.de



Warum fürchten wir uns mehr vor terroristischen Anschlägen als vor den täglichen Gefahren im Straßenverkehr?

in den genannten Problembereichen nicht unbedingt den Eindruck vermittelt, Lösungen zu haben.

Was sind geeignete Maßnahmen, um sich vor Terror zu schützen? Privat, aber auch als Gesellschaft, also politisch?

Sich privat gegen „Terror“ zu schützen ist weder möglich, noch notwendig. Wir müssen uns damit abfinden, dass terroristische Anschläge wohl auf absehbare Zeit zu unseren gesellschaftlichen Risiken zählen, ebenso wie andere Gefahren z.B. im Straßenverkehr, durch Luftverschmutzung oder durch Haushaltsunfälle. Die Ursachen des Terrorismus wurden vor vielen Jahren gelegt, man kann das Rad nicht zurückdrehen. Aber: Wir haben auch gefragt, wo sich die Menschen am sichersten und am unsichersten fühlen. Mehr als 90% fühlen sich in den eigenen vier Wänden am sichersten. Dabei wissen wir, dass es dort am unsichersten ist. Zuhause geschehen jedes Jahr über 4000 tödliche Haushaltsunfälle, und drei von vier Körperverletzungen ereignen sich dort. Politisch hingegen sind Maßnahmen gegen „den Terrorismus“ sinnvoll und notwendig, allerdings andere, als gegenwärtig diskutiert werden. Hier muss an den Ursachen angesetzt werden, und diese können nur mittel- bis langfristig angegangen werden. Aktuell befeuern wir durch die Fremdenfeindlichkeit und die oft praktizierte Gleichsetzung von Islamismus und Islam die Terrorgefahr eher, als dass wir versuchen, die Selbsthilfekräfte der muslimischen Gemeinden zu aktivieren.

Zuletzt gab es auch mehrere Erfolge bei der Vereitlung von Anschlägen. Hat sich etwas Grundlegendes geändert?

Diese Frage ist schwer zu beantworten, da wir nicht genau wissen, warum die Anschläge vereitelt wurden. Fest steht jedenfalls, dass es immer mehr einzelne Täter gibt, die sich hier in Deutschland radikalisiert haben. Da muss angesetzt werden.

Wie können potenzielle Täter identifiziert werden und wie kann verhindert werden, dass sich Menschen radikalisieren oder isolieren?

Eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz auf nationaler, vor allem auch auf internationaler Ebene ist hier wichtig. Aber auch dies ist keine Garantie, dass

potentielle Täter erkannt werden. Oftmals leben sie unter dem Radar der Sicherheitsbehörden. Hier helfen dann nur Projekte wie „Wegweiser“, ein Angebot des Verfassungsschutzes NRW, das Familienangehörigen und dem sozialen Umfeld konkrete und individuelle Beratung und Unterstützung anbietet, wenn sie eine Radikalisierung bei einer ihnen nahestehenden Person befürchten. Dort werden auch Freunde, Lehrer, Sozialarbeiter oder Arbeitskollegen beraten. Vor allem aber müssen wir die muslimischen Gemeinden stärken und sie und ihre Arbeit stärker in unsere Gesellschaft integrieren. Das gleiche gilt für die Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten nach Deutschland gekommen sind. Wie das Beispiel Leipzig gezeigt hat, ist die große Mehrheit dieser Menschen bereit, friedlich und gemeinsam mit uns hier in Deutschland zu leben. Dafür müssen wir aber auch die Voraussetzungen schaffen, z.B. durch Integrationskurse, Bildung, Arbeitsangebote, aber auch durch Familiennachzug. Die Familie ist nicht nur,

aber besonders für die vielen jungen Männer, die zu uns gekommen sind, DER wesentliche Stabilisierungsfaktor.

Was kann jeder einzelne tun? Und was die Unternehmen?

Was unsere Angst vor Straftaten, aber auch den Schutz davor anbelangt, ist Nachbarschaftshilfe ganz wichtig. Es gibt einige Städte, die inzwischen „Kümmerer“ eingestellt haben, die dafür sorgen, dass die Bürger sich mehr austauschen, sich gegenseitig helfen und aufeinander aufpassen. Wenn der soziale Zusammenhalt wächst, sinken Kriminalität und Verbrechensfurcht. Allerdings scheint die Moral in unserer Gesellschaft zunehmend verloren zu gehen. Und die ist für dieses gegenseitige Helfen Voraussetzung.

Die Fragen stellte Dominik Adrian

ANZEIGE

**„Ob einzeln oder im Team.
Leistungsfähigkeit begeistert
mich einfach.“**

Joey Kelly, Extremsportler



- Klimaschutz
- Energieeffiziente Fenster & Türen

www.porta-fenster.de



Wie sicher sind unsere Informationen wirklich?

Ständig wechselnde Angriffsszenarien fordern Unternehmen auf allen Funktionsebenen

Dr. Michael Voigt



Dr. Michael Voigt ist Chemiker, er studierte Chemie in Hannover und promovierte im Fach Makromolekulare Chemie. Nach einem Forschungsaufenthalt an der Kanagawa Academy of Science and Technology in Japan trat er 1997 in den Forschungsbereich für teilkristalline Thermoplaste der Bayer AG ein. Weitere technische Stationen waren die Produktion thermoplastischer Polyurethane in Dormagen sowie bei der DIC Bayer Polymers in Osaka. Es folgte ein Wechsel in die Inhouse-Beratung des Bayer-Konzerns mit der Leitung verschiedener Projekte in den Teilkonzernen Bayer HealthCare, Bayer CropScience und Bayer MaterialScience. Ein Projekt zum Thema Know-how-Schutz führte Dr. Voigt 2005 nach China, wo er im weiteren Verlauf den ersten internationalen Brückenkopf der Inhouse-Beratung aufbaute. Im Zuge des Legal-Entity-Merger Projekts der vier damaligen, großen in Shanghai ansässigen zu Bayer MaterialScience gehörenden Gesellschaften erfolgte der Wechsel zurück zu MaterialScience, verbunden mit dem sich anschließenden Aufbau des Industrial Marketing Programms „EcoCommercial Building“ in China. Seit seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahr 2014 leitet Dr. Voigt bei der aus Bayer MaterialScience hervorgegangenen Covestro AG die globalen Aktivitäten zum Thema Information Security.

In der Regel basieren ein florierendes Geschäft oder eine erfolgreiche neue Geschäftsidee auf einem Alleinstellungsmerkmal, das es erlaubt, gegenüber Wettbewerbern im selben Industriezweig im Vorteil zu sein. In einer nicht mehr von primärer Ressourcenausbeutung geprägten Industrie- und Gewerbestruktur besteht das Alleinstellungsmerkmal zumeist in dem Wissen über eine besondere Problemlösung (häufig technisch oder wissenschaftlich), Kenntnis von branchenspezifischen Markt- und Motivationsmechanismen oder über effiziente Arbeits- und Organisationsformen. Sprich, alles dreht sich um Informationen.

Und so wie der Diamant im Safe des Juweliers vielerlei Begehrlichkeiten weckt, tun es auch die wissensbasierten „Golden Nuggets“ erfolgreicher Wirtschaftsunternehmen. Nicht jeder möchte, um in ihren Besitz zu gelangen, den langen und kostspieligen und häufig auch nicht von Erfolg gekrönten Weg der eigenen Entwicklung gehen. Die Szenarien der unethischen Versuche und Mechanismen, sich unrechtmäßig Wissen anderer anzueignen, sind daher mannigfaltig.

Selbst große Organisationen, denen auf Grund von vorhandenen und sorgfältig ausgearbeiteten Compliance-Richtlinien in der Regel höchste Professionalität beim Schutz ihrer Information-Assets unterstellt werden kann, geraten immer wieder in den Fokus von Informationsdieben. Kleinen und mittleren Unternehmen stehen zudem geringere Budgets für ihre IT-Sicherheit zur Verfügung, während die Komplexität des Themas die gleiche ist wie bei den Großen. Darüber hinaus denken insbesondere kleine Unternehmen „Bei mir gibt es doch eh nichts zu holen“ und vernachlässigen technische Schutzmaßnahmen und Schulung der Mitarbeiter.

Welchen möglichen Angriffsszenarien aus Kombinationen von technische und menschliche Schwachstellen nutzenden Mechanismen stehen Unternehmen nun gegenüber?

Zahlenmäßig dominieren unspezifische Malware-Attacken mit

- Ransomware: Eingebettet in Email-Anhängen, über infizierte oder bösartige Webseiten gelangt die Schadsoftware auf den Computer des Opfers. Dort verschlüsselt

sie die vorhandenen Daten und entzieht sie somit der Verfügbarkeit. Vom Nutzer wird eine Lösegeldsumme erpresst (meist in Kryptowährung) und in Aussicht gestellt, ihm nach deren Zahlung den Schlüssel für die Entschlüsselung auszuhändigen.

- Cross-Site Scripting: Eine infizierte oder bösartige Webseite gibt zuvor vom Nutzer gemachte Eingaben (z.B. den Begriff einer Suche) wieder an den Browser des Nutzers über ein manipuliertes Script zurück. Das manipulierte Script kann dann Schadaktivitäten auf dem Computer des Nutzers ausführen oder weitere Angriffe, wie z.B. Datendiebstahl, vorbereiten.

- Phishing: Der Empfänger einer Email wird durch Angebot eines Geldgewinns oder Einkaufsgutscheins dazu animiert, einen möglicherweise infizierten Anhang oder eine infizierte Webseite zu öffnen und dort gegebenenfalls persönliche Informationen preiszugeben; oder es wird über diesen Weg Schadsoftware auf den Computer des Opfers geladen.

- Spear-Phishing: Im Gegensatz zum generischen Phishing richtet sich Spear-Phishing ganz gezielt gegen Einzelne oder eine kleine Gruppe von Menschen. Durch authentische Angaben zum realen Arbeits- oder Lebensumfeld des Opfers wird zunächst Vertrauenswürdigkeit vorgespielt, um das Opfer in einem nächsten Schritt auf falsche Fährten zu führen. Häufig tritt Spear-Phishing in Kombination mit Email-Spoofing auf, d.h. die dem Email-Empfänger in seinem Email-Client angezeigte Absenderadresse ist gefälscht.

- Distributed-Denial-of-Service (DDoS): Durch gleichzeitiges Anfordern eines Webservices (z.B. Produktinformationsabruf auf der Internet-Homepage eines Unternehmens) durch eine große Anzahl von Rechnern oder Clients (i.d.R. zu Botnets zusammengeschaltete kompromittierte Rechner¹ oder internetfähige Geräte)² verursachter Ausfall des Services. Im Zuge der Ausweitung des Internet of Things (IoT) und der damit verbundenen massiven Zunahme von netzwerkfähigen Geräten, z.B. Haushaltsgeräten, Autos u.a. ist davon auszugehen, dass zukünftig IoT-Botnets häufiger in Erscheinung treten werden. Gleichmaßen können all diese Geräte ein Angriffsziel sein und ein unerwünschtes Eigenleben entwickeln.



Denial-of-Service-Attacken werden mittlerweile von Cyber-Kriminellen zum Verkauf angeboten, etwa um Konkurrenten zu schädigen. Umfangreiche Informationen zu Cyberangriffen und Schutzvorkehrungen werden vom European Cybercrime Center der Europol³ oder dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)⁴ angeboten.

Weniger massenhaft, dafür aber umso zielgerichteter und subtiler geht es beim Social Engineering zu. Bei diesem Angriffstyp geht es primär um die Ausnutzung menschlicher Charaktereigenschaften oder typischer Motivatoren, wie materielles Gewinnstreben, Identifikation mit Ideologien und politische Überzeugung. Hinzu kommen Angst vor Bloßstellung und Nötigung sowie vor Unterminierung des Selbstwertgefühls, die sich Angreifer je nach Ausprägungsgrad und Gelegenheit zunutze machen.

Ein spektakulärer Fall der jüngeren Vergangenheit war die Weitergabe von Firmen-geheimnissen zur Titandioxid-Produktion aus monetären Beweggründen durch den ehemaligen Dupont-Ingenieur Robert Maegerle.⁵ Während Maegerle 750.000 \$ zahlen musste und eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren bekam, wurde der Empfänger der Industriegeheimnisse, Walter Lian-Heen Liew, für seine widerrechtliche Nutzung zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren sowie zur Rückzahlung illegaler Gewinne und Wiedergutmachungszahlungen in Höhe von mehr als 28 Mio \$ verurteilt.

In einem anders gelagerten Fall aus dem Jahr 2012 wurde der Sohn eines führenden Mitarbeiters eines namhaften Unternehmens auf

einer Afrika-Reise von örtlichen Behörden mit Partydrogen im Gepäck entdeckt und verhaftet. Statt ein reguläres Rechtsverfahren zu initiieren, entschieden sich die lokalen Behörden nach Aufdeckung der Identität des Teenagers, den Vater um die Preisgabe von Firmen-geheimnissen zur Auslösung seines Sohnes zu erpressen. Zwar kam der Sohn Monate später frei, doch war die berufliche Laufbahn seines Vaters zerstört und dessen Arbeitgeber unwiederbringlich geschädigt.

Ebenfalls spektakulär stellt sich ein Betrugs-vorgang beim österreichischen Flugzeug-komponentenhersteller FACC AG (ehemals Fischer Advanced Composite Components) dar, der sich um die Jahreswende 2015/16 ereignete.⁶ Das zum Einsatz gebrachte Muster gehört zur Kategorie des CEO-Frauds. Über Email-Spoofing und telefonische Kommunikation wurde eine Mitarbeiterin der Buchhaltung unter Vorspiegelung einer bevorstehenden Firmenakquisition zur Durchführung von Finanztransaktionen in Höhe von 54 Mio € veranlasst; davon scheinen 42 Mio € unwiederbringlich verloren zu sein.⁷ Bereits im Februar wurde mit sofortiger Wirkung das Mandat der Finanzvorständin Minfen Gu beendet. Im Mai ersetzte FACC den CEO wegen des Vorfalls, der mit entsprechender Mitarbeiterschulung und prozessualen Sicherheiten für Transaktionen der besagten Größenordnung hätte verhindert werden können. Ein ähnlich gelagerter Fall hat sich im August 2016 beim Nürnberger Automobilzulieferer Leoni zugetragen.⁸

Das A und O für die Abwehr von Angriffen, die sich der Anonymität des Internets und der schier grenzenlosen Möglichkeiten der Identi-

tätsfälschung in diesem Medium bedienen, ist neben der Bereitstellung einer entsprechenden IT-Sicherheit – z.B. über sogenannte Managed-IT-Services – ein gesundes Misstrauen und ein gesunder Menschenverstand aller Mitarbeiter. Das lässt sich schulen durch gezielte Übungen, aber auch durch kontinuierliche Thematisierung in Abteilungs- und Teambesprechungen und Mitarbeiterdialogen.

Von Dr. Michael Voigt, Chief Information Security Officer, Covestro AG

Quellen:

¹ www.heise.de/security/meldung/Security-Journalist-Brian-Krebs-war-Ziel-eines-massiven-DDoS-Angriffs-3329988.html

² www.securityaffairs.co/wordpress/51726/cyber-crime/ovh-hit-botnet-iot.html

³ www.europol.europa.eu/content/megamenu/european-cybercrime-centre-ec3-1837

⁴ www.bsi.bund.de/DE/Home/home_node.html

⁵ www.law360.com/articles/571212/ex-dupont-engineer-gets-2-5-years-for-trade-secrets-theft

⁶ www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2016/06/83465/

⁷ www.reuters.com/article/us-facc-ceo-idUSKCN0YG0ZF

⁸ www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/autozulieferer-leoni-um-millionensumme-betrogen-14390918.html

Reformen im chinesischen Security Sektor

Chinas vorsichtige Schritte in Richtung Privatisierung der Branche

Bis 2010 hatten staatlich geführte Unternehmen, die von lokalen oder regionalen Behörden verwaltet wurden, ein Monopol auf Sicherheitsdienstleistungen in China. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich der Se-

curity Sektor nicht auf einem professionellen Niveau entwickeln. Die chinesische Regierung erkannte, dass die diversifizierten Marktanforderungen, die sich aus der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre ergeben hatten, so nicht länger erfüllt werden konnten. Aus diesem Grund erließ der damalige Premierminister S. E. Wen Jia Bao im Namen des chinesischen State Councils die „Security Service Management Regulation“, die 2010 in Kraft trat. Die Maßnahme regelte vor allem folgende Punkte:

- Sicherheitsdienstleistungen umfassen: Wachdienst, Personenschutz, Sicherheitsprüfungen, Risikobewertungen, technische Sicherheitssysteme etc.
- Nur qualifizierte Sicherheitsunternehmen können ihren Kunden ausgelagerte Sicherheitsdienste anbieten.
- Öffentliche Sicherheitsbehörden überwachen und verwalten Sicherheitsdienstleistungen in China und alle Unternehmen in diesem Bereich werden von lokalen Sicherheitsdienstleistungskammern geführt.
- Das registrierte Kapital von Sicherheitsdienstleistungsunternehmen muss bei mindestens 1.000.000 RMB (ca. 136.000 Euro) liegen. Die Geschäftsführung und das Executive Management müssen Fachkenntnisse nachweisen.
- Die regionalen Sicherheitsbehörden vergeben die Lizenzen, um ein neues Unternehmen im Bereich Sicherheitsdienstleistungen zu gründen.
- Bewaffnete Security Escorting Unternehmen müssen über mindestens 10.000.000 RMB (ca. 1.360.000 Euro) Eigenkapital verfügen und 51 Prozent der Anteile müssen in öffentlicher Hand sein.
- Einheiten der Nationalen Sicherheit oder Geheimdienste können ihre Wachdienste nicht an Sicherheitsdienstleister outsourcen, die Beteiligungen ausländischer Unternehmen haben (z.B. Joint Ventures)
- Alle Produkte oder Systeme, die im Rahmen der Dienstleistungen verwendet werden, unterliegen den Standards der jeweiligen Behörden, z.B. bzgl. Schutz von Persönlichkeitsrechten sowie Privatsphäre und Datenschutz.
- Das Wachpersonal muss national einheitliche Uniformen tragen, die Logos des

Sicherheitsdienstleisters zeigen und die klar von den Uniformen der Polizei, der Armee oder anderen öffentlichen Institutionen zu unterscheiden sind. Sie müssen in dem Sicherheitsüberwachungssystem registriert sein (inkl. persönlichen und biometrischen Daten, wie Fingerabdrücke etc.).

In den letzten fünf Jahren konnte der qualifizierte private Sicherheitssektor dank dieser Regulierung relevante Sicherheitsdienstleistungen anbieten. Dennoch ist es noch ein langer Weg für diese Unternehmen, bis sie unabhängig von den öffentlichen Sicherheitsbehörden arbeiten können. Der Geschäftsführer eines solchen Unternehmens kann in die seltsame Situation geraten, dass er zugleich als Staatsbeamter des Public Security Bureau, einer Art regionaler Polizeibehörde angestellt wird. Und obwohl die chinesische Regierung zehn Jahre, nachdem China der WTO beigetreten ist, versprochen hat, den Sicherheitsdienstleistungssektor für ausländische Unternehmen zu öffnen, hat bislang noch keiner der Marktführer eine Genehmigung dafür erhalten.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass Sicherheit immer wichtiger für Chinas politische und wirtschaftliche Entwicklung wird. Außerdem ist der Schutz der außenwirtschaftlichen Interessen Chinas ein großes Thema für alle Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen geworden. Schaut man sich den Markt an, kann erwartet werden, dass in den nächsten zehn Jahren ein umfassender Sicherheitsdienstleister auf den Plan treten wird. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dieser Riese eher aus dem privaten Sektor kommen wird, als dass es ein staatliches Unternehmen ist.

Richard Jiang



BWA-Senator Richard Jiang ist Vizepräsident der 2005 gegründeten China Cityguard Security Service Group. Das Unternehmen ist ein großer privater Sicherheitsdienstleister mit Dienstleistungen im Bereich Objektschutz, Event Security, Krisen Management, VIP Protection, Security Check, Security Consultancy, Security System, Geld- und Wertsachentransport sowie Alarm Response. China Cityguard arbeitet für mehr als 150 der größten 500 Unternehmen (Fortune 500) in China. 2008 war das Unternehmen der wichtigste Sicherheitsdienstleister der Olympischen Spiele, 2010 war das Unternehmen für die höchste Sicherheitsstufe bei der Shanghai Weltausstellung verantwortlich. 2010 erhielt Cityguard als erstes privates Unternehmen eine Security Service Lizenz einer lokalen Behörde. Mithilfe eines international bekannten Investors konnte China Cityguard im gleichen Jahr einen wichtigen Schritt machen. Mit einem Direktinvestment der China Ping An Group in 2012 wurde das Unternehmen eines der führenden Unternehmen der Security Industrie.

Kontakt:
richardjiang@chinacityguard.com.cn



Wie sicher ist Deutschland?

Sicherheit als Investitionsfaktor



Videoüberwachung in Singapur

Investitionen sind von vielen Faktoren abhängig. Die Sicherheit der Anlagen und Investitionen ist einer davon. Die Sicherheit der Anleger und Investoren als Personen war in Deutschland lange kein Thema. Öffentliche Sicherheit galt als gegeben.

Die Berichte über die Vorfälle in der Silvesternacht in Köln, die Messerattacke in einem Zug bei Würzburg, dem (zufällig) eine Gruppe von Hongkong-Chinesen zum Opfer fiel sowie rechtsradikale Übergriffe gegen Ausländer haben weltweit für Beachtung gesorgt. Über die sozialen Medien verbreiten sich Meldungen über tatsächliche oder vermeintliche Vorfälle in rasanter Geschwindigkeit. Chinesische Touristen sehen sich vermehrt Taschendiebstählen oder gar Raubüberfällen ausgesetzt, da sie oft mit Bargeld oder anderen wertvollen Gegenständen unterwegs sind. Heutzutage stellen meine Kunden daher vermehrt die Frage, die ich vorher selten gehört habe: wie sicher ist Deutschland?

Sicherheit lässt sich anhand von objektiven Indikatoren ablesen (Kriminalitätsstatistiken etc.), bleibt aber im Grunde ein sehr subjektiver Faktor. Wo sich eine Person noch sicher fühlt, beschleicht eine andere Person in derselben Situation bereits das Gefühl von Unsicherheit. Chinesen, aber auch andere Asiaten, wie Japaner, Koreaner und Singapur-

er sind aus ihrer Heimat ein hohes Niveau an Sicherheit gewöhnt. Überwachungskameras auf öffentlichen Straßen oder an Gebäuden gehören dort zum Straßenbild und vermitteln (ein Gefühl von) Sicherheit. Terroranschläge sind weitgehend unbekannt. Die Menschen aus diesen Ländern erwarten ein hohes Niveau an öffentlicher Sicherheit, wenn sie langfristige Investitionen tätigen, die mit einer physischen Präsenz in Deutschland verbunden sind, wie z.B. selbstgenutzte Immobilien für gewerbliche oder private Zwecke.

Die deutschen Sicherheitsbehörden haben insgesamt einen guten Ruf in Asien. Sie gelten als effizient und unbestechlich. Das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit ist gegeben. Positiv werden auch die restriktiven Regeln für den Erwerb von Schusswaffen in Deutschland aufgenommen. Die aktuellen Diskussionen hierzulande um das Thema einer Verbesserung der öffentlichen Sicherheit werden in Asien mit Interesse registriert und helfen, das nach wie vor positive Image von den Verhältnissen in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Deutsche Firmen sollten verstärkt auf das Thema „Sicherheit“ bei ihren Gesprächen mit Geschäftspartnern, nicht nur aus Asien, vorbereitet sein. Ein offener Austausch über die aktuelle Situation, der die Sorgen auf-

Youzhen Licharz



Youzhen Licharz ist Geschäftsführerin der YLS Sherpa Real Estate GmbH, spezialisiert auf die Vermittlung von Wohnräumen, gewerblichen Immobilien und Grundstücken mit Schwerpunkt auf chinesischen und internationalen Kunden.

Youzhen Licharz hat Wirtschaftswissenschaften studiert und einen MBA an der Berlin School of Economics and Law (HWR) abgelegt. Sie hat für renommierte Firmen in China und Deutschland gearbeitet und verfügt über langjährige Cross Culture Erfahrungen in China, Deutschland und Israel.

Kontakt:
Youzhen Licharz
YLS Sherpa Real Estate GmbH
Kurfürstendamm 194
10707 Berlin, Germany

y.licharz@immosherpa.de
www.immosherpa.de

greift und auf sie eingeht, macht sich in der Regel bezahlt. Den Menschen das Gefühl zu geben, dass dies ein wichtiger Faktor ist, kann subjektiv dazu beitragen, dass sie auch weiterhin Sicherheit als einen der vielen anderen positiven Standortfaktoren Deutschlands ansehen.

Manchmal ist die Gefahr sichtbar, manchmal unsichtbar

Interview mit der Fotojournalistin Julia Leeb

Julia Leeb

Julia Leeb, die für ihre Langzeitprojekte immer wieder in Kriegs- und Krisengebiete reist, ist Video-Journalistin, die Virtual Reality und 360° in ihrer Arbeit einsetzt. Unter anderem arbeitet sie in Ländern wie Ägypten, Syrien, Libyen, Afghanistan, Iran und Nordkorea. Ihre Bilder aus Kriegsgebieten wurden in zahlreichen Zeitungen publiziert, darunter F.A.Z., Die Zeit, Wall Street Journal und Daily Beast. 2016 wurde sie von Elle zu einer der 80 internationalen Charakterköpfe und von REFINERY29 zu einer der 29 inspirierendsten Frauen Deutschlands gewählt.

Nach Abitur und Freiwilligendienst in Paraguay studierte Julia Leeb Internationale Beziehungen und Diplomatie in Madrid, danach arbeitete sie für ein Jahr im Außenministerium in Rom. In Ägypten belegte sie an der Universität Alexandria Arabisch und am Institut für Friedensforschung das Seminar «Building a culture of peace». In Alexandria fanden auch ihre ersten Fotoausstellungen statt. Nach einem Jahr in Ägypten kehrte sie nach Deutschland zurück, um sich an der Bayerischen Akademie für Fernsehen ausbilden zu lassen. Für internationales Aufsehen sorgten ihre Aufnahmen aus Libyen, als ihr kleines Team während Filmaufnahmen von Gaddafis Truppen bombardiert wurde. Ihre Erlebnisse im arabischen Frühling wurden zum Teil in dem Bestseller «Du sollst nicht töten» und in dem Dokumentarfilm «Tagebuch einer Revolution» verarbeitet.

2014 brachte sie den Bildband «North Korea – Anonymous Country» heraus, der ein weltweites Presseecho fand. Momentan beschäftigt sie sich mit der Situation in der Demokratischen Republik Kongo.

Die NEUE GALERIE BERLIN vertritt Julia Leeb und präsentiert ihre Werke: www.neuegalerieberlin.com
tvu@neuegalerieberlin.com

Sie sind für Ihre Arbeiten immer wieder in Krisengebiete gereist und dabei auch in lebensbedrohliche Situationen geraten. Was treibt Sie an, sich solchen Gefahren auszusetzen?

Neugierde und der Drang, mir ein eigenes Bild vor Ort zu machen bringen mich immer wieder in Konfliktzonen. Oft ist die Situation vor Ort ganz anderes als erwartet. Meines Erachtens ist es wichtig, mit den Menschen in Kontakt zu bleiben. Um Konflikte zu verstehen und lösen zu können, muss man alle Seiten kennen. Zu den Warlords im kongolesischen Dschungel zum Beispiel bin ich gefahren, um deren Beweggründe, deren Logik und deren Verhandlungsbereitschaft zu erfahren.

Das Sicherheitsgefühl eines Menschen wird ja vor allem von subjektiven Faktoren bestimmt. Haben Sie selbst so etwas wie objektive Kriterien, um zu entscheiden, ob eine Situation zu gefährlich ist?

Alle friedlichen, demokratischen und wirtschaftlich erfolgreichen Länder ähneln einander; jeder Krieg und Konfliktherd ist auf seine ganz eigene Art speziell. Manchmal ist die Gefahr sichtbar, manchmal unsichtbar. Die Situationen können sich von einem auf

den anderen Moment ändern. Da ist es schwer im Vorfeld zu planen. Da ich meist ohne Auftrag reise, kann ich flexibler arbeiten. Es gibt keinen Druck von der Redaktion. Die eigene Erwartungshaltung kann einen allerdings an die Grenzen treiben.

Wie schätzen Sie mit Ihrem Background die Lage in Deutschland ein? Fühlen Sie sich uneingeschränkt sicher?

Deutschland hatte das Glück, eine lange Periode in Frieden leben zu dürfen. Unsere Gesellschaft hat sich, meiner Meinung nach, sehr weit von einem „militarisierten Denken“, das man in echten Kriegsgebieten zum Überleben braucht, entfernt. Auf einige kriegserprobte und konfliktfähige Menschen wirkt unsere Gesellschaft naiv. Ich persönlich aber fühle mich hier nicht unsicher.

Haben Sie je das Gefühl gehabt, dass sich ein Einsatz nicht gelohnt hat, dass das Risiko einfach zu hoch war?

Letztes Jahr wurden 58 Journalisten getötet. Viele wurden entführt. Jede Partei vor Ort beteiligt sich an dem „Bilderkrieg“. Wer nicht embedded arbeitet bekommt ein objektiveres Bild, ist aber eine Zielscheibe.



Bild: Gregor Nicolai

„Wir brauchen mehr Prävention“

Interview mit dem Sicherheitsexperten Ronny Pelka über Sicherheit in Unternehmen



In den vergangenen Monaten wurde die Debatte zum Thema "Sicherheit" vor allem von Vorfällen geprägt, bei denen offenbar wahllos Menschen getötet wurden. Welche anderen Formen von Terrorismus gibt es?

Eine weitere Bedrohung in unserem Alltag, die vermutlich zunehmen wird, sind Geiselnahmen oder Terroranschläge im Supermarkt um die Ecke. Am 18.10.2016 hat beispielsweise ein bewaffneter Mann 30 Geiseln in einem Brüsseler Supermarkt in seine Gewalt gebracht. Aber auch in Deutschland gab es bereits Opfer. In Hannover wurde ein 21-jähriger Kunde im Supermarkt getötet, weil er jemandem zu Hilfe kommen wollte. Eine Bedrohung für Leib und Leben geht dabei nicht nur von Terroristen aus, sondern auch von gewöhnlichen Kleinkriminellen, die nicht mehr wie früher vor brutaler Gewalt zurückschrecken.

Zum Glück beginnen Einzelhandelsunternehmen damit, ihr Personal entsprechend zu schulen. Dies ist sinnvoll, da die Erfahrungen zeigen, dass Mitarbeiter häufig falsch reagieren. Durch eine richtige Präventionsschulung können Gefahren stark reduziert werden.

Wie können sich gerade Unternehmer vor Angriffen schützen?

Die Antwort ist einfach und lautet: mehr Prävention. Noch in den 90er Jahren hatte fast jedes mittelständische Unternehmen einen Sicherheitschef. Leider sind diese Stellen im Zuge von Sparmaßnahmen fast überall gestrichen worden. Sicherheit ließ sich nicht messen, denn man erfährt nicht, welcher Schaden durch präventive Maßnahmen verhindert werden konnte. Deshalb fiel bei Ratio-

nalisierungsmaßnahmen die Sicherheit oft als erstes dem Rotstift zum Opfer.

Ich empfehle heute maßgeschneiderte Schulungen für Mitarbeiter, die nicht nur den Zweck haben, das Unternehmen zu schützen, sondern den Mitarbeitern auch helfen, ihre Familien besser zu schützen. Zugleich habe ich mir viele Alarmmelder ausgebildet, die mit helfen, mein Unternehmen besser zu schützen.

Durch die Omnipräsenz von mobilen internetfähigen Geräten, die wir immer mit uns führen, machen wir uns angreifbar. Was ist hier zu beachten?

Wir wollen heute immer auf dem Laufenden bleiben. Überall wollen wir unsere E-Mails abrufen. Wir wollen online unsere Geschäftsdaten bearbeiten und überall unsere Bankgeschäfte erledigen. Aber kann ich das überhaupt überall ohne Bedenken tun?

Nein, natürlich nicht. Ein Beispiel macht Gefahren deutlich. Ein Unternehmer aus Deutschland reiste ins Ausland. Wie 98 % aller anderen Passagiere hatte er sein Smartphone dabei. Was der Unternehmer nicht wusste, ist, dass bei der Ankunft im Zielland das Handgepäck erneut geröntgt wird und ihm bei diesem Vorgang ein Virus auf das Smartphone gespielt wurde, der alle Daten vom Mobilgerät heruntergeladen hat. So wurden dem Unternehmer hoch brisante Entwicklungspläne gestohlen. Vier Monate später kam genau dieses Produkt aus Asien auf den Weltmarkt.

Bei vielen Reisen ist mir aufgefallen, dass es in vielen Hotelzimmern nur eine Steckdose gibt. Die Lösung: In einigen Länder dienen die

Ronny Pelka



- Geb 21.11.1976
- 1997 Start im Security Business
- 1998-2007 Deutsche Bundeswehr in einer spezialisierten Einheit für Personenschutz und Geiselnbefreiung (Auslandseinsätze Afghanistan, Kosovo, Afrika)
- 2006 bis 2009 Security Advisor für General Saad in Dubai
- 2007- 2014 Sicherheitschef für Family Office in der Schweiz und London
- 2008 bis heute Security Advisor für GccGates in Saudi Arabien
- 2014 bis heute Managing Director Gen Sec ICTS Schweiz für Central Europe & Skandinavien, seit 2017 bei dem Tochterunternehmen GSE Protect in Potsdam

Stromleitungen zugleich als Datenleitungen und man bedient sich über diese Leitungen an Ihren Daten, wenn Sie zum Beispiel Ihr Smartphone über den USB-Anschluss aufladen.

Ein weiteres brisantes Thema sind USB-Sticks. Machen Sie den Selbstversuch in Ihrem Unternehmen und legen Sie einen USB-Stick in die Teeküche. Bereits nach kurzer Zeit kann ein Mitarbeiter seine Neuugier nicht mehr beherrschen, steckt den USB-Stick in seinen Arbeitsrechner und hätte im Ernstfall so Ihr Netzwerk infiltriert. Wir müssen mit dem Thema Sicherheit viel sensibler umgehen und uns im Zweifelsfall gründlich beraten lassen.

Viel Lärm um Sicherheit

Die Firma DIGISOUND entwickelt innovative Alarmsysteme

Uns begegnen im Alltag unendlich viele Produkte und Anwendungen, die signalisieren, alarmieren oder warnen, die kaum bewusst zur Kenntnis genommen werden. Die Dynamik in diesem Bereich ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. DIGISOUND als Partner für intelligente akustische und sensorische Lösungen schafft mehr Sicherheit und

Michael Zeich



Michael Zeich ist Geschäftsführer der DIGISOUND-Electronic GmbH.

DIGISOUND ist seit über 40 Jahren einer der führenden Anbieter von elektroakustischen Signalgebern und entwickelt, produziert und vertreibt Komponenten und Module der Elektroakustik sowie individuell gefertigte Baugruppen bis hin zu kompletten Kommunikationsgeräten. Dabei stehen kundenindividuelle Lösungen für Anwendungen in der Automobil-, Elektro- und Telekommunikationsindustrie, in der Alarm- und Sicherheitstechnik, in der Medizintechnik sowie im Maschinen- und Anlagenbau im Fokus.

Das gesamte Produkt- und Leistungsspektrum von DIGISOUND dient der Wertsteigerung der Produkte und damit des Geschäfts der Kunden. Mit dieser Maxime ist DIGISOUND der bevorzugte Partner für passgenaue Lösungen auch in den Anwendungen seiner OEM-Kunden.

Komfort im Alltag. Einige Beispiele sollen Ihnen zeigen, in welchen Bereichen diese Lösungen zum Einsatz kommen.

Innovative Rückfahralarme, die etwa in Mähdrescher oder Busse eingebaut werden und Menschen im Umkreis beim Rückwärtsfahren warnen, sind ein Beispiel. Diese Alarme sind so konstruiert, dass sich die Lautstärke automatisch der Umgebung anpasst, um immer optimal gehört zu werden.

Ein Schwerpunkt der Entwicklungen in sichere Anwendungen sind Sirenen oder Sirenen-/Blitzkombinationen, die in Brandmeldeanlagen eingebaut werden, und aufgrund eines sehr geringen Stromverbrauchs mit einer bislang noch nicht erreichten Anzahl von Sirenen in einer Schleife geschaltet werden können. Damit wird eine perfekte, speziell adressierbare Alarmierung gewährleistet. Dies war vor Jahren noch nicht denkbar. Die Dynamik in punkto Sicherheit wird auch durch immer neuere EU einheitliche Normen beschleunigt. So sind etwa Signalisierungsbereiche von LED Blitzleuchten durch den Fortschritt in der LED Technik auf einem nie dagewesenen Niveau möglich.

Ein weiteres Beispiel ist die Automobilindustrie, in der Sensoren, basierend auf Piezotechnik, zur Anwendung kommen. Diese ermöglichen es heute, dass Kraftfahrzeuge eigenständig einparken können oder bald das autonome Fahren alltagstauglich sein wird. Hinzu kommen die Warnungen durch Lautsprecher vor einem leeren Tank, oder die an

das Anschnallen erinnern. Die hochmodernen Komponenten werden genutzt, um in unser Leben mehr Komfort und Sicherheit zu bringen.

Doch nicht nur komplexe Entwicklungen helfen dabei, sondern auch die einfache Optimierung bereits bestehender Techniken kann unser Leben einfacher und angenehmer machen. Wer kennt nicht die oft blechernen Sprachausgaben in Zügen oder U-Bahnen? Hier haben neue Verfahren Einzug gehalten, indem sogenannte Festkörpererreger anstelle von herkömmlichen Lautsprechern eingesetzt werden. Diese verwenden eine bestehende, glatte Fläche als Resonanzkörper und schaffen dadurch mit geringer Leistung ein sehr angenehmes Klangerlebnis. Zusätzliche Perspektiven schafft diese Technik bei der Sprachalarmierung, in denen es im Falle einer Evakuierung auf klar verständliche Anweisung ankommt.

In der Medizintechnik wird auf hochzuverlässige Signalgeber gesetzt. Diese müssen umfangreiche Tests bestehen, bevor sie z.B. in sicherheitsrelevanten Geräten wie Beatmungsmaschinen zum Einsatz kommen.

All die Beispiele zeigen, wie bereits kleine elektroakustische Komponenten zur Sicherheit im Alltag beitragen. Die Hersteller sind gefordert, die immer komplexer werdenden Anforderungen nach den neuesten Sicherheitsstandards zu erfüllen, aber gleichzeitig auch die technischen Wünsche der Kunden zu immer kleineren und effizienteren Bauteilen umzusetzen.



Zur Sicherheit: intelligente Rückfahralarme in Bussen

Erste Hilfe rettet Leben

Sicherheit und Prävention in Unternehmen



Unglücksfälle ereignen sich meist spontan. Ob im Haushalt, im Straßenverkehr, beim Sport oder bei der Arbeit – wer Erste Hilfe leistet, ergreift Maßnahmen, die für den Betroffenen überlebenswichtig sein können. Denn die ersten Sekunden und Minuten nach einem Unglücksfall sind häufig entscheidend. Selbstverständlich ist der vorangehende Ruf des Rettungsdienstes oder eines ärztlichen Notdienstes unerlässlich, um die medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Erste Hilfe ist in Deutschland von zentraler Bedeutung. Daher gibt es auch diverse Gesetze, die zur Ersten Hilfe verpflichten – sei es im Straßenverkehr oder auch in Betrieben. Im Unglücksfall heißt es, Ruhe zu bewahren und die sogenannte Rettungskette einzuhalten: Zunächst wird die Unfallstelle gesichert, dann begibt man sich selbst außerhalb der Gefahrenzone. Danach wählt man den Notruf, im Anschluss kann man mit lebensrettenden Maßnahmen beginnen. Zu diesen zählen unter anderem Wiederbelebensmaßnahmen, das Stoppen von Blutungen und die Stabile Seitenlage. Der Rettungsdienst schließt an diese Maßnahmen an und macht den Patienten transportfähig. Am Ende der Rettungskette steht die Behandlung im Krankenhaus.

Erste-Hilfe-Kurse kennt man vor allem aus der Fahrschule, denn sie sind Voraussetzung für den Führerschein. Doch wie war das gleich noch einmal mit der Stablen Seitenlage? Und wie lang müssen die Abstände bei der Beatmung und bei der Herzmassage sein? Bei vielen Menschen liegt der Erste-Hilfe-Kurs weit zurück. Gesetzlich vorgeschrieben sind

Auffrischkurse zwar nicht, doch Straßenverkehrsteilnehmer müssen laut Gesetz in der Lage sein, Erste Hilfe zu leisten. Nicht selten fühlen sich Menschen im Unglücksfall überfordert – unter anderem aus Angst, Fehler zu machen – gerade weil man Erste Hilfe im Ernstfall so selten oder noch nie geleistet hat. Daher ist es ratsam, die Erste-Hilfe-Kenntnisse hin und wieder aufzufrischen. Nur so kann man Notfälle rechtzeitig erkennen und im Falle eines Unfalls spontan Hilfe leisten. Wer sein Wissen regelmäßig auffrischt, hat das gute Gefühl, im Notfall nicht hilflos zu sein.

Unternehmen in Deutschland müssen bereits ab einem Angestellten betriebliche Ersthelfer zur Verfügung stellen. Laut DGUV Vorschrift 1, Unfallverhütungsvorschrift, Grundsätze der Prävention §§ 24 und 26 müssen somit in einem Unternehmen rund zehn bis 20 Prozent der Beschäftigten als Ersthelfer oder als Betriebssanitäter zugegen sein.

Ersthelfer und Betriebssanitäter müssen regelmäßig geschult werden – gemäß den Leitlinien des European Resuscitation Council (ERC) und des German Resuscitation Council (GRC), ferner entsprechend den Vorgaben der Qualitätssicherungsstelle Erste Hilfe der gesetzlichen Unfallversicherungsträger. Häufig werden derartige Schulungen als langwierig und langweilig angesehen. Doch es geht auch kurzweilig und einfach. Die relevanten Informationen können durchaus anschaulich vermittelt werden – vor allem, wenn eine Schulung auf den jeweiligen Betrieb und dessen Branche abgestimmt ist.

Karl Lochtkämper



Karl Lochtkämper ist Gründer und Geschäftsführer der Bildungseinrichtung Premedic. Er ist einerseits Diplom-Zahn-techniker, andererseits ausgebildet im Rettungsdienst. In seinem Unternehmen ist er als Ausbilder in der Altenpflege, als Ausbilder für Sicherheitsfachkräfte sowie als staatlich geprüfter Desinfektor tätig.

Das Unternehmen Premedic steht für individuelle Erste-Hilfe-Schulungen in deutscher sowie englischer Sprache – ob in den eigenen Schulungsräumen in Oberhausen und Moers oder inhouse beim jeweiligen Betrieb. Des Weiteren berät Premedic Unternehmen zur Sicherheits-, Brandschutz- und Erste-Hilfe-Ausrüstung sowie bei der Erstellung von Hygieneplänen.

Kontakt:

Karl Lochtkämper
Premedic – NL Deutschland
Wilhelmstraße 3
46145 Oberhausen

Mail: info@premedic-gmbh.de
Web: www.premedic-gmbh.de

Die Vereinigten Arabischen Emirate laden BWA zu Besuch

Neuer Botschafter S.E. Ali Abdulla Al Ahmed gibt sich die Ehre

Mit klaren Vorstellungen begann der neue Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate seine Aufgabe in Berlin.

S.E. Ali Abdulla Al Ahmed besprach im Rahmen seines ersten Gespräches mit Vertretern von Vorstand und Präsidium des BWA, neben einem sehr freundlichen und angenehmen gegenseitigen Kennenlernen, konkrete Themen.

Nachhaltigkeit, alternative Energien und Start Ups gehörten zu den Punkten, die im Gespräch vertieft wurden. Ebenso wurden Hochschul- und Bildungs Kooperationen angesprochen. Gemeinsam mit seinem Ersten Sekretär, Herrn Abdulrahman Ahmed Aljaber, skizzierte der neue Vertreter der VAE in Berlin, dass eine Kooperation mit dem BWA in diesen Bereichen durchaus wünschenswert sei.

Die Vorstände Michael Schumann und René Leibold, sowie Vizepräsident Prof. Herbert Mrotzeck sahen ihrerseits ebenso Anknüpfungspunkte zu einer Weiterführung der Gespräche mit dem Ziel, tatsächlich gemeinsam Projekte zwischen deutschen Unternehmen und Partnern auf Seiten der VAE zu initiieren.



BWA-Vorstand trifft Botschafter Saudi-Arabiens

Mittelstand im Fokus

Neben den VAE empfing auch S.E. Dr. Awwad S. Alawwad, Botschafter des Königreichs Saudi-Arabiens in Deutschland die BWA-Vorstandsmitglieder Michael Schumann und René Leibold, sowie den BWA-Außenwirtschaftsberater Claus Baron von Fersen, in der Berliner Botschaft des arabischen Königreichs. Von besonderem Interesse bei dem konstruktiven

Gespräch war die mögliche Zusammenarbeit deutscher und saudischer Unternehmen des Mittelstandes in Bereichen wie Agrar- und Lebensmitteltechnik, nachhaltige Unternehmensentwicklung, sowie Industrie 4.0. Auch junge Start-Ups und ihre Entwicklungschancen wurden diskutiert.

Die angesprochenen Themen sollen auf Fachebene in den kommenden Monaten vertieft werden. Der BWA wird dazu seine Fachkommissionen in den Dialog mit einbinden, während von Seiten der Botschaft Saudi Arabiens die entsprechenden Schnittstellen der Wirtschaftsdiplomatie die jeweiligen Ansprechpartner im Königreich sensibilisieren werden.



Riad, Hauptstadt des Königreichs Saudi-Arabien

„Initiative Junge Transatlantiker“ und BWA kooperieren

Auftaktveranstaltung in Augsburg

Die Initiative junger Transatlantiker setzt sich für eine bessere Kooperation zwischen Deutschland und der EU mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Kanada ein – politisch, kulturell und gesellschaftlich. Durch einen intensiven Dialog der jungen Generationen auf beiden Seiten des Atlantiks und durch Aktionen sowie Veranstaltungen kommt diese Verbundenheit zum Ausdruck. Aus Sicht der Initiative findet die Diskussion um die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft zu oft in „abgeschlossenen politischen und wirtschaftlichen Zirkeln“ statt. Ein ernsthafter Dialog auf breiter gesellschaftlicher Ebene fehlt häufig. Diesen Diskurs in die Gesellschaft zu tragen, das haben sich die Jungen Transatlantiker zum Ziel gesetzt.

Dieses Anliegen zu unterstützen und dabei den Bereich der Wirtschaft in besonderer Weise hervorzuheben, hat den BWA dazu bewogen, mit der Initiative eine Kooperation zu verein-

baren. Angeregt durch Stefan Rizor, Präsident des BWA-Landesverbandes NRW und Vorsitzender der deutsch-kanadischen Gesellschaft, wurde vereinbart, Veranstaltungen gegenseitig zu unterstützen und jährlich drei gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen.



baren. Angeregt durch Stefan Rizor, Präsident des BWA-Landesverbandes NRW und Vorsitzender der deutsch-kanadischen Gesellschaft, wurde vereinbart, Veranstaltungen gegenseitig zu unterstützen und jährlich drei gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen.

Einen Vorgeschmack auf das Kommende gab es dann sogleich in Augsburg. Unter dem Titel „Die USA, Kanada und die nordatlantischen Beziehungen“ fand durch die Initiative Junge Transatlantiker in Kooperation mit dem Kanada-Institut der Universität Augsburg und der kanadischen Botschaft eine Panel-Diskussion zu den Auswirkungen der US-Präsidentschaftswahl auf die Beziehungen zwischen Kanada

und den USA statt. Der BWA unterstützte diese Veranstaltung und lud mit nach Augsburg ein. Mehr als 80 Teilnehmer kamen an die Universität Augsburg und erlebten ebenso fundierte Fachstatements wie eine angeregte Diskussion. Auf dem Panel saßen mit Stefan Rizor, Prof. Ursula Lehmkuhl (Professorin für Internationale Geschichte an der Universität Trier), Sebastian Geßler (Politikwissenschaftler an der Universität Augsburg) und Felix Drossard (Regionalgruppenleiter der IjT in Bayern) – alle hochrangige Experten aus verschiedenen Bereichen. Jeder der Panelisten hatte fünf Minuten Zeit, ein kurzes Statement zur Thematik abzugeben, bevor die Diskussion begann.

Stefan Rizor hob hervor, dass viele Veränderungen in den amerikanisch-kanadischen Beziehungen zu erwarten seien. Als Beispiele führte er unter anderem an, dass die Regierungschefs, Obama und Trudeau, in ihrer gemeinsamen Amtszeit sehr gut und harmonisch zusammengearbeitet hätten. Als Politikfelder, die sich einem fundamentalen Wechsel unterziehen werden, verwies er vor allem auf die Handels-, Energie- und Klimaschutzpolitik, in der die Administrationen von Trump und Trudeau vermutlich verschiedene Schwerpunkte legen werden. Jedoch unterstrich Rizor auch, dass vieles im Moment noch auf Spekulationen basiere.

Professorin Lehmkuhl widersprach der Einschätzung, dass sich die Beziehungen zwischen den USA und Kanada fundamental ändern werden, da dieses Verhältnis über Jahrhunderte gewachsen sei und schon viele verschiedene Phasen erlebt habe. Sie argumen-

tierte, dass sich für die kanadische Regierung nach der Wahl nun die Möglichkeit ergebe, sich sowohl verstärkt in der NATO zu engagieren als auch als Vermittler zwischen Europa und Asien zu agieren.

Sebastian Geßler stellte in seinem Beitrag in Aussicht, dass Donald Trump seine Forderungen aus dem Wahlkampf nicht alle umsetzen werde, da die republikanische Partei in vielen Bereichen andere politische Positionen einnehme als Trump. Weiter wies er darauf hin, dass unter Trump als US-Präsident vermutlich das „Keystone XL Pipeline“-Projekt umgesetzt werden könnte, wovon die kanadische Öl-Industrie stark profitieren dürfte. Dies würde die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kanada und den USA noch einmal vertiefen. Felix Drossard verwies in seinem Statement darauf, dass die Wahl von Donald Trump nicht nur massiven Einfluss auf die nordamerikanischen Beziehungen haben werde, sondern auch die gesamten transatlantischen Beziehungen wohl neu organisiert werden müssten. Er warf auch einen Blick auf die amerikanische Innenpolitik. Als Beispiel führte er an, dass Trump als eine der ersten Amtshandlungen einen neuen Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof berufen dürfe.

Zum Diskussionsauftakt wollte Moderator Prof. Kraus wissen, ob der Fokus auf die transatlantischen Beziehungen nicht überbewertet sei und es viel mehr zu einer Verlagerung hin zu den transpazifischen Beziehungen kommen werde. Hier waren sich alle Panelisten nahezu einig, dass die politische Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa ein elementarer Bestandteil der internationalen Politik ist und auch bleiben werde.

Nach über zwei Stunden Diskussion war klar, dass eher Veränderungen als Kontinuität in den nordamerikanischen und transatlantischen Beziehungen zu erwarten ist und die nächsten Jahre eine sehr spannende Zeit werden können. Im Anschluss an die Veranstaltung wurde bei einem kleinen Imbiss angeregt weiter diskutiert.

Mit einer solch guten Erfahrung gehen der BWA und die Initiative optimistisch in die Zusammenarbeit.

Lingang District Konferenz in Hamburg

BWA bietet erneut Brücke zu China für Mittelstand

Ende letzten Jahres hatten der Lingang-District nahe Shanghai und der BWA gemeinsam in den Saal des Hamburger Traditionshauses „Vier Jahreszeiten“ geladen, um die Region Lingang mit ihren Chancen und Möglichkeiten dem norddeutschen Mittelstand nahe zu bringen.

Mehr als 60 Gäste nahmen an der hochkarätig besetzten Veranstaltung teil, die von BWA-Mitglied Kuinno Management hervorragend organisiert wurde. Eröffnet wurde die Konferenz vom Leiter der Wirtschafts- und Handelsabteilung des chinesischen Generalkonsulates in Hamburg, Herrn Tao Bailiang, der keinen Zweifel daran ließ, wie wichtig die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen für China seien. Dem konnte BWA-Vorstandsmitglied René Leibold im Rahmen seiner Vorstellung des BWA nur beipflichten und ergänzen, wie groß die Bedeutung inzwischen auch in der Tiefe des deutschen Mittelstandes sei. Frau Zang Tong, Direktorin der Wirtschaftsabteilung der Shanghai Lingang Verwaltung stellte danach das faszinierende Konzept der Lingang Region vor. Tatsächlich wurde hier, ausgelöst durch die Entscheidung für einen neuen Tiefhafen vor Shanghai, eine komplett neue Region entwickelt, die Unternehmen ebenso beste Chancen bietet wie



Wirtschaftskonsul Tao Bailiang und Direktorin Zhang Tong (Mitte) im Kreis der Teilnehmer

eine hervorragende Lebensqualität für die dort wohnenden Menschen. Sie machte klar, dass die Region Lingang im Wettbewerb der chinesischen und weltweiten Entwicklungsregionen einen der Spitzenplätze einnimmt.

Lingang ist in vielerlei Hinsicht besonders: Ganz nach dem gedanklichen Vorbild Brasiliens, zeichnet in Lingang der deutsche Architekt Meinhard von Gerkon für ein integriertes Stadtentwicklungskonzept verantwortlich, dass in seiner Art weltweit neue Maßstäbe setzt. Eindrücklich verdeutlicht wurde das Konzept, seine bisherige Umsetzung und der Blick in die Zukunft von Hinrich Müller, seit 15 Jahren im Auftrag von Gerkons mitverantwortlich für

Lingangs planerische Entwicklung.

Vertieft wurden die gebotenen Ansätze in der sehr angeregten Diskussion während des Lunchs. Deutsche und chinesische Unternehmen diskutierten miteinander und mit den Verantwortlichen der Region, tauschten sich über Chancen aus und teilten Erfahrungen.

„Mehr als interessant“, so auch das Fazit von Mike Jäger, einer der Vertreter eines deutschen Mittelständlers im Festsaal. Die Lingang Region konnte in Hamburg begeistern, der BWA steht für weitere Informationen und die Herstellung von direkten Kontakten selbstverständlich zur Verfügung.



BWA trifft Bürgermeister von Wuhu

Bürgermeister Pan Zhaohui zu Gesprächen in Berlin

Als weiteren Gast aus China traf BWA-Vorstand Michael Schumann in Berlin den Bürgermeister der chinesischen Stadt Wuhu, Herrn Pan Zhaohui.

Wuhu – eine 4 Mio. Metropole in der chinesischen Provinz Anhui – ist ein dynamisches Wirtschaftszentrum Chinas und unter anderem Sitz der Chery Automobile Gruppe, einem bedeutenden chinesischen Automobilhersteller. Viele namhafte deutsche Unternehmen – wie beispielsweise Bosch, Continental, Linde oder Siemens – sind bereits in Wuhu vertreten. Darüber hinaus entsteht in Wuhu eine Deutsch-Chinesische Kooperationszone für KMU. Wuhu unterhält in Deutschland bereits enge Beziehungen mit der Stadt Dessau, in der ein Wuhu-Dessau Center angesiedelt ist, das als Anlaufstelle für deutsche Unternehmen dient, die sich für Wuhu interessieren.

Michael Schumann sicherte Herrn Pan bei seinem Besuch zu, dass der BWA die Stadt

Wuhu beim Ausbau ihrer Beziehungen in Deutschland künftig unterstützen wird



Sondierungsgespräche in Hong Kong

Treffen mit InvestHK und Cyril Fung im Hong Kong American Club

Cyril Fung, Sohn von Sir Kenneth Fung, ist in der Finanzwelt Hong Kongs seit Jahrzehnten eine Institution. Der in Harvard ausgebildete Unternehmer gilt als einer der Gründerväter der Venture Capital Branche Asiens und ist bis heute in diesem Sektor aktiv. Sein Netzwerk an Unternehmen und Kapitalgebern ist hochkarätig, die Liste der erfolgreichen Projekte lang und namhaft.

So war es eine besondere Freude für eine in China befindliche BWA-Delegation rund um Außenwirtschaftsvorstand Michael Schumann, Cyril Fung in Hong Kong treffen zu können. Ziel war es, Herrn Fung für die Arbeit des BWA zu begeistern und die Türen für BWA-Unternehmen in Herrn Fungs Netzwerk zu öffnen. Im Gegenzug konnte der BWA anbieten, Optionen für chinesische Investoren in Deutschland in ausgewählten Projekten zu schaffen. Im Rahmen eines Treffens im renommierten American Club waren sich beide Seiten am Ende einig, dass sich aus der Entwicklung gemeinsamer Vorhaben gute Chancen für beide Seiten ergeben

können. Einer Zusammenarbeit zum Wohl der deutschen Mitglieder des BWA wie zum Wohl der Partner von Cyril Fung steht seit dem nichts mehr im Weg, im Gegenteil.

Zufrieden resümierte Michael Schumann denn auch: „Wir freuen uns sehr, unseren deutschen Mitgliedern eine Zusammenarbeit

auf diesem Level anbieten zu können. Hier liegen wirklich Chancen, die sonst kaum irgendwo zu finden sind.“ Ein weiteres Gespräch mit Vertretern von InvestHK, der Investitionsförderungsgesellschaft der Special Administrative Region, rundete den Besuch ab.



Cyrill Fung (2. v.links) im Kreis der BWA- Delegation im Hong Kong American Club

Autonomes Fahren in Karlsruhe

Forum von neolog und BWA:
Wie neue Mobilitätskonzepte Wirtschaft und Gesellschaft bewegen

Johannes Kamps-Bender



Johannes Kamps-Bender ist BWA-Senator sowie Geschäftsführer und Gesellschafter von neolog Communications, Agentur für Markenkommunikation.

neoThinking ist eine Eventreihe der Marketingagentur neolog Communications für Inspiration, Austausch und Networking rund um Kommunikation und Marketing in Karlsruhe und Umgebung. In regelmäßigen Sessions treffen sich Unternehmer, Kreative und Marketingexperten aus der Region, um sich mit neuen Impulsen aus Marketing, Design, Technologie und Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Der Schwerpunkt der Agentur liegt auf innovativen und erklärungsbedürftigen Produkten, Markenentwicklung, Unternehmens- und Verbandskommunikation. Seit über 20 Jahren begleitet neolog Kunden aus dem B2B- und B2C-Bereich. In dieser Zeit haben sich Medien, Märkte und Gesellschaft stark verändert. Um dabei erfolgreich neue Ideen und Inhalte entwickeln und platzieren zu können, hat sich das Team um CEO Johannes Kamps-Bender schon immer intensiv mit Trends und Zukunftsthemen auseinandergesetzt.



Ob Wirtschaftswachstum oder individueller Erfolg, soziale Teilhabe oder gesellschaftlicher Fortschritt – kein Zukunftsthema prägt unsere vernetzte und globalisierte Welt stärker als die Mobilität. Von ihr hängt heute maßgeblich unsere Konkurrenzfähigkeit ab.

Das Zukunftsinstitut in Frankfurt am Main hat in Mobilität bereits vor Jahren einen Megatrend erkannt und Thesen und Ausblicke formuliert, von denen sich einige bereits bewahrheiten. Dazu gehört, dass nicht länger das Höchsttempo unsere Mobilität bestimmt, sondern die Art der Fortbewegung – wie die hohe Nachfrage nach Carsharing und anderen flexiblen Mobilitätsangeboten belegt. Dabei spielt das Auto nach wie vor eine zentrale Rolle, wobei großer Wert auf internetfähige Systeme, Datenschutz und Privatsphäre gelegt wird.

2017 wird in der TechnologieRegion Karlsruhe Deutschlands erstes öffentliches Testfeld für vernetztes und autonomes Fahren in Betrieb genommen. Ein Pilotprojekt, mit dem sich der Wirtschafts- und Forschungsstandort als Pionier in Sachen Mobilität der Zukunft positioniert. Ziel des Testfelds, an dem auch das KIT maßgeblich beteiligt ist, ist es, das Fahren der Zukunft schneller, sicherer und umweltfreundlicher zu machen.

„Smart Mobility“ war auch das Thema des fünften Events der Veranstaltungsreihe neoThinking in Kooperation mit dem BWA in Karlsruhe, bei dem zwei Speaker einen Blick in die Zukunft der Mobilität warfen: Nicolas Lutterbach, Pressesprecher des Karlsruher Verkehrsverbunds und Martin Elbs, Leiter des Business Developments beim Karlsruher Unternehmen IPG Automotive.

Als Sprecher des zukünftigen Testfeld-Betreibers KVV nahm Nicolas Lutterbach vor allem die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen für kommunale Partner und die Region in den Fokus. Weltweit existieren heute bereits mehrere private und teilöffentliche Teststrecken. In Deutschland ist das Testfeld in und um Karlsruhe allerdings das erste öffentliche.

Damit sorgt es nicht nur für die Verzahnung der Fahrzeugbranche mit der IKT-Industrie

und einen vereinfachten Zugang zu Schlüsseltechnologien für Firmen. Es bietet zudem die Chance, Technologien und Dienstleistungen für vernetztes und automatisiertes Fahren in unterschiedlichen Anwendungsfeldern und unter realen Bedingungen zu erproben. Dazu gehören unter anderem automatisierter ÖPNV Shuttle- und Logistik-Betrieb, automatisiertes Carsharing und Individualverkehr, aber auch Mobilitäts-Apps und Dienste.

„Wenn Fahrzeugsysteme immer komplexer und vernetzter werden, können sie nicht mehr isoliert voneinander betrachtet werden“, so der Simulationsexperte Martin Elbs. Gleichzeitig steigen die technischen Anforderungen an autonomes Fahren. Das zeigt sich vor allem im Entwicklungsprozess von automatisierten Serienfahrzeugen, der zu großen Teilen im virtuellen Raum stattfindet. Genau darauf hat sich Martin Elbs und das Karlsruher Unternehmen IPG Automotive spezialisiert: Verkehrssituationen mit automatisierten Fahrzeugen detailgetreu und unter realistischen Bedingungen zu simulieren. In Kombination mit realen Fahrversuchen kann so die Entwicklungseffizienz deutlich gesteigert werden. Ein Blick auf den internationalen Wettbewerb in diesem Bereich zeigt das Potenzial und die Wichtigkeit des Testfeldes in Deutschland: Google fährt in der Simulation bereits heute drei Millionen Meilen täglich.



Nikolas Lutterbach

Energiewende der Zivilgesellschaft: Zenaga Foundation eröffnet neue Wege

Pilotprojekte im Senegal

Der Klimawandel – eines der bedeutendsten Themen unserer Gesellschaft. Zentrale Fragen lauten: Wie können wir mit unserem Wissen, mit technischen Möglichkeiten und Visionen seine Auswirkungen reduzieren? Und wie können wir die Energiewende maßgeblich vorantreiben?

Bei diesem Ziel ist die Darstellung und Nutzung von ökonomischen und ökologischen Vorteilen für die Menschen erfolgsentscheidend, ist Kai Zimmermann, Gründer der Zenaga Foundation, überzeugt. Denn daraus entspringt der Antrieb für Veränderung: „Jeder Einzelne muss für sich einen Nutzen in der Umsetzung erkennen und verstehen, was

Zenaga ist der Name einer vom Aussterben bedrohten Berbersprache. Der Begriff steht stellvertretend für den notwendigen Wandel in unserer Zeit. Die gemeinnützige Organisation wurde gegründet, um Dialog, Wissenstransfer und Technologieaustausch zwischen Akteuren in Deutschland und anderen Ländern zu vertiefen und auszubauen. Ein Fokus liegt dabei auf der Realisierung von Projekten – ob in Deutschland, in Afrika oder anderen Regionen. „Unsere Vision ist es, allen Menschen Zugang zu sauberer Energie und einer intakten Umwelt zu verschaffen.“ Soziale, gemeinwohlorientierte Umsetzung zeichnet die Arbeit der Foundation aus. Projekte werden so lange begleitet, bis sie in der jeweiligen

Im westafrikanischen Senegal werden 2017 verschiedenste Projekte umgesetzt: die Vergabe von Stipendien, der Bau von PV-Inselanlagen, ein Solarlampenkonzept für Schüler und Haushalte, eine Schulungsanlage zur Trocknung von Früchten, die Aufforstung eines Nutzwaldes, die Ausrüstung von Krankenstationen und der Bau eines Null-Emissionshauses. Unternehmen können sich auf vielfältige Weise einbringen und die Projekte gewinnbringend mitgestalten.

Kai Zimmermann



geschieht. Nur wer versteht, setzt auch um.“ Mit der soeben gegründeten Zenaga Foundation und ihren visionären Energie-Projekten vernetzt Zimmermann Bürger und Kommunen weltweit mit Machern aus der Wirtschaft.

Auslöser war die Klimaschutzkonferenz von Paris, die 2015 wie ein Ruck durch viele Staaten und Gesellschaften ging. „Ich habe erkannt, dass sich für Deutschland und seine Unternehmen zahlreiche bislang ungenutzte Chancen aus dem weltweit entstandenen Schwung zur Veränderung ergeben“, sagt Zimmermann. „Mit Zenaga wollen wir Brücken bauen und konkrete Projekte tatkräftig anschieben und umsetzen, in denen sich Firmen einbringen können. Ein Pfeiler steht in Deutschland mit den hiesigen Akteuren. Ein anderer Pfeiler stärkt das jeweilige Projektpartnerland und dessen Akteure. Für beide Seiten wird durch Dialog und Vernetzung neuer Nutzen generiert.“

Region eigenständig weitergeführt werden können. Eigene Projekte sind auf Dauer angelegt. Vor Ort schafft sie das Verständnis und die Bereitschaft für technischen Wandel und den unmittelbaren praktischen Bezug. So kommt nachhaltiger Wandel im wahrsten Sinne des Wortes an neuen Orten an und wird dort wirklich genutzt – und nicht nur aufgesetzt.

Die Arbeit ist auf Menschen, Kommunen und ihr jeweiliges Lebensumfeld ausgerichtet. Firmen finden hier sinnvolle Anwendungen. Gemeinwohlorientierung verbindet sich mit hoher Nutzbarkeit und Wirtschaftlichkeit. „Made in Germany“ zählt dabei sowohl in der Anwendung wie auch in der Planung durch die entsendeten Ingenieure und Fachleute – und für deutsche Unternehmen eröffnen sich weite Felder für Marktausweitung, Vernetzung und gesellschaftliches Engagement zugleich.

BWA Senatsmitglied Kai Zimmermann, Gründer der Zenaga Foundation gGmbH sowie Initiator weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen, zeigt seit Jahrzehnten im kommunalen Umfeld, wie man Klima-, Umwelt und Naturschutz individuell und kollektiv betreiben und fördern kann. Mit seiner fünfköpfigen Familie lebt er in seinem Zuhause in Sinsheim komplett klima- und Co2-neutral, hat die technischen Voraussetzungen dafür stets mit eigenem Engagement geschaffen. Auch auf regionaler und nationaler Ebene ist er aktiv – und mit der soeben gegründeten Zenaga Foundation und visionären Energie-Projekten nun auch über die Grenzen Deutschlands hinaus unterwegs. Kai Zimmermann ist gelernter Maschinenbaumechaniker und Bankkaufmann.

Kontakt:
k.zimmermann@zenaga.de

Empfang von Delegationen

Internationales Interesse an Bayerischen Unternehmen



„Thumbs up“! Empfang und Dinner einer Delegation der Beijing Hejun Consulting Co. Ltd unter Führung von Herrn Jiang Hongwu in München

7 Delegationen verschiedener Länder empfing der Landesverband Bayern des BWA in den vergangenen Monaten. Zum einen ist dies Ausdruck der Stärke der Bayerischen Wirtschaft im allgemeinen, besonders natürlich auch Zeichen der Attraktivität von Unternehm-

men des Freistaates für internationale Partner. Zum anderen spielt auch die besondere Anziehung der Stadt München eine Rolle. Die Landesgeschäftsführung in Bayern freut sich sehr über die häufigen Anfragen und auch darüber, dass häufig BWA-Senatoren aus ganz

Deutschland nach Bayern kommen, um mit den Mitgliedern der Delegationen in Kontakt zu kommen. Ansprechpartner für die Organisation solcher Events vor Ort ist Landesgeschäftsführer und BWA-Vorstand René Leibold (r.leibold@bwa-deutschland.de).

Warhol, Wesselmann und Werbung

BWA-Wirtschaftsclub Augsburg: Jahrestreffen im Kunstmuseum

Für das 1. Jahrestreffen hatte sich der Internationale Wirtschaftsclub BWA Augsburg etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Unter dem Motto „Warhol, Wesselmann und Werbung“ lud Geschäftsführer Philipp Achatz in die renommierte Galerie NOAH im Augsburger Glaspalast zu einem unterhaltsamen Abend mit Kunst, Wissen und Genuss.

In einer exklusiven Führung durch die Sonderausstellung „Legends of Pop Art“ standen bekannte Werke der Kunst- und Werbe-Ikone Andy Warhol sowie von Tom Wesselmann im Mittelpunkt. Darüberhinaus konnten die begeisterten Gäste des Abends eine Auswahl der über 1000 Werke zählenden Privatsammlung des ehemaligen Bau-Magnaten Ignaz Walter bestaunen.

Nach der kurzweiligen Führung der Berliner Ausstellungsexpertin Barbara Schmook gab es dann noch nützliche Informationen zum



Netzwerk-Treffen „Warhol, Wesselmann und Werbung“ in der Galerie NOAH in Augsburg: BWA-Wirtschaftsclub-Geschäftsführer Philipp Achatz (r.) mit den Gästen Foto: Andreas Zilse

Digitalisierungs-Thema „Sichtbarkeit im Internet“. In einem Impulsvortrag skizzierte der Augsburger Journalist Andreas Zilse das Werbe-Potenzial des Leitmediums „Internet“ für kleine und mittelständische Unternehmen. Neben nützlichen Informationen über den Gatekeeper „Google“ gab er den BWA-Mitgliedern wertvolle Tipps an die Hand,

mit denen sie selbst die eigene Präsenz im weltweiten Netzwerk steigern können.

Einen gemütlichen Ausklang fand das Netzwerktreffen im edlen schwäbischen Restaurant Magnolia mit interessanten Gesprächen und exzellenter Küche.

BWA-Risikomanagement-Event in München

Im Haus der Bayerischen Wirtschaft stand das Thema „Risikomanagement“ im Mittelpunkt des Interesses. Geladen hatte der BWA Landesverband Bayern in Zusammenarbeit mit der „Wirtschaftstreuhand GmbH“. Weitere Kooperationspartner waren die RA-Kanzlei Friedrich und Kensbock, die Kanzlei Weiss, Walter, Fischer-Zernin und die Wirtschaftsprüfungskanzlei Schaffer und Partner.

Expertise rund um das Thema „Unternehmenskrisen“ war also vorhanden und kam dann auch in den Vorträgen der Referenten zum Ausdruck. Dabei ging es ganz praktisch zu. Beispiel um Beispiel, meist aus eigener Erfahrung, wurde vorgestellt und besprochen. Zunächst stand die Lebensmittelbranche mit ihren besonderen Risiken im Fokus. RA Dr. Markus Kraus griff Beispiele wie „Mars“ auf, hatte aber auch Fälle aus dem Mittelstand mitgebracht. Schnell wurde deutlich, dass es im Lebensmittelbereich ohne ein echtes Krisenmanagement nicht geht. Die Risiken, aber auch Anforderungen von Behörden und Institutionen seien heute einfach zu hoch, so das Fazit.

Im Anschluss daran zeigte Dr. Karsten Kensbock anhand von zwei eindrücklichen Beispielen auf, wie Unternehmensnachfolge gelingt und wie sie scheitern kann. Dass dabei der „Faktor Mensch“ eine bestimmende Rolle spielt, machten die Beispiele in beide Richtungen deutlich. Stefan Zanzinger konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die „schwarzen Schwäne“, auf diejenigen Gefahren, die nicht zu antizipieren sind und die jedes Unternehmen treffen können. Die lebhaft diskutierte zu diesem Thema dokumentierte Interesse und Erfahrungen im Zuhörerkreis besonders deutlich. Gegen „schwarze Schwäne“, so wurde klar, ist es lediglich möglich, die eigenen Grundrisiken zu minimieren, sogenannte „Brandwände“ einzuziehen. Sich gegen jedes Risiko zu schützen, das sei auch in der heutigen Zeit hoher Informationsdichte nicht möglich.

Schließlich rundete Dr. André Fiebiger die Referate mit einer hochinteressanten Systematisierung der Risikostadien ab. Es wurde deutlich, dass sich Risiken klassifizieren lassen und damit auch Entgegnungsstrategien möglich werden. Zum Abschluss der Veranstal-



v.l.n.r.: Dr. Markus Kraus, Stefan Zanzinger, Dr. Horst Schaffer, Dr. André Fiebiger, Dr. Karsten Kensbock

tung moderierte Dr. Horst Schaffer noch die spannende Diskussionsrunde mit Referenten und Teilnehmern, die kräftig eigenen Input leisteten. Das Themenspektrum streifte den Bereich der Umweltrisiken ebenso wie die Möglichkeiten, sich gegen Unternehmensrisiken zu versichern oder etwa, dass „paradoxe Krisen-PR“ in besonders heiklen Fällen den Schaden vermindern hilft.

Am Ende waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenso zufrieden wie überzeugt,

dass „nichts tun“ im eigenen Unternehmen in Sachen Risikomanagement nach diesem Event sicher die falsche Option ist. Ein Ansatz, der dafür spricht, dass die Veranstaltung eine nachhaltige Wirkung erzielen konnte. Ganz im Verbandssinne, den René Leibold abschließend noch um ein Zitat von Mark Zuckerberg mit Blick auf das Unternehmertum ergänzte: „The biggest risk is not to take any risk.“



Konzentrierte Arbeit: Michael von Hauff (links) und Gunter Vogt (rechts) umrahmen BWA-Mitglieder des LV Bayern und waren eigens nach München angereist

Wirtschaftsclubabend mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Klaus-Peter Schulze

Mitglieder des Wirtschaftsclubs Cottbus-Lausitz diskutieren über Energiepolitik



links: Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Bei einer Veranstaltung im Parkcafé im Cottbuser Spreeauenpark sprachen Mitglieder des Wirtschaftsclubs Cottbus-Lausitz Anfang Oktober mit Dr. Klaus-Peter Schulze über die deutsche Energiepolitik. Der Bundestagsabgeordnete erläuterte den Mix, aus dem sich Energie in Deutschland zusammensetzt. Ein Viertel des Energiebedarfs werde durch einheimische Braunkohle gedeckt, ein weiteres Viertel stamme aus erneuerbaren Energien. Der Politiker erläuterte, dass erneuerbare Energien nicht nur Vorteile bringen würden. Solarenergieanlagen und Biomassekraftwerke würden nämlich hoch subventioniert. Für die 8000 Biogasanlagen in Deutschland müsse ferner immer mehr „Futter“ angebaut werden. Dadurch komme

es zur Landschaftsveränderung, der Bestand von Wildbienen etwa würde immer kleiner. Durch die dadurch ausbleibende Bestäubung wachse immer weniger Raps. Grünland verschwinde, demzufolge werde weniger CO₂ gespeichert.

Probleme seien aber auch bei der Windenergie vorprogrammiert: Die jetzt vorgesehenen Erdleitungen von Nord nach Süd seien viermal teurer als die ursprünglich angedachten Freileitungen. Die bereits geplanten Trassen hätten Planungsgeld verschlungen, seien aber als Erdleitungstrassen nur teilweise nutzbar. Der 2018 vor Borkum fertige Windpark werde erst ab 2021 eine Leitung zur Abgabe der gewonnenen Energie haben. Windkraft-

werkbetreiber würden dennoch auch die drei Zwischenjahre Geld für den erzeugten Strom haben wollen.

Schulze stellte zudem dar, dass es nicht stimme, dass die älteren Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden. Für Steinkohlekraftwerke werde Steinkohle u.a. aus Kolumbien importiert, wo diese unter menschenunwürdigen Bedingungen, zum Teil von Kindern, aus der Erde geholt werde.

Außerdem sprach der Bundestagsabgeordnete über die steigenden Zahlen im Tourismus. Wachsen würde der Städtetourismus, auch der Spreewald könne erneut Zuwachsraten verzeichnen. Schließlich äußerte Dr. Schulze noch seinen Unmut über die geplante Kreisgebietsreform im Land Brandenburg mit der vorgesehenen Aufteilung der Kreise. Es folgte eine lebhafte Diskussion.

Das BWA-Senatsmitglied CMT Cottbus hat seit 1. Oktober eine neue Geschäftsführerin. Landesgeschäftsführerin Elke Magdon (links) begrüßte Daniela Kerzel (rechts) am Rande der Veranstaltung sehr herzlich. Daniela Kerzel kommt von der Flämingtherme Luckenwalde. Sie bedankte sich für die freundliche Aufnahme und wünschte sich viele interessante Begegnungen bei den BWA-Abenden.



Der BWA-Bundesvorstand zu Gast

Das Jahr 2016 war für die Mitglieder des BWA-Landesverbandes Brandenburg gekennzeichnet von einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und dem Präsidium des BWA. So konnten wir am 18. Juli den Präsidenten des BWA Herrn Rudolf Weiler zu einer Wirtschaftsclubvorstandssitzung in Cottbus begrüßen. Wie schon bei unserem Besuch in Simmern und unserem dortigen Gespräch mit dem Vizepräsidenten unseres Verbandes Thomas Sapper kamen wir mit unserem Gast

über die Zukunft unseres Verbandes ins Gespräch. Es ging um Nachfragen zur Vorstandsarbeit. Vorschläge für Satzungsänderungen wurden unterbreitet und diskutiert.

Es ist von den Mitgliedern im Vorstand des Wirtschaftsclubs Cottbus-Lausitz begrüßt worden, dass sich auch Bundesvorstand Wolfram Nowisch mehrfach an Veranstaltungen in Cottbus beteiligt hat. Neben einer Vorstandssitzung am Anfang des Jahres und einem Gespräch am 18. Oktober in

Berlin, war Herr Nowisch auch bei der Wirtschaftsclubveranstaltung mit Spree-Neiße-Landrat Harald Altekürger am 24. Mai in Burg/Spreewald anwesend. Das kooptierte neue Mitglied des Bundesvorstandes Rene Leibold stellte sich am 13. September den Vorstandsmitgliedern des Wirtschaftsclubs Cottbus-Lausitz vor. Die BWA-Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg sehen in dieser engeren Zusammenarbeit den richtigen Schritt in die Zukunft unseres Verbandes.

Peitzer Amtsdirektorin Elvira Hölzner zu Gast

Der Ostsee ist in Potsdamer Köpfen noch nicht angekommen



Die Mitglieder des Wirtschaftsclubs Cottbus-Lausitz trafen sich Anfang August beim BWA-Mitglied „Maustmühle“ in der Gemeinde Teichland bei Cottbus.

Die für Teichland zuständige Peitzer Amtsdirektorin Elvira Hölzner informierte die BWA-Mitglieder über die Entwicklung des Cottbuser Ostsees. Zuhörer waren vor allem Vertreter von Ingenieurbüros, die sich für das Großprojekt zwischen Cottbus und Maust besonderes interessieren: Der Cottbuser Ostsee soll mit 1900ha der größte See Brandenburgs werden. Die Flutung des ehemaligen Tagebaus Cottbus-Nord soll im November 2018 beginnen. Bis dahin sollen

die Kaimauern der beiden zukünftigen Häfen in Cottbus-Schlichow und Neuendorf fertig sein. Allerdings ist die Finanzierung des Baus in Neuendorf noch nicht gesichert.

„Der Ostsee ist in den Potsdamer Köpfen noch nicht angekommen“, erklärte Elvira Hölzner mit Verweis auf das noch geringe Engagement der Landesregierung für diese zukünftige Touristenattraktion. Eine achtzigprozentige Förderung für die Kaimauer stehe jetzt in Aussicht, allerdings seien auch die 20 %, die die Gemeinde Teichland stemmen muss, angesichts der Finanzlage durch die hohen Steuerrückzahlungen eine hohe Hürde. Die Amtsdirektorin kündigte Pla-

nungssicherheit für zukünftige Investoren an. Gesucht werden Investoren für Hotels, Campingplätze und weitere touristische Einrichtungen. An dieser Stelle setzte die kritische Diskussion ein: der anwesende Vertreter der Sparkassen-Kreditabteilung wurde gefragt, wie das Kreditinstitut zu diesem Projekt stehe und der Geschäftsführer des Selgros-Marktes Cottbus Oliver Schneider erkundigte sich, wo die zukünftig notwendigen Arbeitskräfte für die Einrichtungen herkommen sollen und was den Ostsee so attraktiv machen wird, dass die Touristen zum Cottbuser Ostsee kommen. Elvira Hölzner kündigte intensive Marketingaktivitäten zusammen mit der Stadt Cottbus an.

15 Jahre TMF Group in Deutschland

Eine immer wieder interessante Herausforderung

Im Jahr 2000 entschied sich TMF Group, ein internationales Dienstleistungsunternehmen für Buchhaltungs-, Lohnbuchhaltungs-, allgemeine Verwaltungs- und Management-Dienstleistungen von Gesellschaften, auch in Deutschland ein Büro zu eröffnen. Frankfurt/Main war die erste und bevorzugte Option, um den für die TMF Group eigentlich sehr späten Start in Deutschland zu wagen. Seit Januar 2001 besteht in Deutschland die zur TMF Group gehörende TMF Deutschland AG.

Im Gegensatz zu den Niederlanden und insbesondere zu den osteuropäischen Ländern war der Outsourcing-Gedanke in Deutschland nicht sehr populär, zum einen hinsichtlich der Kosten, zum anderen aufgrund des Verständnisses zur Einbeziehung von Drittunternehmen für die Erledigung interner Aufgaben und die damit verbundene Herausgabe sensibler Daten. Somit war der Start für das Frankfurter Team eine besondere Aufgabe. Ursula Rutovitz, seit Beginn gesamtverantwortlicher Vorstand der TMF Deutschland AG, fasst dies wie folgt zusammen: „Die Anfangszeit von TMF in Deutschland war von der großen Herausforderung geprägt, unsere Partner und potentiellen Kunden von der Seriosität unserer Dienstleistungen zu überzeugen und diesen die Vorteile der Einbeziehung eines Partners in den genannten Bereichen nahezubringen. Die stetig zunehmende Globalisierung und die zusätzlichen regulatorischen Anforderungen haben diesen Prozess des Umdenkens unterstützt und die Notwendigkeit spezieller Kenntnisse in diesen Bereichen deutlich gemacht.“

Insbesondere internationalen Unternehmen, die im Rahmen einer Expansion u.a. nach Deutschland kommen, fehlt oft das erforderliche Know-how, die Kontakte, das Wissen über den Markt und über die lokalen Anforderungen. Auch die Sprache kann ein großes Hindernis für einen Geschäftsbeginn in Deutschland darstellen.

Gianfranco Maraffio, im Vorstand verantwortlich für die operationelle Seite, hebt in diesem Zusammenhang die besondere Zusammenstellung der Mitarbeiter hervor: „Unser Erfolg lebt unter anderem von der Diversität und Internationalität unserer

Mitarbeiter. In unserem Team von ca. 60 Mitarbeitern findet sich eine Vielzahl von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund. Allein in Deutschland können wir, neben der Beherrschung der deutschen Sprache, auf bis zu 19 weitere Sprachen zurückgreifen.“

Neben der „klassischen“ Auslagerung von Dienstleistungen an Dritte für international operative Unternehmen, ist TMF in Deutschland u.a. auch im Bank- und Kapitalmarkt-, Immobilien- und Beteiligungsbereich tätig. Die Zukunftsprognosen für die einzelnen Geschäftsbereiche waren insgesamt positiv, das Konzept schien aufzugehen. Einen Einbruch stellte dann, nicht nur im Bank- und Kapitalmarktbereich, die Finanzkrise 2008 dar. Es bewährte sich, dass man bei der TMF Group von Anfang an einen breiten Dienstleistungsansatz gewählt hat, so dass einem weiteren Wachstum in Deutschland nichts entgeganstand.

Bis heute schaut man innerhalb Deutschlands und auf internationaler Ebene, „welchen Trends man im Markt folgt, welche neuen Möglichkeiten Zusatzwerte für unsere Kunden schaffen und wie man auf die Anforderungen des Marktes am besten reagieren kann. Zusätzliche und immer wieder neue regulatorische Anforderungen, Compliance-Fragen, Risikomanagement, Haftungsfragen im Hinblick auf die Erfüllung der rechtlichen und lokalen Voraussetzungen erfordern ein immer detaillierteres Wissen. Eng arbeiten wir hier auch mit Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Rechtsanwaltskanzleien zusammen. Kleine Fehler können erheblichen Schaden und weitreichende negative Folgen für ein Unternehmen nach sich ziehen. Diese gilt es, im Interesse eines gut laufenden Geschäftsbetriebes, weitestmöglich im Interesse unserer Kunden zu minimieren. Und hierin sehen wir als TMF Deutschland AG und Teil der TMF Group unsere Aufgabe“, so Angela Bartl, Vorstand, verantwortlich für Strategie und Business Development.

TMF Group, mittlerweile ein globales Unternehmen mit über 122 Büros weltweit und zur Zeit ca. 6.500 Mitarbeitern, ist auch in Deutschland stetig gewachsen. Seit Anfang 2012 gibt es nun auch ein, sich sehr gut

weiterentwickelndes Büro in München. Angela Bartl, u.a. auch verantwortlich für den Aufbau des Büros in München, kommentiert diese Zeit wie folgt: „Nachdem wir bereits erfolgreich in Frankfurt gestartet sind, bestand eine der nächsten Herausforderungen darin, ein zweites Standbein für die TMF Group in Deutschland aufzubauen und langfristig zu etablieren. Neben dem süddeutschen Markt wurde auch die DACH-Region, hier auch in enger Zusammenarbeit mit unseren Büros in Österreich und der Schweiz, weiter erschlossen. Dies ist uns ebenfalls sehr gut gelungen. Und nun freuen wir uns auf die nächsten Weiterentwicklungen und Herausforderungen.“

Aufgrund sehr ambitionierter Wachstumspläne und eines damit einhergehenden, weiteren starken Anstiegs der Mitarbeiterzahl, wird eine der anstehenden Ereignisse der Umzug innerhalb Frankfurts sein.

TMF Group



Global reach
Local knowledge

Mit über 6.500 Mitarbeitern in über 80 Ländern ist die TMF Group ein weltweit führender Anbieter von hochwertigen Business-Dienstleistungen für global operierende und investierende Kunden. Unsere spezialisierten Finanz- und Verwaltungsdienstleistungen helfen unseren Kunden dabei, ihre Unternehmenstrukturen, Gesellschaften und Investmentfonds in verschiedenen geographischen Regionen aufzusetzen und zu verwalten.
www.tmf-group.com

Kämmer-Schulen fassen Fuß in China

Internationale Bildung mit Unterstützung des BWA

Mit Unterstützung durch den Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA) haben sich die Kämmer International Bilingual School (KIBS) und die Oskar Kämmer Schule (OKS) im letzten Jahr international etabliert. „Ohne den BWA wäre die Internationalisierung der OKS in Richtung China nicht möglich gewesen. Gleich drei Kooperationen in einem Jahr – das kann sich sehen lassen“, freut sich Andreas Schraknepper, Geschäftsbereichsleiter „Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen in Niedersachsen“ und Prokurist der OKS.

Die Zusammenarbeit mit der „Qingpu Shiyan Middle School“ in Shanghai, dem „Liaoning College of Medicine Vocational“ in Shenyang sowie der „Jinzhou Medical University“ in Jinzhou sind das Ergebnis der Hilfe des BWA.

Zwei Länder – doppelter Abschluss

Die Zusammenarbeit mit der „Jinzhou Medical University“ und dem „Liaoning College of Medicine Vocational“ führt dazu, dass chinesische Auszubildende nach vier Jahren nicht nur den chinesischen Hoch-

schulabschluss absolvieren – in den Altenpflegeschulen der Oskar Kämmer Schule und den Pflegeeinrichtungen der Region Braunschweig schließen sie darüber hinaus die Ausbildung zum/zur Altenpfleger/in ab. „Dass die chinesischen Schulen mit uns gemeinsam die Pflegeausbildung intensivieren, ist schlichtweg eine super Sache“, sagt Schraknepper.

Ebenfalls erfreut ist BWA-Landesgeschäftsführerin Silvia Schüller: „Das ist ein toller Erfolg für unser Mitglied die OKS, vor allem aber für die jungen Menschen in China und Deutschland. Die Qualität der Kämmer-Schulen nach China zu bringen, war uns ein ebenso wichtiges Anliegen, wie die Verbindung der Schüler und Kulturen. Es ist wirklich schön zu sehen, dass dies gelingt.“

Die deutsch-chinesische Kooperation trägt bereits erste Früchte: Um ab August 2017 die Ausbildung in der Braunschweiger Region fortzusetzen, haben die ersten 27 Auszubildenden in Shenyang täglich drei Stunden Deutschunterricht. Zwei chinesische Schüler befinden sich zudem schon in Deutschland – in der Ausbildung an der Fachoberschule „Gestaltung“ bzw. der Realschule „LebenLernen“.



Eine chinesische Delegation besuchte die Braunschweiger Realschule LebenLernen

ANZEIGE

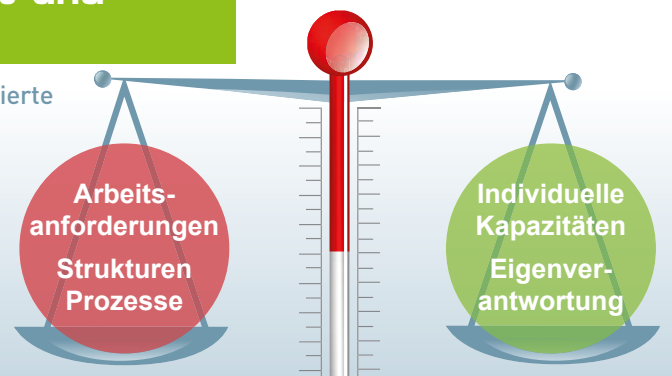
Psychische Gefährdungsbeurteilung § Arbeitsschutzgesetzliche Pflicht und Chance für Ihr Unternehmen

connect.

Wir verbinden Mensch und Arbeit.



Gesunde motivierte
Mitarbeiter –
erfolgreiche
Unternehmen



Wir beraten Sie gerne:

connect Neustadt GmbH & Co. KG, Arnoldplatz 2, 96465 Neustadt b. Coburg

Tel.: 09568 8967 114, Fax: 09568 8967 169, Mail: info@connect-neustadt.de, www.connect-neustadt.de

Sicherheit bei Medizinprodukten

Brandunterbrecher für die Sauerstofftherapie

In Deutschland werden rund 400.000 Patienten mit Sauerstoff versorgt. Die Anzahl der Patienten mit einer Sauerstofftherapie ist ein stetig wachsender Markt. Die Sauerstofftherapie erhöht für Patienten mit einer Lungenerkrankung massiv die Lebensqualität.

Für die Durchführung der Sauerstofftherapie kommen in Deutschland verschiedene Systeme zum Einsatz. Als häufigste Sauerstoffquelle wird der Sauerstoffkonzentrator eingesetzt. Die Funktionsweise dieses Gerätes besteht darin, dass Raumluft mittels eines Kompressors durch Molekularsiebe gedrückt wird. Der aus der Raumluft herausgefilterte Sauerstoff hat eine Konzentration von 95-98% Sauerstoff. Wie auch bei den nachfolgenden Systemen wird der Sauerstoff über einen Verlängerungsschlauch und einer Nasenbrille dem Patienten zugeführt. Der Flow bei dieser Anwendung liegt i.d.R. bei 2-4 Liter Sauerstoff in der Minute. Der Patient trägt die Nasenbrille für den Sauerstoff zwischen 16 und 24 Stunden täglich.

Weitere Sauerstoffquellen sind Druckgasflaschen. Hier wurde der Sauerstoff unter

Druck komprimiert. Eine Sauerstoffflasche hat aber nur eine begrenzte Reichweite und ist vom Handling her auch für die Patienten oft schwierig, da hohes Gewicht.

Flüssigsauerstoff ist tiefkalt (-183 Grad Celsius) verflüssigter Sauerstoff. Der Patient erhält einen ca. 45 Liter fassenden Isolierbehälter. Durch die Erwärmung dieses Behälters durch die Raumtemperatur entsteht ein Überdruck. Dieser Überdruck wird dann gasförmig, durch einen Flowregler, kontrolliert an den Patienten abgegeben.

Alle drei Sauerstoffquellen haben in der Sauerstofftherapie eines gemeinsam. Sauerstoff ist ein Brandbeschleuniger und über einen Zündfunken kann das System in Brand geraten. Dieses passiert leider noch sehr häufig durch das Rauchen unter der Sauerstofftherapie. Alle diese Sauerstoffquellen sind mit Hinweisen auf ein Rauchverbot ausgestattet und die Patienten werden bei der Auslieferung mündlich und schriftlich auf die Mitwirkungspflicht und auf das Rauchverbot hingewiesen. Trotz dieser Hinweise wird das Rauchverbot ignoriert.

Allein in 2014 kam es durch das Rauchen unter der Sauerstofftherapie in Deutschland zu mehr als 10 Bränden, die zum Teil auch mit dem Tod des Patienten endeten. Die Dunkelziffer ist auf Grund fehlender zentraler Meldestellen bei den Landeskriminalämtern oder den diversen brandermittelnden Polizeiinspektionen um ein vielfaches höher.

Seitens des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) wurde eine Mitteilung (Richtlinie) für die Sauerstofftherapie mittels Sauerstoffkonzentratoren erlassen.

Dies nahm die Firma LUCHS Medizin GmbH & Co. KG aus Harsum in der Nähe von Hildesheim, zum Anlass aus ihren praxisnahen und alltäglichen Tätigkeiten ein System mit dem Namen LynOx zu entwickeln.

Bei diesem System wird ein entstehendes Feuer unabhängig vom Entstehungsort, im Sauerstoffschlauch oder der sogenannten Nasenbrille detektiert. Ein Brand wird innerhalb 400ms gelöscht!

Jörg Brey



BWA-Senator Jörg Brey ist Geschäftsführer der LUCHS Medizin GmbH & Co. KG. LUCHS Medizin versorgt als zugelassener Leistungserbringer sauerstoff- und beatmungspflichtige Patienten der Kranken-

versicherer. Gegründet 2004 im Landkreis Hildesheim hat sich LUCHS Medizin vom regionalen zum überregionalen Versorger für spezielle Medizintechnik entwickelt. Somit vergrößerte sich die Versorgungsregion über Niedersachsen hinaus auf das nördliche Hessen und nördliche Nordrhein-Westfalen. Es werden medizintechnische Lösungen zu dem lebensnotwendigen Thema Sauerstoff und Beatmung geliefert. Mehr als 20 Mitarbeiter sind für die Menschen da, die auf eine maschinelle Beatmung angewiesen sind. Schlanke Strukturen sorgen für schnelle Entscheidungen und kurze Wege.

Mit eigenen Tankfahrzeugen werden täglich die Flüssigsauerstoffstandorte am Firmensitz in Harsum und in Gütersloh

angesteuert. Hier wird aus 27.000 Liter fassenden Flüssigsauerstoffbehältern getankt und anschließend werden die Patienten beliefert.

Aber gerade Innovationen werden im Hause LUCHS Medizin groß geschrieben. So versorgte das Unternehmen 2007 das bis dato kleinste ‚Frühchen‘ (300g Geburtsgewicht!) mit spezieller Medizintechnik. Es wurde ein Gerät entwickelt, dass eine sogenannte Tracheotomie (Luftrohrschnitt) in Verbindung mit einer maschinellen Beatmung vermeiden kann. Ein weiteres innovatives Produkt, das die Ausbreitung durch Sauerstoff verursachter Brände durch unmittelbares Löschen verhindert, wurde 2014 auf der Medica in Düsseldorf vorgestellt.

Wandel erfolgreich gestalten

Change Management für Unternehmen



In vielen Unternehmen hat es in den vergangenen Jahren einen tiefgreifenden Wandel gegeben, der weit über eine Umstrukturierung hinausgeht und die Erfolgsposition neu definiert. Einige dieser Veränderungsprozesse erfolgen geplant, sehr häufig werden sie jedoch durch äußere Einflüsse initiiert – bedingt durch diverse Aspekte, vor allem jedoch durch die Veränderung der Märkte, des Konsumverhaltens sowie der Kundenbedürfnisse.

Grund für diese Veränderungen ist zum einen die Globalisierung: Unternehmen agieren zunehmend international. Das eröffnet ihnen zwar neue Chancen, andererseits begeben sie sich so in einen größeren Wettbewerb. Zum anderen trägt der demografische Wandel, der sich hierzulande in der älter werdenden Gesellschaft niederschlägt, zu diesen Veränderungen bei, ebenso die Connectivity. Unter dieser wird verstanden, dass zunehmend mehr Menschen das Internet zur Kommunikation, Informationsbeschaffung und Bildung nutzen.

Zeitgemäß und zukunftssicher

An diese Trends, die Veränderungsprozesse nach sich ziehen, müssen sich Unternehmen anpassen – unter anderem mit Führungskräfte trainings und Schulungen zum Thema Change Management. Der Begriff Change Management umfasst sämtliche Schritte von Veränderungsmaßnahmen – von deren Analyse und Konzeption über die Umsetzung bis zur Evaluation. Ziel ist es dabei, die Handlungen eines Unternehmens effizienter sowie effektiver zu gestalten und einen angestrebten Soll-Zustand zu erreichen. Veränderungsprozesse müssen stets so gestaltet werden, dass sie die

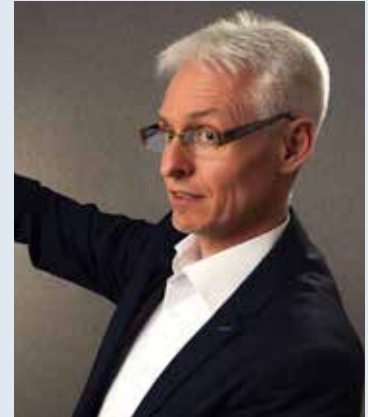
Basis für neues Wachstum darstellen. Nur so können Unternehmen zukunftssicher bleiben.

In der angloamerikanischen Literatur gibt es diverse Ansätze zum erfolgreichen Change-Management. Die Grundlage dieser Ansätze bildet in der Regel die Erhöhung der Kunden-, der Kompetenz- sowie der Prozessorientierung. Die Weiterentwicklung oder auch die vollständige Neugestaltung der Strategie eines Unternehmens steht dabei im Mittelpunkt. Die Weiterentwicklung eines Unternehmens umfasst diverse komplexe Prozesse, die sich unter anderem auf die Markt- und Produktstrategie sowie auf die Unternehmensleitung bzw. -kultur beziehen. Dabei sind auch die Wirkungen der einzelnen Prozesse untereinander zu berücksichtigen. Unzureichend geplante Veränderungen können im schlimmsten Fall die Liquidation eines Unternehmens zur Folge haben.

Motivierte Mitarbeiter – die Basis für erfolgreichen Wandel

Veränderungen im Unternehmen sind stets mit Emotionen verbunden. Daher ist es wichtig, die Mitarbeiter frühzeitig in die Planungen einzubinden und eine offene Kommunikationsstrategie zu verfolgen. Um Veränderungsprozesse erfolgreich zu realisieren, sollte zunächst eine deutliche Veränderungsvision entwickelt werden, die einerseits für Mitarbeiter, andererseits für Kunden sichtbar ist. Entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung dieser Vision ist letztlich die Motivation der Mitarbeiter. Daher sollten diese die Möglichkeit zur Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen bekommen. Auf diese Weise können Widerstände reduziert

Heiko Jensen



Als selbstständiger Personal- und Organisationsentwickler begleitet Heiko Jensen Menschen und Unternehmen in Veränderungsprozessen. Die Entdeckung und Nutzung von Potenzialen sowie die Entwicklung individueller Strategien bilden den Mittelpunkt seiner Arbeit.

Jensen ist ursprünglich Dipl.-Ing. Elektrotechnik. Ergänzend absolvierte er ein Aufbaustudium zum Vertriebsingenieur. Nach vielen Jahren in leitender Position im Bereich Supply Chain Management mehrerer Großunternehmen hat sich Jensen durch diverse Aus- und Weiterbildungen als Coach und Spezialist für Empowerment spezialisiert.

Kontakt:
Heiko Jensen
Spiekermannstraße 8
45891 Gelsenkirchen

E-Mail: info@potenziale-freisetzen.de
Web: www.potenziale-freisetzen.de

werden, indem Mitarbeitende sich besser mit den Veränderungen identifizieren. Insgesamt ist es hilfreich, zuerst kurzfristig erreichbare Ziele zu setzen. Sind diese Teilziele erreicht, können auf Basis der ersten Erfolge langfristige Ziele angegangen werden. Diese Vorgehensweise nimmt Unsicherheit und schafft bei den beteiligten Menschen Vertrauen für den neuen Weg.

Kostensparende Strategien für langjährige Privatpatienten

Kein Versicherter muss ständig steigende Beiträge hinnehmen

Annähernd 9 Millionen Menschen sind in Deutschland privat krankenversichert, neben Beamten viele Selbstständige fast aller Berufsgruppen. Was für junge und gesunde Menschen eine kostengünstige Alternative zur gesetzlichen Krankenversicherung ist, kann mit zunehmender Vertragsdauer über die jährlich steigenden Beitragssätze zu einer echten finanziellen Belastung führen. Das gilt gerade für Selbstständige mit privater Alterssicherung, für die diese Preisspirale existenzbedrohend sein kann, denn je nach Vertrag kann bei ihnen die private Krankenversicherung mehr als die Hälfte der Altersversorgung verschlingen.

Stefan König



BWA Mitglied Stefan König kann nach seiner Ausbildung zum Versicherungskaufmann bei einer großen deutschen Versicherungsbereits auf 28 Jahre Praxiserfahrung zurückblicken. Dazu zählen auch 7 Jahre als Vertriebsleiter Kapitalanlagen der Deutsche Bank Gruppe. Eine Zeit, in der er sehr intensive Erfahrungen mit der Vermögensentwicklung seiner Klienten machen konnte. Erfahrungen, die ihn 2012 veranlassten, sich dem Dienstleister Corrigio AG, Deutschlands größter unabhängiger Tarifwechsel-Beratungsgesellschaft, anzuschließen. Dort ist er jetzt im 5. Jahr Leiter des Vertriebservices Mitte und als ausgewiesener Experte für die Optimierung Privater Krankenversicherungsverträge tätig.

Schnell kommt es zu Beitragsrückständen und damit zu rechtlichen Konsequenzen. Zwar droht heute keine Kündigung mehr, aber bei zwei Monaten Beitragsverzug kommt es zum Ruhen der Leistungen aus dem Versicherungsvertrag, sobald der Versicherte seinerseits die erforderlichen formellen Anforderungen erfüllt hat. Akute Erkrankungen, die eine Behandlung nachweislich erfordern und Behandlungen, die nicht aufzuschieben sind, bleiben auch weiterhin versichert. Erst nach vollständiger Bezahlung aller Beiträge können wieder alle Leistungen in Anspruch genommen werden. Sind die Beiträge auch nach einem Jahr nicht vollständig beglichen, kann der Versicherte auf den Standard-Basistarif zurückgestuft werden.

Besonders Mitglieder mit Abschlüssen vor 2009 sind von dieser Preisspirale der Beitragserhöhungen betroffen und zahlen oft unnötig hohe Beiträge. Das kann korrigiert werden. Kann oder will der Versicherte diese hohen Beiträge nicht mehr bezahlen, bestehen 3 Möglichkeiten.

1. Die Nutzung des außerordentlichen Kündigungsrechtes direkt nach der Beitragserhöhung. Der damit verbundene Versicherungswechsel scheitert oft an Vorerkrankungen.
2. Reduktion der vereinbarten Leistungen des bestehenden Vertrages.
3. Umstellung des bestehenden Vertrages ohne Verzicht auf Leistungsansprüche.

Gerade mit der letzten Option können Versicherte ihre Beitragskosten deutlich senken, ohne auf Leistungen zu verzichten. Möglich wird dies durch § 204 des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG). Hier hat der Gesetzgeber den Weg bereitet, innerhalb der bestehenden Vertragsverhältnisse in einen günstigeren Tarif mit vergleichbaren oder sogar besseren Leistungen zu wechseln.

Die Versicherungsunternehmen sind gesetzlich verpflichtet, ihre Kunden dem Grunde nach über Tarifwechselmöglichkeiten zu informieren. In der Realität weisen sie in der Regel nicht von sich aus auf diese Möglichkeit hin und haben als Vertragspartei unternehmerisch betrachtet auch wenig Interesse, ihrem Kunden die für ihn günstigste Vertragsvariante auszuarbeiten. „Stattdessen of-

ferieren sie Tarife mit niedrigeren Leistungen oder höheren Selbstbeteiligungen. Deshalb ist sachverständige und unabhängige Unterstützung bei der Vertragsumstellung für die Versicherten mehr als empfehlenswert“, erläutert BWA-Mitglied Stefan König, gelernter Versicherungskaufmann und Leiter des Vertriebservices Mitte der CORRIGO AG, Deutschlands größter unabhängiger Tarifwechsel-Beratungsgesellschaft.

Versicherungsberater erbringen ihre Dienstleistung auf Honorarbasis und werden von den Versicherten bezahlt. Die vereinbarte Leistungsvergütung wird in der Regel nur im Erfolgsfall in Rechnung gestellt und ist abhängig von der Ersparnis des Versicherten. Da sich das Beratungshonorar für den Versicherten über die Kosteneinsparung meist schon nach kurzer Zeit amortisiert, haben Kunde und Versicherungsberater das gleiche Ziel: Die Senkung der Beitragskosten bei optimalen Leistungen für den Kunden.

Für den Versicherten ist das Einschalten eines Versicherungsberaters eine Win Win Situation. Er spart nicht nur Kosten, sondern erhält im Vorfeld eine Expertise, die alle Leistungen des Zielvertrages mit Vor- und Nachteilen transparent und detailliert aufzeigt und so den Schutz vor Fehlentscheidungen sicherstellt. Da die Versicherungen grundsätzlich kein Interesse an diesem Wechsel haben, hilft das Wissen eines ausgewiesenen Experten, die Interessen des Versicherten durchzusetzen.

„Bei der CORRIGO AG haben wir die Erfahrung gemacht, dass sich die Einsparung bei vergleichbarer Leistung auf durchschnittlich etwa 2.724 € pro Jahr summiert“, erklärt Stefan König. Die Umsetzung des Vertragswechsels ist frei von Fristen und die Erstellung einer Expertise ist für die Versicherten kostenfrei und unverbindlich.

„Wir setzen dabei auf eine ausführliche Beratung bei unseren Kunden vor Ort – nicht über das Internet, sondern ganz persönlich von Mensch zu Mensch“ betont Stefan König. Darauf folgt die komplette Abwicklung. Dazu zählt die Ermittlung des besten Tarifes und der besten Leistungen für die Versicherten. Dann wird der Wechsel in den günstigeren Tarif vorbereitet und schließlich unkompliziert umgesetzt.



Annähernd neun Millionen Menschen sind in Deutschland privat krankenversichert

Die Aushandlung bzw. Zusammenstellung des neuen Tarifes erfolgt seitens des Versicherungsberaters auf Augenhöhe mit dem Versicherungsunternehmen. Die respektvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht es, die Beitragszahlungen des Versicherten langfristig zu verringern und seine medizinische Versorgung seinem Anspruch entsprechend anzupassen.

Das in § 204 des Versicherungsvertragsgesetzes festgeschriebene Recht des Tarifwechsels

ist insbesondere für ältere Versicherte sowie Versicherte mit Vorerkrankungen mitunter existentiell. Wesentlicher Vorteil ist die vollständige Erhaltung aller Rechte – insbesondere auch der Alterungsrückstellungen – aus dem bisherigen Tarif. Mit einem professionell durchgeführten Tarifwechsel ergeben sich nicht nur finanziell zahlreiche, nachhaltige Vorteile. Langfristig verminderte Kosten schaffen für Versicherte finanzielle Freiräume und Planungssicherheit, um ihren Alltag und ihren Ruhestand ein Stückweit

sorgenfreier zu gestalten ohne dabei auf eine optimale medizinische Versorgung zu verzichten.

Dabei möglichst viele Menschen aktiv zu unterstützen war der Beweggrund des Firmengründers Ralf Willems 2011 für die Gründung der CORRIGO AG. Inzwischen ist das Unternehmen der größte unabhängige Tarifwechsel-Partner zur Beitrags- und Leistungsoptimierung bestehender Verträge bei privaten Krankenversicherungen.

Vorteile für den Versicherten

- Es ist kein Versicherungswechsel notwendig, es wird kein neuer Vertrag abgeschlossen.
- Die Altersrückstellung bleibt zu 100% erhalten - gesetzlich geregelt und somit sicher.
- Die lebenslange Einsparung kann bis zu 63% monatlich betragen und liegt im Schnitt bei jährlich 2.724 €.
- Fristen sind bei einem Tarifwechsel nicht zu beachten, Tarifumstellung schon ab dem folgenden Monat möglich.
- Keine Gesundheitsprüfung, da ein Tarifwechsel nicht vom Gesundheitszustand des Mitgliedes abhängig ist.
- Ein Tarifwechsel ist unabhängig vom Alter somit für jeden privat Versicherten möglich.
- Vergleichbare oder bessere Leistungen durch professionelle Tarif- & Leistungswahl.
- Nur wenn ein Tarifwechsel zustande kommt, fällt ein an die Einsparungen gekoppeltes, erfolgsorientiertes Beratungshonorar an.

Mehr als 1200 Mitarbeiter arbeiten in regionalen Teams, die bis heute tausenden von Menschen Ersparnisse in Millionenhöhe realisierten. Das Konzept des Gründers ist nach wie vor Motor und Motivation für alle Mitarbeiter. Im Vordergrund steht gegenseitiger Respekt, ein verantwortlicher Umgang mit den Bedürfnissen der Kunden. Die persönliche kostenlose Beratung vor Ort, kompetent erstellte Tarifvergleiche auf höchstem Niveau, transparent und verständlich aufbereitete Zielverträge gehören ebenso zur Beratungsdienstleistung wie der faktische Tarifwechsel, der den Versicherten mehr als nur zufrieden stellt.

Treffen mit der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen in Erfurt

Medizintechnik, Luftfahrt und Laos im Gespräch

Das Land Thüringen verfügt durch seine Landesentwicklungsgesellschaft und die dort angesiedelte „Thüringen International“ über eine der dynamischsten Wirtschaftsförderungseinrichtungen auf Ebene der Bundesländer. So kann der Freistaat Thüringen im Wettbewerb durchaus größeren Bundesländern auf Augenhöhe begegnen. So mancher Erfolg für Thüringens Wirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene konnte dadurch schon realisiert werden.

Nach ersten Kontakten im vergangenen Jahr, gab es zu Beginn des Jahres ein Arbeitstreffen von Landesgeschäftsführer und Vorstandsmitglied René Leibold mit Dr. Sebastian Blechschmidt, Direktor von Thüringen International und Rainer G.P. Dumpff, Gesellschafter der DPM, der drei besondere Themen auf die gemeinsame Agenda gesetzt hatte: Medizintechnik, Luftfahrt und das Land Laos. Dass Medizintechnik in Thüringen von hoher Bedeutung ist, ist weithin bekannt. Und so vereinbarten die Gesprächsteilnehmer alsbald, die Projekte, die Rainer G.P. Dumpff in China begleitet via LEG an den Thüringer Mittelstand heranzutragen.

Ähnlich verlief das Gespräch in Sachen Luftfahrt, bei dem deutlich wurde, dass es nicht nur um den „Aviation“-Teil der Luftfahrt gehen müsse, sondern auch um Anstöße zum nach-

haltigen Bau und Betrieb von Flughäfen und dort - mit Blick auf Thüringen - um KMU, die hier punktuell mit ihrem Know How punkten könnten. Auch in diesem Bereich signalisierte die LEG hohe Bereitschaft, als Brückenbauer zu fungieren und aktiv zu werden.

Schließlich war noch die Initiative der Demokratischen Volksrepublik Laos zu besprechen, die durch Rainer G.P. Dumpff auf den BWA zugekommen war mit dem Ziel, vertiefte direkte wirtschaftliche Kontakte in Deutschland aufzubauen. Aufgrund his-

torischer Gegebenheit sollen dort Ansätze in Thüringen reaktiviert und weitere, neue aktiviert werden. Ein besonderes Thema, ist die Entwicklung von Laos derzeit nicht leicht vorauszusehen. Doch auch hier wurde schnell deutlich, dass ein gemeinsames Vorgehen im Sinne erster Schritte möglich und auch erwünscht sei.

So ergab sich ein sehr pragmatisches und inhaltsreiches Ergebnis, dessen Umsetzung im weiteren Verlauf des Jahres konkret werden soll.



v.r.n.l.: LEG Dr. Sebastian Blechschmidt, Rainer G.P. Dumpff und René Leibold.

Kurz gemeldet:

Senatorenabend in der Thüringer Staatskanzlei

Am 4. Mai lud Ministerpräsident Bodo Ramelow 20 Senatorinnen und Senatoren des BWA in die Thüringer Staatskanzlei zum Gespräch ein. In diesem Rahmen und im Beisein des Ministerpräsidenten und von BWA-Präsident Rudolf Weiler wurde auch das Thüringer Präsidiumsmitglied Joachim Kaufmann, der zum Jahresende 2016 in den wohlverdienten, beruflichen Ruhestand eingetreten ist, zum Ehrensensator gekürt, während Kai Zimmermann von der Zenaga Foundation in die Senatskammer aufgenommen wurde. Im Mittelpunkt des inhaltlichen Teils stand das

direkte Gespräch von Landesführung und Unternehmensführung und damit die Fortsetzung des Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft. Der Zeitpunkt ist gut gewählt, denn die aktuelle Landesregierung Thüringens steht in der Mitte ihrer Legislatur.

Der Themenbogen des Abends reichte von den Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, zu den Aktivitäten Thüringer Unternehmen in China über Anliegen der Unternehmen vor Ort bis hin zu den Aktivitäten des Freistaates im Rahmen des Reformationsjubiläums.



BWA Landesverband Schweiz startet

Erstes Event in Zürichs Bahnhofstraße



Mike Wetterling (Mitte) bei Gesprächen mit dem BWA Vorstand (v.l.n.r. Wolfram Nowsch, René Leibold, Dirk Bormann, Michael Schumann)

Mitte Januar nahm der BWA Landesverband Schweiz seine Arbeit auf. Auf Einladung von Landesgeschäftsführer Mike Wetterling trafen sich 15 Unternehmerinnen und Unternehmer in Zürichs Bahnhofstraße zur „Startsitzung 2017“ in den stilvollen, historischen Räumen des Satellite Office Businesscenters. Eigens in die größte Stadt der Schweiz war BWA Vizepräsident Prof. Herbert Mrotzeck gekommen, ebenso Vorstandsmitglied René Leibold und der Leiter des Internationalen Wirtschaftsclubs Rhein-Neckar, Michael von Hauff.

Nach einigen einleitenden Worten von Anita Gödiker, die in Zürich die perfekte Verbindung bester Arbeitsbedingungen mit bestem Ambiente in ihren Räumen des in 2016 eröffneten Business Centers bietet, leitete Mike Wetterling zu BWA-Vorstandsmitglied René Leibold über. Dieser erläuterte den Gästen das Profil des BWA und stellte die Kompetenzen des Verbandes - natürlich auch mit Blick auf das Gastgeberland - an einigen aktuellen Beispielen bildhaft dar.

Im Anschluss daran gab es durch den Unternehmer André Engels einen fachlichen Input zum Thema „Multi-Channeling“, an den sich eine rege Diskussion anschloss. „Aus der Praxis für die Praxis“ bewährte sich auch hier als Leitmotto der Arbeit des BWA. Beim

anschließenden Essen in Zürichs Traditions-gaststätte „zum Kropf“ zeigte sich, dass der Vortrag den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Bis nach 22 Uhr wurde angeregt diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht.

Doch zuvor stellte Landesgeschäftsführer Mike Wetterling noch einmal seine Ziele für den Verband in der Schweiz vor. „Wir wollen eine Plattform bieten, bei der jeder Unternehmer etwas mitnehmen kann“, so seine klaren Worte. Die Bedürfnisse der Mitglieder stünden dabei in besonderer Weise

im Mittelpunkt, machte der erfahrene Vertriebsvorstand und Berater deutlich. Auch, dass in 2017 noch mindestens drei Fachveranstaltungen in der Schweiz geplant seien, offenbarte Wetterling den Kolleginnen und Kollegen.

Weitere Informationen rund um den Landesverband und seine Aktivitäten gibt es gern unter: m.wetterling@bwa-deutschland.de



Die Auftaktveranstaltung fand in Zürich statt

Donald Trump - Pro und Contra

Diskussionen um den neuen Präsidenten der USA

Stanford/CA, im Januar 2017

Liebe Freunde in Deutschland,

Donald Trump, dessen Kandidatur ich schon während des Wahlkampfes und mit Bedacht als „epochale Katastrophe“ bezeichnet hatte, ist inzwischen zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt und am 20. Januar auf den Stufen des Kapitols vereidigt worden. Darauf, dass ich schon in der Endphase des Wahlkampfes vorhergesagt habe, dass diese Wahl „so oder so“ ausgehen könne, bilde ich mir nichts ein; ich wünschte mir, ich hätte mich geirrt. Ohne unnötig dramatisieren zu wollen: Für die USA und die Welt wird der Wahltag am 8. November 2016 eine schicksalhafte Bedeutung haben, deren Ausmaß wir noch immer erst in ganz groben Umrissen, aber doch mit zunehmender Deutlichkeit ermessen können. Das Team, das Donald Trump inzwischen um sich geschart hat, lässt deutlich genug erkennen, dass er seine oft bizarren Aussagen während des Wahlkampfes durchaus ernst gemeint hat. Seine Tweets zur atomaren Aufrüstung, zum Klimawandel, zur Einwanderungspolitik und zu anderen zentralen Themen müssen die Alarmglocken weltweit schrillen lassen.



Im Rückblick kann man kaum anfangen aufzuzählen, was bei dieser Wahl alles versäumt wurde und versagt hat. Über die Unzulänglichkeiten des amerikanischen Regierungs- und Wahlsystems und über die gestalterische Ohnmacht der amerikanischen Parteien ebenso wie über die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft ist viel gesprochen worden. Das unselige Potenzial der indirekten Präsidentenwahl durch das Electoral College, den Wählerwillen zu verfälschen, hat sich nach dem Fiasko von 2000 diesmal erneut

und nachdrücklich bestätigt – wir haben jetzt einen Präsidenten, der fast drei Millionen weniger Stimmen als seine Gegenkandidatin auf sich vereinigt hat. Neben all den sonstigen Schwächen ihrer Kandidatur muss man Hillary Clinton und ihrem Wahlkampfteam das schwerwiegende Versäumnis vorwerfen, aus einer überheblichen Fehleinschätzung ihrer Chancen heraus sich nicht mit der nötigen Energie um die Menschen in den Staaten des „Rust Belt“ (Michigan, Ohio, Wisconsin, Pennsylvania), in denen am Ende diese Wahl entschieden wurde, gekümmert zu haben. Eine denkbar unglückliche Rolle haben bei dieser Wahl die Medien – einschließlich der ansonsten von mir so geschätzten New York Times – gespielt, die das Gewicht des sich um Donald Trump herum versammelnden politischen Verdrosses völlig falsch eingeschätzt und mit ihren abenteuerlich abwegigen Prognosen verharmlost haben: Noch um 18 Uhr kalifornischer Zeit am Wahltag, als schon bedrohliche Ergebnisse von der Ostküste vorlagen, war die Webseite der New York Times noch von einer 86-prozentigen Wahrscheinlichkeit eines Wahlsiegs von Hillary Clinton überzeugt!

Der Ausgang der Präsidentenwahl ist beängstigend genug; seine Auswirkungen werden potenziert durch das Unvermögen der demokratischen Partei, die Mehrheitsverhältnisse in beiden Häusern des Kongresses auch nur geringfügig zu ihren Gunsten zu verändern – auch dies ein direktes Korrelat der Schwäche der Clinton-Kandidatur. Mit sicheren republikanischen Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus wird Präsident Trump – wie er schon angekündigt hat – mühelos „durchregieren“ können; die so gerühmten „checks and balances“ des amerikanischen Regierungssystems, die in neuerer Zeit ohnehin verkümmert waren, sind nun endgültig auf der Strecke geblieben. Eine der ersten und folgenschwersten Maßnahmen dieses Verbundes, der jede parlamentarische Korrektur des Präsidenten vereitelt, wird die Besetzung der höchststrichterlichen (und für knappe Entscheidungen maßgeblichen) Vakanz im Supreme Court sein.

Man sollte sich von den versöhnlichen Tönen der ersten Nachwahltag nicht täuschen lassen; sie sind ohnehin inzwischen einem rauerem Ton gewichen. Die beschwichtigenden

Äußerungen von Trump etwa, er wolle einige der Bestandteile von Obamas Gesundheitsreform („Obamacare“) beibehalten, muss man als unwirksame Floskel abtun, da sie – wie die Washington Post schlüssig dokumentiert hat – den unauflösbaren Zusammenhang unter den Bestandteilen dieser Reform völlig außer Acht lassen. Man darf Barack Obama für die Haltung bewundern, mit der er die Form einer geordneten Amtsübergabe beizubehalten sucht, aber es fällt gleichzeitig schwer, auf die Szenen des Besuchs von Herrn und Frau Trump im Weißen Haus nicht mit der Feststellung zu reagieren, dass in der neueren amerikanischen Geschichte die Rollen dieser Besucher noch nie mit fragwürdigeren Gestalten besetzt waren.

Wie wird es weitergehen mit diesem Land und seiner Rolle in der Welt? Den Finanzmärkten scheint die Richtung zu behagen, aber auch das wird man über die erste Beruhigung hinaus abwarten müssen; Banken und Aktien haben sich selten als dem Gemeinwohl verpflichtet erwiesen, aber sie fühlen sich durch Trumps Pläne zur großflächigen Reparatur der Infrastruktur Amerikas verständlicherweise ermutigt – im Übrigen durchaus ein Lichtblick, wenn diese Reparatur denn wirklich erfolgt und trotz der von Trump versprochenen massiven Steuererleichterungen für unsere wohlhabenden Mitbürger finanzierbar sein wird.

Hintergrund

Die US-Präsidentenwahl hat auch innerhalb des BWA zu Diskussionen geführt. Unterschiedlicher hätten die Positionen im Mitgliederkreis kaum sein können. Nun ist Donald Trump am 20.1.2017 ins Weiße Haus eingezogen. Mit den beiden Briefen, die wir hier auf diesen Seiten wiedergeben, wollen wir ein Stimmungsbild aus beruflichem Munde kundtun. Zum einen einen Brief von Prof. em. Dr. Hans N. Weiler, der seit Jahrzehnten in den USA lebt und als Professor an der Stanford University u.a. vergleichende Politikwissenschaft lehrte. Zum anderen geben wir hier eine Sammlung von Meinungen aus dem Kreis der Senatoren und Mitglieder wieder.

Für das, was wir und unsere politischen Freunde für wichtig halten, sieht es jedenfalls düster aus; da hilft es auch wenig, dass in einigen der fortschrittlicheren Staaten, vor allem hier im Westen der USA, bemerkenswerte Volksentscheidungen etwa zu Mindestlohn und der Kontrolle von Feuerwaffen zu vermelden sind. Insgesamt wird es unter Präsident Trump mit Sicherheit zu massiven Rücknahmen im Klimaschutz, in der Offenheit der internationalen Handelsbeziehungen, in der für den amerikanischen Arbeitsmarkt so wichtigen Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik, in der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen, in der Bündnispolitik und in der Rolle der Bundesregierung zur Sicherung größerer Chancengleichheit in Bildung, Ge-

sundheit und sozialen Diensten kommen. Das Personal des Trump-Regimes lässt auch hier keine Hoffnung auf Mäßigung und Kompromissbereitschaft zu. Und auch die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen einer Trump-Regierung wird man sehr sorgfältig auf ihre Verlässlichkeit und Ausgewogenheit überprüfen müssen. Wenn man ein Gefühl dafür bekommen will, in welche Richtung dieses große Land steuert, muss man sich nur diejenigen ansehen, die jetzt – gerade in Europa – Herrn Trump am nachdrücklichsten applaudieren, von Le Pen zu Orbán und von Farage bis zu Wilders und zur AfD. In der vom Geist der neuen Zeit noch nicht vereinnahmten amerikanischen Presse gewinnt Angela Merkel dabei – sie wird es mit gemischten

Gefühlen hören – die Rolle einer „letzten Verteidigerin eines liberalen Westens“.

Diejenigen, denen die Zukunft demokratischer Gesellschaften am Herzen liegt, sollten indessen die Lektion dieses amerikanischen Erdbebens beherzigen: Wer sein politisches System verkommen lässt und es versäumt, den Menschen und ihren Nöten sorgfältig zuzuhören, der fällt früher oder später den politischen Abenteurern seiner Zeit in die Hände; sie stehen überall bereit.

Mit besorgten Grüßen,

Hans Weiler

Stimmen aus dem Mitgliederkreis

In den vergangenen Wochen haben sich einige Aussagen zu Donald Trump zu Meinungsbildern verfestigt. „Ich denke, dass man sich mit dem Präsidenten Trump arrangieren wird“, ist seit November ein oft gehörter Satz. Hinzu kommt die Ergänzung „Man wird es auch müssen, weitgehend jedenfalls.“

Eine ganze Reihe von Senatoren sind insgesamt sehr meinungs offen und formulieren etwa so: „Die Fehler, die ein Georg Bush oder ein Barack Obama gemacht haben, wird er möglicherweise an anderer Stelle machen, vielleicht aber auch nicht. Die Tatsache, dass Trump kein Programm hat, ist zwar einerseits misslich, weil es ihn schwer kalkulierbar macht. Andererseits ist es auch vorteilhaft, weil er nicht an irgendwelchen Prinzipien festhalten muss. Er wird seine Fahne in den Wind hängen bzw. den Wind so wehen lassen, dass er sein Fähnchen in die richtige Richtung weht.“

Klar ist für viele Kolleginnen und Kollegen: „Ändern kann man es sowieso nicht, also was hilft es, sich jetzt weiter darüber zu bekümmern. 320 Millionen amerikanische Wähler haben gewählt und auch eine Nicht-Wahl ist eine Wahl.“

Selbstkritik ist ebenso häufig festzustellen: „Es ist ein bisschen am deutschen Wesen muss die Welt genesen, wenn wir uns jetzt aufschwingen



Bild: Gage Skidmore

und eine Katastrophe größeren Ausmaßes für unsere amerikanischen Partner vorhersagen. Konsens besteht darüber, dass Donald Trump eine Menge Änderungen bringen wird. „Das muss nicht per se schlecht sein“, so eine der Meinungen.

Deutlich sind die meisten bei der Bewertung der Person des künftigen amerikanischen Präsidenten: „Der Mann hat ohne Zweifel ein Ego-Problem größerer Bauart“, ist das in aller Klarheit zu hören. Aber auch, dass er unzweifelhaft schlau ist und klar berechnen kann, was geht und was nicht.

Ein Senator sagte am Rande der Mitgliederversammlung im Dezember: „Ich bin mir sicher,

dass der amerikanische Pragmatismus früher oder später zu einem Alltag in den Vereinigten Staaten führen wird, der relativ weit weg ist von den Katastrophenszenarien, die jetzt gezeichnet werden.“

Was bleibt? „Abwarten und Tee trinken“ – viel mehr kann man im Moment wohl nicht tun. Und vielleicht auch ein bisschen respektieren, wofür sich die Wähler in den USA in einem demokratischen Verfahren entschieden haben.

Andererseits gilt es wohl, achtsam zu bleiben. Der Charakter Trump scheint klar lesbar zu sein. Schönreden geht also sicher nicht, ebensowenig, wie den Kopf in den Sand zu stecken.

Anm. der Redaktion: Die Texte auf diesen Seiten spiegeln den Stand der Diskussion bis zum 8. Februar 2017 wider.

Mitgliederliste für alle - pro und contra



Immer wieder wird sie gefordert: Die Mitgliederliste für alle. Im Netz, einsehbar, tauglich zum Direktkontakt zwischen allen Mitgliedern. Klingt einfach und gut. Und doch haben wir in den vergangenen Monaten erleben müssen, was der Missbrauch von Mitgliederadressen nach sich ziehen kann. Um beide Positionen einmal auf den Punkt zu bringen, haben wir zwei Senatoren gebeten, hier ihre Haltung einmal beispielhaft darzulegen. So kann sich jeder selbst seine Meinung bilden, aber auf jeden Fall beide Positionen nachvollziehen.

Pro

In den meisten Organisationen gibt es sie: Die Mitgliederliste. Mal nur für andere Mitglieder, mal ganz offen. So kann jedes Mitglied mit jedem anderen Mitglied netzwerken und in Kontakt kommen. Ist das nicht überhaupt einer der Gründe, aus dem ich in einem Verband bin? Der direkte Kontakt, ohne Umweg? Ich meine, ja. In den Zeiten von Internet und

Social Media ist es doch auch ein wenig „von gestern“, die Mitgliederliste nicht offensiv nach außen zu bringen. Dass dabei auch einmal jemand anruft oder eine Mail schreibt, mit dem am Ende kein Geschäft zustande kommt, gehört doch dazu. Außerdem will ich einfach wissen, mit wem ich im gleichen Boot sitze und mit wem ich die Werte des Verbandes teile. Ich finde, es sollte kein Problem sein, die eigenen Daten auch für alle anderen Mitglieder freizugeben, damit daraus ein „Mehr“ entsteht. Ich wünsche mir für die Zukunft einen BWA, der auch in Sachen Mitgliederliste transparent ist und lieber mehr Offenheit zeigt als zu wenig. Ich hoffe auf einen Verband, der mutig und selbstbewusst deutlich und sichtbar macht, dass er über ein hochkarätiges Netzwerk verfügt.

Contra

Ich gebe es zu, ich bin „Old School“, was meine Kontaktdaten angeht. Ich möchte meine

Daten nicht öffentlich auf einer Internetplattform preisgeben, wenn ich nicht muss. Mir reichen heute schon die ungefragten abendlichen Anrufe der Meinungsforscher und Werbefirmen. Damit wir uns richtig verstehen: Ich gebe gern meine Karte weiter, wenn ich jemanden kennenlerne. In dieser Reihenfolge, aber nicht umgekehrt. Ich vertraue auch den Verantwortlichen des BWA, die mich bei Nachfragen von Kollegen jederzeit mit anderen Mitgliedern in Kontakt bringen können. Da habe ich beste Erfahrungen gemacht. Oft genug habe ich auch selbst in Berlin angerufen und gefragt, wer mir denn bei einem bestimmten Problem helfen könne. Das hat einwandfrei funktioniert. In Zeiten, in denen die Datensicherheit aus gutem Grund so hohen Stellenwert genießt wünsche ich, selbst bestimmen zu können, mit wem ich in Kontakt bin - auch in Zukunft.

Kommentar von Dirk Bormann, BWA-Vorstandsvorsitzender

Liebe Senatoren und Mitglieder,

wir kennen die beiden oben stehenden Positionen seit Jahren. Wöchentlich erreichen uns Telefonate und Mails mit dem einen oder dem anderen Tenor. Geben wir es doch zu: Wir sind in einer Zwickmühle an dieser Stelle. Einerseits wollen wir natürlich gern möglichst umfangreiche Chancen zum Networking bieten, die Möglichkeiten der modernen Technik in der Kommunikation nutzen und es für unsere Mitglieder so

einfach wie möglich machen. Andererseits sind wir in den letzten Jahren immer wieder „gebrannte Kinder“, was die Öffentlichkeit von Verteilern und Kontaktdaten angeht. Viele unserer Mitglieder wollen auch tatsächlich nur persönlich und direkt verknüpft werden. Eine Ideallösung haben wir bislang nicht gefunden und uns im Zweifel immer dafür entschieden, dann eher zu vorsichtig als zu offensiv zu sein. Dafür bitten wir um Verständnis. Und mehr: Wir können nur immer wieder ermuntern, auf uns - also die

Vorstände, die Präsidiumsmitglieder, die Mitarbeiter in Berlin und natürlich auch auf die Landesgeschäftsführer und Wirtschaftsclubleiter - zuzukommen und deutlich zu machen, wo wir mit welchem Kontakt weiterhelfen können. Die Erfahrung zeigt, dass das eine unserer Stärken ist. Wir freuen uns, genau in diesem Sinne von Ihnen zu hören!

Herzlich!
Dirk Bormann

Kooperationsvereinbarung zwischen BWA und IJT unterschrieben

Schon seit Beginn des Jahres kooperieren die Initiative Junger Transatlantiker (IJT) und der BWA bei der Förderung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland, den USA und Kanada. Am 17.2., am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz, wurde die Kooperation nun auch feierlich unterzeichnet. Der Vorsitzende der IJT, Jonas Emmerich, traf sich dazu in München mit Stefan Rizor - Präsident des BWA Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und Vorstand der Deutsch-Kanadischen Gesellschaft (DKG) - und Vorstandsmitglied René Leibold. „Wir freuen uns auf die gemeinsamen Projekte“, so Jonas Emmerich. René Leibold ergänzte:

„Die gerade so sehr im Gespräch befindlichen Transatlantischen Beziehungen sind uns allen wichtig.“ Stefan Rizor, der zur Unterzeichnung in die Räume der Kanzlei Osborne Clarke geladen hatte, verwies darauf, dass insbesondere die Zusammenarbeit mit jungen Menschen über den Atlantik hinweg von hoher Bedeutung sei.

Mit der Veranstaltung „CETA, was nun?“, die für Mitte 2017 von BWA, IJT und der Deutsch-Kanadischen Gesellschaft geplant wird, ist auch schon das erste Projekt zur Umsetzung beschlossen worden. Weitere werden bald folgen, so sind sich die Partner einig.

Ihre Ansprechpartner im BWA

Präsidium:

Dr. Lothar de Maizière, *Ehrenpräsident*
Ministerpräsident a. D.,
Bundesminister a. D.

Rudolf Weiler, *Präsident*
Dr. Lutz Förster, *Vizepräsident*

Stefan Albani, MdB, *Vizepräsident*
Prof. Herbert Mrotzek, *Vizepräsident*
Thomas Sapper, *Vizepräsident*

Vorstand:

Dirk Bormann, *Vorstandsvorsitzender*
Wolfram Nowisch, *Mitglied des Vorstands*
Michael Schumann, *Mitglied des Vorstands*
René Leibold, *Mitglied des Vorstands*

Anzeigenschaltung:

Renate Greulich
Telefon: +49 30 700 11 43 - 0
Telefax: +49 30 700 11 43 26
Email: r.greulich@bwa-deutschland.de

Bundesgeschäftsstelle:

Rémi Dubail, *Büroleiter*
Neues Kranzler Eck
Kurfürstendamm 22
10719 Berlin

Telefon: +49 30 700 11 43 - 0
Telefax: +49 30 700 11 43 20
Email: r.dubail@bwa-deutschland.de

Mittelstandsbeauftragter Thomas Gambke diskutiert mit der vom BWA ins Leben gerufenen Allianz der Verbände

In einer angeregten Diskussion tauschten sich in Berlin Führungskräfte aus Wirtschaft und Verbänden mit Dr. Thomas Gambke im Deutschen Bundestag zu grünen Perspektiven auf den Mittelstand aus. Innovationspolitik, Digitalisierung und das grüne Kernthema Energiewende standen im Mittelpunkt der Diskussion.

Der Feststoffphysiker und Unternehmer

Dr. Thomas Gambke ist Mittelstandsbeauftragter der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Er ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Er hat es sich zum Ziel gesetzt, auch über sein Bundestagsmandat hinaus, Wirtschaft und Grüne stärker miteinander zu verbinden.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft e.V. (BWA)
Bundesgeschäftsstelle: Neues Kranzler Eck / Kurfürstendamm 22 / 10719 Berlin / Tel: 030 / 700 11 43 0
ViSdP: René Leibold; Redaktion: Dominik Adrian, Tel. 030-7001143-15, d.adrian@bwa-deutschland.de
Layout & Gestaltung: Franceska Voigt, f.voigt@wpheg-service.de; Dominik Adrian; Fotos: © www.fotolia.com



Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.
Trotz größt möglicher Sorgfalt kann der BWA keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise, unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.
Weitere Informationen unter: www.bwa-deutschland.de | Thema der nächsten Ausgabe: „Nordamerika“

Aktuelle Informationen auf www.bwa-deutschland.de

**ESMT
BERLIN**

- Master's in Management
- Full-time MBA
- Executive MBA
- Executive Education

ESMT Berlin is the most international and diverse business school in Germany. Located in Berlin, we are at the heart of modern business thinking and technological innovation.

www.esmt.org

**TOP IN
GERMANY:
ESMT**

European Business School
ranking
Financial Times

Founders and benefactors of ESMT Berlin



ESMT Berlin • Schlossplatz 1 • 10178 Berlin



Wirtschaft-Das-sind-wir-alle

Unsere Mitglieder verbindet die Überzeugung, dass Politik und Wirtschaft vom verantwortlichen Engagement jedes Einzelnen leben. Im Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft stellen sich Führungskräfte aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Leben einer gemeinsamen Verantwortung: Jenseits aller Partikularinteressen treten sie ein für eine Ökosoziale Marktwirtschaft, die nachhaltigen Wohlstand für alle Menschen schafft und hilft, unsere Welt für kommende Generationen zu bewahren.

Werden Sie Teil eines Wirtschaftsverbands neuer Art und erschließen Sie sich unser exklusives Unternehmensnetzwerk im In- und Ausland. Bei Empfängen, Seminaren und Delegationsreisen beraten wir Sie mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung und knüpfen wertvolle Kontakte. Sie profitieren weiterhin vom langjährigen Know-How unseres Netzwerks in der Außenwirtschaft.

Lernen Sie uns kennen: Im Internet unter www.bwa-deutschland.de oder persönlich, bei einem Besuch in unserer Geschäftsstelle im Berliner Kranzler Eck.

BWA Bundesgeschäftsstelle
Neues Kranzler Eck
Kurfürstendamm 22
10719 Berlin
Tel: 030 / 700 11 43 0
Fax: 030 / 700 11 43 20
Email: info@bwa-deutschland.de

Bundesverband
für Wirtschaftsförderung
und Außenwirtschaft

Global Economic Network



BWA

PRINT IS NOT DEAD

BROSCHÜREN

BÜCHER

KATALOGE

FLYER

PLAKATE

PROSPEKTE

GESCHÄFTSDRUCKE

FALTPLÄNE

KALENDER

GESTALTUNG

ORDNER

MAILINGS

BILDBEARBEITUNG

DIGITALDRUCK

BUCHBINDEREI

WERBETECHNIK

KONFEKTIONIERUNG

... IHR PROJEKT.

LOGISTIK

***WIR HABEN NOCH NIE SO VIEL
GEDRUCKT WIE HEUTE!***



**Wir bringen Ihre Idee auf's Papier –
schnell und zuverlässig.**

PieReg Druckcenter Berlin GmbH
Benzstraße 12 | 12277 Berlin

Telefon: 030 31 98 00 10
Telefax: 030 31 98 00 11

info@druckcenter-berlin.de
www.druckcenter-berlin.de